Heft 161

Ausgabe 1|2008
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro

spw

➕ Pro und ➖ Contra: Schuldenbremse für die öffentliche Hand?
Carsten Schneider vs. Björn Böhning

» Jugendpolitische Orientierung

Interview mit Claus Schmiedel
2011 erfolgreich sein!

Uwe Bittlingsmeyer
Generationen oder Klassenmilieus?

Tobias von Pein
Jugenpolitische Orientierung 2.0

Kurzum | von Horst Peter

» Die Entscheidung über das Unwort des Jahres 2008 hatte der Kabarettist Urban Priol bereits vor der Hessenwahl getroffen: ROLAND KOCH!

Doch weg von der Satire – die Grundfrage lautet: ist einem Ministerpräsidenten alles erlaubt, was man dem selbst ernannten „Sprecher der schweigenden Mehrheit" vielleicht noch durchgehen lassen kann, um seine politische Botschaft im Wahlkampf durchzusetzen? Auch bei den Mitbewerbern um die politische Macht sieht es anders aus. Sie müssen ihre Themen oft genug gegen den medialen Mainstream in die Öffentlichkeit bringen.

Kurzum: Es ist ein Unterschied, ob Andrea Ypsilanti in der Kampagne „Mehr Gerechtigkeit durch Mindestlöhne!" den Menschen Hoffnung geben will, oder ob Roland Koch zu Lasten der Schwächsten in der Gesellschaft die atavistischen Instinkte der Menschen politisch instrumentalisieren will.

» Zur Erinnerung für alle einschließlich Roland Koch, die die Verfassung nicht täglich „unter dem Arm zu tragen pflegen" der Text von Artikel 1 GG: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Die Rede ist von der Würde aller Menschen, auch der „Menschen mit Migrationshintergrund", wie sie Koch neuerdings zu nennen pflegt. Deshalb war es logisch und notwendig, dass die in der Neuen Richtervereinigung (NRV), dem Deutschen Richterbund (DRB) und der Gewerkschaft Verdi organisierten HessischenRichterInnen in einer kritischen Stellungnahme gegen die Kampagne ihres Dienstherrn die Überschrift „Sicherheit im Rechtsstaat" wählten. Wird Koch zu einem Verfassungsrisiko?

Kurzum: Koch hatte die Wahl: Entweder er tritt für die Achtung der Menschenwürde ein oder er greift in die emotionale Trickkiste einer an dumpfe Instinkte appellierenden Kampagne, und bedient sich einer nicht erst seit Goebbels typischen Agitationsform der Rechten.

Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.
Foto: privat

» Damit sind wir bei einer weiteren Grundfrage. Roland Koch hatte sich zum Sprecher der schweigenden Mehrheit ernannt und die Frage nach seinem Grundverständnis von politischer Kultur in einer demokratischen Gesellschaft aufgeworfen. Geht es auch in Wahlkämpfen um politische Überzeugungskraft für die Mehrheitsfähigkeit seiner politischen Bilanz und Ziele – oder vertraut er der Verführungskraft politischer Propaganda, macht sich gewissermaßen zu seinem eigenen Propagandaminister?

Er muss zur Kenntnis nehmen: das Wahlergebnis und alle Umfragen stellen seine Einschätzung der politischen Klugheit der Schweigenden Mehrheit in Frage. Bei der Frage, ob härtere Strafen gegen Jugendliche Straftäter oder Gerechtigkeit für ihre Wahlentscheidung wichtiger sei, siegt die Gerechtigkeit selbst bei der Anhängerschaft der CDU.

Kurzum: Die öffentliche Auseinandersetzung um die Hegemonie programmatischer Grundwerte wie Gerechtigkeit, Solidarität, Verantwortung für die Folgen politischen Handelns gibt der schweigenden Mehrheit auch in Wahlkämpfen eine demokratische Stimme und das macht Mut für politisches Engagement der Menschen und für den Kampf gegen Politikverdrossenheit. ■

Inhalt

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
Niels Annen (Hamburg)
Jutta Blankau (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Berlin)
Michael R. Krätke (Amsterdam)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
Christel Riemann-Hanewinckel (Halle/S.)
Renè Röspel (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:
Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Anja Kruke
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle
Stefan Stache
Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Reinhold Rünker

Verlagsadresse:
spw-Verlag / Redaktion GmbH
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
Telefon 02 31 - 40 24 10,
Telefax 02 31 - 40 24 16
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Redaktionsadresse:
spw-Verlag / Redaktion GmbH
Müllerstraße 163, 13353 Berlin
Telefon 030 - 4 69 22 35
redaktion@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:
Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.
ISSN 0170-461 - K 5361

©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2008.
Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:
liniezwei Komunikationsdesign GbR, Düsseldorf

Titelfoto:
www.fotolia.de

Druck:
Nolte-Druck, Iserlohn
1.-3. Tausend, Januar 2008

■ Meinung

SPD betritt Neuland in der Arbeitsmarktpolitik | Andrea Nahles 4
PISA? – Die Freiheit nehm‘ ich euch | Ulla Burchardt 5
Ausbildungsbonus ersetzt nicht die Umlage! | Franziska Drohsel 6
Vor unlauterer Telefonwerbung schützen | Klaus Müller 7
✚ Pro: Schuldenbremse für die öffentliche Hand? | Carsten Schneider 8
▬ Contra: Schuldenbremse für die öffentliche Hand? | Björn Böhning 9
Jeder bei uns weiß, was die Stunde geschlagen hat! | Interview mit Claus Schmiedel 10

■ ■ Im Fokus: Jugendpolitische Orientierung

Einleitung zum Schwerpunkt | Bettina Kohlrausch 12
Generationen oder Klassenmilieus? | Uwe Bittlingsmeyer 16
Anspruchsvoll und offensiv | Reinhold Rünker 21
Auf dem Weg zur Jugendpolitische Orientierung 2.0 | Tobias von Pein 22
Generation Y2K – zwischen Optimismus und Krise | Benjamin Mikfeld 26
Jahresregister 2006/2007 27
Der SPD fehlt es an Authentizität | Ein Gespräch zwischen Alexandra Kramm, Cordula Drautz 35
Kompass für die Strategiefindung | Björn Böhning 40
Literaturschau | Bettina Kohlrausch, Reinhold Rünker 42

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus | Gesa Rünker 43
Stichwort zur Wirtschaftspolitik:
Erbschaftsteuer – Reformpotential? | Arne Heise 44
Links, wo das Herz ist – SPD bleibt die linke Volkspartei! | Iris Gleicke 46
Erste Lehren aus dem Fall Nokia | Stefan Pfeiffer 48
Gewerkschaften und Sozialstaat | Stephan Klecha 51

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen:
Kirchen und Gewerkschaften, 12. Osttreffen der SPD-Linken, DL21-Veranstaltungen, PL-Veranstaltung zum Grundeinkommen, DL21-MV, Bund-Länder-Tagung, spw-Frühjahrstagung 54
5 Fragen an ... Hillevi Burmester 58

SPD betritt Neuland in der Arbeitsmarktpolitik

SPD-Parteivorstand setzt Projektgruppe „Arbeitsversicherung“ ein

von Andrea Nahles

» Den Postmindestlohn beschlossen, die Zwangsverrentung abgewendet, das Arbeitslosengeld 1 für Ältere verlängert, – das parlamentarische Jahr 2007 hat im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik doch noch zu einem guten Ende gefunden. Das Ringen innerhalb der Großen Koalition dazu war mühsam, und ein Ende der ideologischen Blockade seitens der Union ist nicht in Sicht. Es ist daher Zeit, dass die Sozialdemokratie im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik nach vorn diskutiert, eigene Schwerpunkte akzentuiert, genuin sozialdemokratische Politikentwürfe vorlegt.

Mit Einsetzung der Projektgruppe „Arbeitsversicherung“auf der SPD-Klausurtagung in Hannover haben wir einen ersten Schwerpunkt auf den Weg gebracht. Diese Projektgruppe wird ein handhabbares Politikkonzept für die SPD und das Regierungsprogramm entwickeln und beschränkt sich daher zunächst auf die Schwerpunkte Weiterbildung und vorsorgende Arbeitsmarktpolitik, denn dies sind zwei Schlüsselthemen. In ihr kristallisiert sich der sozialdemokratische Anspruch, wirtschaftliche Stärke der Volkswirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit für den Einzelnen zu verbinden – insbesondere im Hinblick auf den globalen Wettbewerb und die demografische Entwicklung:

- Wir brauchen hochqualifizierte Belegschaften, wenn wir im globalen Wettbewerb besser sein wollen.
- Wir brauchen die Kreativität Älterer, die mir einer Kombination aus aktuellem Wissen und Erfahrungen ein wertvolles Potential darstellen.
- Wir müssen eine Weiterbildungskultur entwickeln, die die Verantwortung für die Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit nicht alleine dem Individuum überlässt.

Dies ist für uns ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag. Öffentliche Förderung, betriebliche Weiterbildung und Eigenverantwortung müssen daher Hand in Hand gehen. Zentral dabei ist die bessere Verzahnung von Weiterbildungsangeboten an den Schnittstellen Schule, Betrieb, öffentliche Hand und Arbeitsagentur.

» In der beitragsfinanzierten Risikoversicherung ist eine vorsorgende Arbeitsmarktpolitik noch weitgehend Neuland. Wenn wir aber unsere Wirtschaft zukunftsfest machen und Arbeitslosigkeit verhindern wollen, müssen wir umsteuern. Um globalisierungsbedingte Unsicherheiten für Arbeitnehmer abzufedern, brauchen wir ein neues Instrument, das Arbeitslosigkeit präventiv verhindert. Diese Öffnung ist schwierig, da der Staat den Unternehmen nicht die ganze Verantwortung abnehmen kann. Aber das starre Festhalten an Leistungsbezug nach Eintreten der Arbeitslosigkeit für Leistungsbezieher (und sonst niemanden) – das wird zukünftig nicht mehr reichen. In der Verzahnung der Ziele Innovationsfähigkeit, Beschäftigungsfähigkeit und gute Arbeit besteht das genuin sozialdemokratische Projekt. Dieser Herausforderung stellt sich die Projektgruppe.

Andrea Nahles,
MdB, ist stellv. SPD-Vorsitzende und spw-Herausgeberin, sie lebt in Berlin und Weiler.

Foto: www.spdfraktion.de

PISA? – Die Freiheit nehm‘ ich euch

von Ulla Burchardt ■■

» Was bleibt übrig von Pisa und Iglu, den beiden großen internationalen Kompetenz-Vergleichsstudien? Schnell wurde Ende des vergangenen Jahres aus der Analyse der Ergebnisse eine reine Ablenkungsdebatte: Angestoßen von konservativen Politikern, die in der OECD einen Hort marxistischer Bildungsfanatiker sehen und nach der Abschaffung der Pisa-Studie schrien, und von Ranking-verliebten Medien, die das Zahlenwerk lediglich darauf abklopften, ob sie aus den Ergebnissen die (sinnentstellende!) Schlagzeile „Deutschlands Schüler sind besser“ konstruieren konnten.

Das zentrale Ergebnis der Erhebung geriet so in den Hintergrund – zur Freude der CDU-Bildungsministerin Annette Schavan: Von gleichen Bildungschancen ist Deutschland noch immer meilenweit entfernt. Das dreigliedrige Schulsystem ist hochselektiv, durchlässig nur nach unten, zentrales Hemmnis für Innovation und Ursache des Fachkräftemangels. Bildung ist Integration. Solange aber Bildungsstand und Einkommen der Eltern über die Bildungsbiographie der Kinder entscheiden, bleibt der ‚Aufstieg durch Bildung‘ für allzu viele ein uneingelöstes Versprechen.

» Zu besichtigen ist das vor allem bei Migrantenkindern: Geradezu beschämend ist das international beispiellose Versagen bei deren schulischer Integration. Migrantenkinder werden in deutschen Ländern zu Schulversagern gemacht. Wer hier keinen Zusammenhang etwa zur Jugendgewalt sieht und stattdessen wie Roland Koch nur nach schärferen Gesetzen und Abschiebung ruft, der lenkt nicht nur vom eklatanten Versagen eigener Schulpolitik ab, sondern handelt populistisch und fahrlässig. Schulkinder in Deutschland werden viel zu früh in einzelne Schularten aufgeteilt. Kindern mit ungünstigeren Lernausgangslagen wird kaum eine Chance gegeben, sich zu entwickeln. Der Schlüssel liegt im individuellen Fördern, längeren gemeinsamen Lernen und im flächendeckenden Ausbau von Ganztagsangeboten. Für eine höhere Unterrichtsqualität muss auch die kontinuierliche Lehrerfortbildung zur Selbstverständlichkeit werden.

» Dass sich an den Schulen vieles ändern muss, beginnen inzwischen selbst konservative Schulpolitiker einzusehen. In Schleswig-Holstein und in Hamburg bekommen Gemeinschafts- und Stadtteilschulen eine Chance. Anders in Nordrhein-Westfalen. Als hier zwei Kommunen im pechschwarzen Münsterland aus Vernunftgründen um die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule baten, trat der ehemalige „Zukunftsminister“ Jürgen Rüttgers auf den Plan und verhinderte das Projekt – aus purer Ideologie, gegen die Freiheit, auf Kosten der Autonomie der Schulen und der Lebenschancen junger Menschen.

Pisa? – Die Freiheit nehm ich euch: Das ist die Bildungspolitik der Union. Nicht nur für das Münsterland, sondern für die ganze Republik gilt: Mit den Schulstrukturen des 19. Jahrhunderts ist allenfalls die rote Laterne, aber kein Spitzenplatz im globalen Innovationswettbewerb zu gewinnen. Länger gemeinsam lernen – das ist die dringendste soziale Innovation in Deutschland. ■

Ulla Burchardt, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages und lebt in Dortmund.

Foto: privat

Ausbildungsbonus ersetzt nicht die Umlage!

von Franziska Drohsel ■■

» Die Bundesregierung hat eine Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung" auf den Weg gebracht. Die alt bekannte Analyse heißt: wer arm ist in Deutschland, bleibt arm an Bildung. Bildung darf nicht von der familiären Herkunft eines Kindes abhängen und dennoch ist bekannt, dass genau dies in Deutschland noch immer der Fall ist. Man ist erfreut darüber, dass die Bundesregierung der mangelnden sozialen Durchlässigkeit unseres Bildungssystem entgegenwirken möchte, wundert sich jedoch über den mehr oder minder bunt zusammen gewürfelten Haufen von Maßnahmen.

Eine Maßnahme davon ist der Ausbildungsbonus. Dem Umstand, dass jedes Jahr im Herbst zehntausende von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz da stehen, möchte die Bundesregierung jetzt mit einem Ausbildungsbonus begegnen: Für jeden Ausbildungsplatz für einen so genannten Altbewerber, wird der Ausbildungsbetrieb mit einem Zuschuss von 4.000 bis 6.000 Euro belohnt. Dabei handelt es sich um einen Einmalbonus, den Betriebe für die Einstellung von Jugendlichen erhalten, der höchstens einen Realschulabschluss vorweisen kann, sich bereits im zurückliegenden Jahr erfolglos um einen Ausbildungsplatz beworben hat oder durch eine Lernbehinderung benachteiligt ist. Damit verbunden ist die Hoffnung, 90.000 neue Lehrstellen zu schaffen.

Erfreulich ist die Erkenntnis der Bundesregierung, dass der Ausbildungspakt nicht in der Lage ist, die Probleme auf dem Ausbildungsmarkt zu lösen. Enttäuschend ist, dass der Ausbildungsbonus nur einen Tropfen auf den heißen Stein sein kann, wenn Jahr für Jahr tausende Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden. Im Oktober waren noch immer knapp 30.000 Jugendliche ohne betrieblichen Ausbildungsplatz. Auch im Jahr 2007 ist die Wirtschaft weit hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben. Von den 48.600 zusätzlichen Ausbildungsverträgen sind im Westen gerade mal 20.000 auf der betrieblichen Seite zu verbuchen. Im Osten ist es mit einem Plus von 0, 9 % bei den Ausbildungsplätzen auf der betrieblichen Seite noch weniger. Das Recht auf Bildung und einen zukunftsfähigen Ausbildungsplatz darf niemandem genommen werden. Deshalb ist es zunächst begrüßenswert, wenn zukünftig Unternehmen belohnt werden sollen, die ihrer Verpflichtung zur Ausbildung nachkommen.

» Konsequenter wäre es jedoch, wenn der Ausbildungsbonus nicht aus der Arbeitslosenversicherung finanziert werden würde, sondern Unternehmen die Finanzierung übernehmen, welche entsprechend ihres Umfanges nicht ausreichend ausbilden. Es ist an der Zeit, dass Unternehmen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung in entsprechendem Ausmaß gerecht werden. In diesem Fall müsste das Programm dann auch nicht auf die so genannten Altbewerber beschränkt bleiben, sondern könnte den ganzen Ausbildungsmarkt in den Fokus nehmen. Zusammenfassende lässt sich sagen, dass der Ausbildungsbonus zwar in die richtige Richtung weist, die Ausbildungsplatzumlage allerdings das konsequentere und bessere Instrument wäre und als politisches Ziel für die SPD-Linke auf der Agenda bleiben muss. ■

Franziska Drohsel, ist Juso-Bundesvorsitzende und lebt in Berlin.

Foto: © Christian Plambeck

Vor unlauterer Telefonwerbung schützen

von Klaus Müller

„Wollen sie billiger telefonieren?“ „Wollen Sie 3.000 Euro gewinnen?“ Wer hier am Telefon überrascht mit „Ja“ antwortet statt sofort aufzulegen, hat schnell ein unangenehmes Problem.

» Seit gut zwei Jahren gehört die Belästigung durch unerlaubte Werbeanrufe zu den Top-Beschwerdethemen bei den Verbraucherzentralen. Die Verbraucherzentrale NRW, unsere Schwesterorganisationen und der Verbraucherzentrale Bundesverband können zwar gegen einzelne Unternehmen immer wieder gerichtliche Erfolge durchsetzen, aber ohne eine gesetzliche Änderung wird das Problem andauern. Obwohl bereits jetzt das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb Werbeanrufen ohne vorherige Einwilligung der Verbraucherin bzw. des Verbrauchers verbietet, wird tagtäglich massenhaft durch „schwarze und graue Schafe“ quasi sanktionslos dagegen verstoßen.

Quantitativ lässt sich die Zahl unlauterer Werbeanrufe längst nicht mehr messen. Angerufene Verbraucher klagen aber nicht nur über die unzulässigen Belästigungen, sondern tragen neben persönlichem Ärger oftmals auch einen wirtschaftlichen Schaden davon. So verzeichnete die Verbraucherzentrale NRW allein im letzten Jahr mehr als 40.000 Beschwerden über nach einem Werbeanruf untergeschobene Verträge. Zunehmend sind davon ältere Menschen betroffen – wie zum Beispiel die 85-jährige Frau M. Obwohl sie am Telefon resolut reagierte und dem Telefonwerber eines Telekommunikationsanbieters untersagte, sie erneut anzurufen, erhielt sie ein paar Tage später ihre kostenpflichtigen Zugangsdaten zum Internetanschluss – obwohl sie nicht einmal einen PC besitzt Oder Herr S., der einen Anruf erhält und gefragt wird, ob er zu Günther Jauch in die TV-Sendung möchte; für den evtl. Gewinn müsste er nur seine Kontodaten angeben. Anstelle eines Tickets für die Sendung erhält Herr M. allerdings ein Lotterie-Los, dessen Kosten von seinem Konto abgebucht werden.

» Die Verbraucherzentrale NRW begrüßt die angekündigten Maßnahmen der Bundesjustizministerin, wie höhere Bußgelder, das Verbot der Rufnummernunterdrückung oder die Ausweitung der Widerrufsrechte im Fernabsatzrecht v.a. auf Lotterien und Zeitungsverträge. Allerdings lösen sie nicht das Problem der unerlaubten Werbeanrufe! Gesetzliche Änderungen werden nur dann greifen, wenn sie so ausgestaltet sind, dass sich illegales Telefonmarketing von vornherein nicht mehr lohnt. Deshalb fordern die Verbraucherzentralen einschneidende Veränderungen im Vertragsrecht des BGB, um verbotene Telefonwerbung wirkungsvoll zu unterbinden. Das heißt konkret: Verträge, die durch unerlaubte Telefonwerbung von Unternehmen angebahnt werden, dürfen erst rechtswirksam werden, wenn Kunden sie schriftlich per Mail, Fax oder Brief bestätigen. Mit diesem Instrument werden natürlich nicht alle Verbraucherprobleme dieser Welt gelöst, es packt das Problem aber an der Wurzel an und das können Verbraucherinnen und Verbraucher zu Recht von der Politik erwarten. ■

Klaus Müller,
ist Vorstand der Verbraucherzentrale NRW.
Kontakt: vorstand@vz-nrw.de

Foto: Verbraucherzentrale NRW

Foto: SPD Landtagsfraktion Baden-Württemberg

„Jeder bei uns weiß, was die Stunde geschlagen hat!“

Interview mit Claus Schmiedel ■■

spw: Du bist mit 20 von 38 Stimmen zum neuen Fraktionsvorsitzenden der SPD im Landtag Baden-Württemberg gewählt worden. Dein Gegenkandidat Nils Schmid erhielt 18 Stimmen. Wie zerrissen ist die SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg?

Claus Schmiedel: Wir zerreißen uns in der Anstrengung, eine überzeugende Alternative zur Regierung Oettinger zu sein und nicht untereinander. Nils Schmid und ich haben uns vor der Wahl, egal wie sie ausfällt, für die Zeit danach die wechselseitige Unterstützung versprochen. Nachdem die Unterstützung nun fast gleichgewichtig war, sehen wir die Fraktion enorm gestärkt. Außerdem weiß jeder und jede bei uns, egal ob im Landesverband oder in der Landtagsfraktion, was die Stunde geschlagen hat: mit verantwortungslosem Palavern würden wir schon heute die Landtagswahl verspielen, in der wir 2011 erfolgreich sein wollen.

spw: In der FAZ war zu lesen, Du würdest Dich wirtschaftspolitisch eher an Keynes orientieren? Was heißt das für Dich?

Claus Schmiedel: Ich bin prinzipiell skeptisch, wenn es um die umfassende Problemlösungsfähigkeit von irgendwelchen -ismen geht – erst recht in Zeiten der Globalisierung. Das gilt auch für den Keynesianismus, der für mich allerdings durchaus triftige Hinweise für aktives staatliches Handeln in verflochtenen ökonomischen Zusammenhängen bereithält. Wir erkennen zunehmend die Folgen, die zwei Jahrzehnte selbstverordneter staatlicher Abstinenz nach sich ziehen und ich sehe, dass die staatliche Hand heute mitunter wieder notwendig ist, wo auch ich sie für entbehrlich hielt.

spw: Ministerpräsident Oettinger versucht sich und die CDU als dynamische Wirtschaftspartei zu präsentieren.

Claus Schmiedel: Das Adjektiv ‚dynamisch’ für seine Wirtschaftspolitik füllt Herr Oettinger nicht mit aktiv handelnder Politik, sondern indem er mit hiesigen Herstellern dynamischer Sportwagen zu Abend isst und sich dabei fotografieren lässt. Das reicht nicht aus. Die Wachstums- und Beschäftigungschancen zum Beispiel, die in der ökologischen Modernisierung unserer gesamten Lebensweise liegen, werden bis heute in Baden-Württemberg sträflich vernachlässigt, obwohl die einschlägigen Forschungs- und Entwicklungspotentiale bei uns im Land so leistungsfähig sind wie kaum wo anders. Hier setzen wir einen Schwerpunkt und werden die Regierung mit Alternativen konfrontieren. Und weil Herr Oettinger bei allen Gelegenheiten gegen den Mindestlohn schwadroniert, werden wir ihn danach fragen, wie er’s mit der Binnennachfrage hält, die ja dem Export beispringen muss. Und wir werden ihn danach fragen, wie’s bei ihm um die soziale Gerechtigkeit bestellt ist. Honig für die Shareholder, aber Saures für die Arbeitnehmer, mit Mäßigungsappellen, höheren Zuzahlungen bei Krankheit und verweigertem Mindestlohn – eine solche Deutung von sozialer Gerechtigkeit werden wir ihm nicht durchgehen lassen.

spw: Die SPD punktet derzeit mit Themen wie „Mindestlohn“ und „ökologische Industriepolitik“

und Chancengleichheit in der Bildung. Welche Relevanz haben sie für Euch in Baden-Württemberg?

Claus Schmiedel: Baden-Württemberg ist keine Insel der Seligen. Auch wir haben die Firmen, die noch vor zwei Jahren sechzig Vollarbeitsplätze hatten, während heute hundert Teilzeitjobber für ein paar Euro die Stunden den Laden schmeißen und der Chef der einzige ist, der nicht am Abend rausgeschmissen werden kann. Auch wir brauchen den Mindestlohn, weil wir sehen, dass auch bei uns immer mehr Menschen durch Lohndrückerei in die Abhängigkeit staatlicher Hilfen kommen. Der Mindestlohn ist also nicht nur sozial-, sondern auch ordnungspolitisch geboten! Und nach wie vor gilt leider: wenn die schwäbischen Autogiganten vom Neckar hüsteln, liegt im zuliefernden Restland bereits eine Lungenentzündung im fortgeschrittenen Stadium vor. Wir müssen die Großen pflegen, aber die Kleinen umhegen und dafür taugt ganz besonders eine ökologische Industriepolitik, weil sie unserem tüftelnden Mittelstand auf den Leib geschneidert ist. Was die Chancengerechtigkeit anbelangt: kein anderes Bundesland hält so hartnäckig am dreigliedrigen Schulsystem fest, das nachgewiesenermaßen Schulerfolg vom Bildungsstatus des Elternhauses abhängig macht und eben nicht von Begabung und Befähigung der Kinder. Anschließend geht's dann weiter mit den Studiengebühren, 1.000 Euro im Jahr und mit denen werden dann an den Hochschulen die Löcher gestopft, die seit einem Jahrzehnt durch permanente Kürzungen gerissen wurden. Die Themen unserer Bundes-SPD treffen bei uns also im doppelten Wortsinn ins Schwarze.

spw: Wie stehst Du zu der aktuellen Diskussion, eine „Schuldenbremse" für die öffentliche Hand einzuführen?

Claus Schmiedel: Baden-Württemberg ist in der Tat ein vergleichsweise wirtschafts- und damit finanzstarkes Land. Aufgrund der weitreichenden Ausgleichsmechanismen des Länderfinanzausgleichs hat das Land aber letztlich nicht mehr Mittel pro Kopf zur Verfügung, als alle anderen Länder auch. Deshalb steht Baden-Württemberg grundsätzlich vor derselben Anstrengung zur Erreichung eines dauerhaft ausgeglichenen Haushalts wie andere Bundesländer. Der drastische Anstieg der Schulden der öffentlichen Hand in den letzten Jahren darf sich nicht wiederholen, weil der künftige Schuldendienst ansonsten den Gestaltungsspielraum der Politik sofort wieder unvertretbar einengt. Die Folge wären erneute Steuererhöhungen und weg wäre jeder Spielraum zur steuerlichen Entlastung der Arbeitnehmerhaushalte, die ich für dringend erforderlich halte. Ich bin überzeugt, wir brauchen striktere Regelungen für die Schuldaufnahme im Bund und in den Ländern.

spw: Welche Impulse erwartest Du von der Kommunalwahl im kommenden Jahr für die landespolitische Auseinandersetzung?

Claus Schmiedel: Wäre es möglich, aus dem seriellen Erfolg von Kandidatinnen und Kandidaten mit unserem Parteibuch bei Oberbürgermeisterwahlen und aus unserer Repräsentanz in den Kommunalparlamenten das Ergebnis der Landtagswahlen hochzurechnen, dann würden wir wahrscheinlich nahe an die 40% herankommen. Aber im Ernst: Wir werden deutlich machen, dass unsere großen landespolitischen Themen wie Bildungsgerechtigkeit, Ausbildungsplatzgarantie, die ökologische Modernisierung unserer Gesellschaft jeweils eine direkte Schnittstelle zur konkreten Kommunalpolitik haben. Und wir verfügen über ein gewichtiges Pfund: unsere Genossinnen und Genossen sind häufig und anerkanntermaßen die Vordenker und Antreiber in den Rathäusern. Unsere Ortsvereine und Kommunalfraktionen sind hoch motiviert, kümmern sich jetzt schon um zugkräftige Persönlichkeiten und wenn wir bis 2009 landes- und bundespolitisch nicht über die eigenen Füße stolpern, wird die Kommunalwahl ein wirkungsvoller Durchlauferhitzer auf die Landtagswahl hin.

spw: Lieber Claus Schmiedel, vielen Dank für das Gespräch. ■

Claus Schmiedel, ist neuer SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg.
Das Gespräch führte Reinhold Rünker.

Wer die Jugend hat, hat die Zukunft?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Bettina Kohlrausch

Foto: www.fotolia.de

»Diese optimistische Aussage von Karl Liebknecht lässt uns heute zweifeln. In der medialen Öffentlichkeit fällt „Jugend und Kindheit" eher als gesellschaftliches Problem auf. Die Situation und das Verhalten von Jugendlichen und Kindern scheint die Resultate gesellschaftlichen Versagens auf besonders unschöne Weise sichtbar zu machen.

Empirisch fundierte Diagnosen fallen etwas moderater aus. So ist in der Shell Jugendstudie von einer „pragmatischen Generation unter Druck" die Rede. Aber euphorisch klingt auch dieses Label nicht.

Dies war in den 1980/90 Jahren, als die Frage einer jugendpolitischen Orientierung erstmals diskutiert wurde, noch völlig anders. Eine der Grundannahmen dieser Orientierung ist in den „53 Thesen für einen Modernen Sozialismus" von 1989 formuliert und lautet:

„Prägendes Moment für die in den 80er Jahren nachwachsende Generation ist die Verlängerung der Jugendphase als eigenständiger Jugendphase, der sich vor dem Hintergrund der Sozialstaatsentwicklung unter dem Reformdruck der Arbeiterinnenbewegung in den 70er Jahren herausgebildet hat. Mit einer längeren Verweildauer der Jugendlichen im Bildungssystem erfolgte die zeitweilige Herausnahme der Jugendlichen aus dem Produktionsprozess. Gleichzeitig konnte eine teilweise materielle Absicherung erkämpft werden, die für einen größeren Teil von Jugendlichen eine von Eltern und Erwerbsarbeit unabhängige eigenständige Lebensführung ermöglicht."

»Die Idee zu diesem Heftschwerpunkt entstand im Rahmen der Debatte um die inhaltliche Neuausrichtung der spw auf der Frühjahrstagung 2006. Im Kontext der Diskussion um eine moderne Arbeits- und Lebensweise kam die Frage auf, inwieweit es fruchtbar sein könnte an die damaligen Debatten zur jugendpolitischen Orientierung anzuknüpfen. Dabei geht es nicht darum, den aktuellen Trend zur Retro-Mode auf die Politik zu übertragen, sondern sich bestimmter inhaltlicher Bezüge und Grundannahmen zu vergewissern und diese erneut zu überprüfen. Anhand der Diskussion um eine neue jugendpolitische Orientierung lässt sich nämlich gut aufzeigen, wo es in der Diskussion um eine moderne Arbeits- und Lebensweise Leerstellen gibt. Es gilt nun, diese Lücken im spw-Zusammenhang zu füllen.

Die Ausstattung mit Handlungsressourcen als Maßstab sozialer Integration und biographischer Selbstbestimmung

Uwe Bittlingmeyer problematisiert den Generationenbegriff. Zum einen weist er drauf hin, dass die Abgrenzung bestimmter Generationstypen häufig ungenügend empirisch untermauert ist. Bittlingmeyer betont, dass der Generationenbegriff vor allem die Dimension des sozialen Wandels betont – also beschreibt, inwieweit bestimmte historische Konstellationen eine bestimmte Generation prägen. Häufig werden aber Unterschiede innerhalb der Generation nur unzureichend wahrgenommen. Dies ist in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit sicherlich ein Problem. Er plädiert für eine milieuspezifische Perspektivenerweiterung, die vor allem danach fragt, welche Teile der Jugend eigentlich mit welchen Handlungsressourcen ausgestattet sind. Darüber hinaus betont er, dass verschiedene Jugendmilieus unterschiedlich politisch und medial repräsentiert sind. Darauf weist auch Benjamin Mickfeld hin, wenn er die Bedeutung der Jugendpolitischen Orientierung vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen als Juso-Bundesvorsitzender reflektiert: Gerade in Zeiten des Booms der New Economy wurden vor allem jene Teile der Jugend öffentlich wahrgenommen, welche von diesen Entwicklungen profitierten.

Uwe Bittlingmeyers Vorschlag, Fragen sozialer Ungleichheit und Fragen des sozialen Wandels im Zusammenhang zu diskutieren, ist ein wichtiger Beitrag zur Debatte um biographische Selbstbestimmung: Ein genauer Blick darauf, welche Handlungsressourcen Menschen zur Verfügung stehen, um beispielsweise Umbrüche im Erwerbssystem zu verarbeiten, kann helfen zu verstehen, wie sich soziale Ungleichheit heute darstellt. Dabei wird in zukünftigen Diskussionen vor allem die Frage zu beantworten sein, welche Rolle Handlungsressourcen wie z.B. Bildung, Einkommen, Erwerbsarbeit, soziale Netzwerke, Familie, politische Repräsentation und biographische Sicherheit spielen. Ferner geht es um die Frage ihrer Verteilung und sozialstaatlichen Garantie.

» Eine solche Herangehensweise kann aber auch helfen, Analysen zur Sozialstruktur (wer mag, kann auch Klassenstruktur sagen) weiterzuentwickeln, weil sie nicht nur nach der Rolle des Menschen im Produktionsprozess fragt, sondern neben der Erwerbsarbeit andere wichtige Institutionen, die die gesellschaftliche Integration von Individuen organisieren, in den Blick nimmt und zueinander in Beziehung setzt. Das ist auch aus feministischer Perspektive interessant, weil beispielsweise die Bedeutung der Reproduktionsarbeit berücksichtigt werden kann, ohne die zentrale Bedeutung von Erwerbsarbeit zu vernachlässigen. Denn ganz zu Recht schlagen Alexandra Kramm und Cordula Drautz vor, die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive neu aufzurollen und ins Zentrum progressiver frauenpolitischer Debatten zu stellen.

Die Verkürzung der Jugendphase als eigenständige Lebensphase

Darüber hinaus muss geklärt werden, welche gesellschaftlichen Konstellationen die heutige Generation prägen. Tobais von Pein nennt vor allem die Verkürzung beziehungsweise Auflösung der Jugendphase als eigenständige Lebensphase als zentrale gemeinsame Erfahrung, welche viele Jugendliche in unterschiedlichen sozialen Schichten erleben. Die Studierenden, die aus Furcht vor fragmentierten und phasenweise (und das ist eben der Unterschied zu anderen sozialen Schichten!) auch prekären Übergängen in das Erwerbsleben schon früh im Studium unter dem Druck stehen, an ihrer Arbeitsmarktfähigkeit zu arbeiten, sind davon ebenso betroffen wie Hauptschüler, die um ihren Ausbildungsplatz fürchten. Beide Gruppen wissen um die zentrale Bedeutung der Bildungsphase für ihre Zukunft und erleben dies eher als Druck, denn Phase der Emanzipation vom Elternhaus und dessen Wertvorstellungen.

►

Momentan nimmt dieser Druck eher noch zu. Im Bildungssystem sind zunehmend Schließungstendenzen zu beobachten. Erste Untersuchung der Umstellung des Hochschulsystems auf Bachelor- und Masterstudiengänge weisen darauf hin, dass dies die soziale Ungleichheit eher noch verschärft. Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Studienreform die Studienbereitschaft Studienberechtigter niedriger sozialer Schichten erhöht, wie gelegentlich behauptet – im Gegenteil.

» Bisher ist noch unklar, welche erwerbsbiographischen Folgen, diese neuen Ausbildungsformen (Bachelor, Übergangssysteme) und damit verbundenen Ausgrenzungsmechanismen haben: Können Benachteiligungen in der Erstausbildung durch Weiterbildung kompensiert werden? Wer organisiert und finanziert das – und wie kann so etwas konkret aussehen? Dies sind Fragen, die in der Diskussion, um moderne Arbeits- und Lebensweise aufgegriffen werden müssen.

Foto: Christian Kiel

» Auch im Ausbildungssystem führt die Etablierung so genannter Übergangssysteme zu neuen Ungleichheiten. Neben dem dualen System hat sich ein ganzes Bündel staatlich finanzierter Ausbildungsangebote entwickelt, die teilweise zwar auch Ausbildungsabschlüsse anbieten, aber schlechtere Arbeitsmarktchancen vermitteln. Zum Beispiel ist der Anteil von nicht-deutschen Jugendlichen in staatlich finanzierten Ausbildungsgängen höher. Obwohl sich die Ausbildungsphase durch diese Übergangssysteme deutlich verlängert hat, kann nicht von einer Verlängerung einer eigenständigen Jugendphase gesprochen werden. Im Gegenteil scheint sich nach dem hochselektiven Schulsystem eine zweites Moment der sozialen Ausgrenzung zu etablieren.

☐ Wie sehen politische Ausdrucksformen der Zukunft aus?

Ausgehend von der Beobachtung, dass die Jugendphase zu einer eigenständigen Lebensphase geworden ist, ging es bei der jugendpolitischen Neuausrichtung der 1980 und 90er Jahre auch darum, eigene jugendtypische kulturelle Praktiken und politische Ausdrucksformen aufzuspüren und sich zu eigen zu machen. Dies hatte teilweise einen etwas anbiedernden Charakter.

Die Frage der Authentizität politischer Parteien, welche von Cordula Drautz und Alexandra Kramm aufgeworfen wurde, ist sicherlich von Bedeutung. Denn nach wie vor sind politische Organisationen für Jugendliche nicht besonders attraktiv: Auch die aktuelle Shell Studie konstatiert ein immer noch

geringes Interesse an Politik, welches allerdings stark abhängig ist vom Bildungshintergrund. Der Anteil von Studierenden und OberstufenschülerInnen, die angeben sich für Politik zu interessieren ist fast doppelt so hoch, wie im Durchschnitt.

Weiter stellt die Shell Studie fest: „Trotz des geringen politischen Interesses sind viele Jugendliche in ihrem Lebensumfeld gesellschaftlich aktiv. Einsatz für die Gesellschaft und für andere Menschen gehört ganz selbstverständlich zum persönlichen Lebensstil dazu." Die Erfahrung das gesellschaftliches Engagement und „politisch zu sein" zunehmend außerhalb etablierter politischer Organisationen stattfindet, prägt Juso-Generationen schon seit einiger Zeit. Das beschreiben auch Reinhold Rünker, Benjamin Mikfeld und Björn Böhning in ihren „Schlaglichtern zur jugendpolitischen Orientierung", in denen sie die Bedeutung dieses Konzeptes zu verschiedenen Zeiten reflektieren.

» Hier stellt sich die Frage, welche Themen und Projekte, vor allem im Bereich sozialstaatlicher Politik, geeignet sind, um politisch mobilisieren zu können. Viele Autoren dieses Schwerpunktes verweisen dabei auf die Widersprüche zwischen vermeintlich gestiegenen biographischen Optionen einerseits und der Schließung des sozialen Raums andererseits, welche (nicht nur) Jugendliche individuell verarbeiten müssen.

Schließlich geht es aber auch um strategische Fragen von politischen Bündnissen außerhalb der Partei, der Gewinnung von politischen Spielräumen innerhalb der SPD und der Suche nach neuen politischen Kommunikationsformen. Auch dies sind Fragen, die die SPW im kommenden Jahr sicherlich beschäftigen werden. ■

Bettina Kohlrausch, ist Sozialwissenschaftlerin, sie arbeitet und lebt in Göttingen.

Neuauflage der Spiele-Praxismappe erschienen!

Die bewährte und sehr beliebte Praxismappe wurde komplett neu überarbeitet und mit neuem Design versehen. Fast 200 Spiele – mit vielen Variationsmöglichkeiten - sind auf 290 Seiten in übersichtlicher Struktur dargestellt und um einen aktualisierten Theorieteil ergänzt.

Viele neue Spiele!
Kennenlernspiele
Rollenspiele
Integrative Spiele
Bewegungsspiele
Gruppeneinteilungsspiele
Spiele zur
Interkulturelle Spiele
Gruppenarbeit

Hiermit bestelle(n) ich/wir

_____ Praxismappe(n) zum Preis von 13,- € plus Versandkosten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ / Wohnort: _____

Tel.: _____

Infos & Bestellung:
Bundesjugendwerk der AWO
e-mail: info@bundesjugendwerk.de
Tel.: 0700/jugendwerk oder
0700/584363937

BUNDES JUGENDWERK DER AWO

Generationen oder Klassenmilieus?

Konsequenzen für jugendpolitische Perspektiven

von Uwe H. Bittlingmayer

„Wir wollen aber nicht nur die erwachsenen Proletarier haben, sondern auch die Proletarierkinder, die proletarische Jugend. Denn die Zukunft der proletarischen Jugend ist die Zukunft des Proletariats. ‚Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft.'"
[Karl Liebknecht]

Karl Liebknecht; Foto: Archiv derArbeiterjugendbewegung

Die nachwachsende Generation

Das Angebot von Labeln, mit denen Generationen von Jugendlichen beschrieben worden sind, also „nachwachsende Generationen", ist kaum noch zu überschauen. Ausgehend von der berühmt-berüchtigten 68-er Generation wurden seither immer wieder zeitdiagnostisch ausgerichtete Begriffe, mit denen die „Jugend von heute" mal kritisch und skeptisch, mal euphorisch und hoffnungsgeleitet im Kern charakterisiert werden sollte, in die wissenschaftliche und außerwissenschaftliche Diskussion eingeführt. Postuliert wird dabei stets, dass eine allein durch das Lebensalter homogenisierte Gruppe der Jugendlichen generationentypische Erfahrungen macht, die ihr ein charakteristisches Profil verleiht. Kritisch zu Formen einer zwangsweisen und politisch gesteuerten Altershomogenisierung von jungen Menschen, die sonst häufig nicht viel mit einander gemein haben, und erst durch den Militarismus (Wehrdienst) äußerlich vereinheitlicht werden, äußert sich bereits Karl Liebknecht 1958 [1906]. Dass Generationen nichts „Natürliches" bezeichnen, wird klar, wenn man sich vor Augen führt, dass bis heute Generationen als spezifische Alterskohorten über Institutionen wie Schule oder Militär/Zivildienst unmittelbar gesellschaftlich hergestellt werden.

So diagnostizierte eine ministeriale Auftragsstudie eine vor dem Hintergrund der wieder erstarkten gesamtgesellschaftlichen Arbeitslosigkeit 1983 bereits eine „verunsicherte Generation" (Sinus Institut 1983): Eine Generation von Jugendlichen zwischen Reaktion und Rebellion (Jaide 1978) wurde im Nachgang der siebziger Jahre dann abgelöst von der Null-Bock- und Punk-Rock-Generation der Achtziger, die sich im Rückblick nach Überwindung der Jugendphase immerhin noch zur Generation Golf mausern konnte. Waren bis in die siebziger und teilweise noch bis in die achtziger Jahre hinein allerdings jugendpolitisch orientierte Generationenbegriffe dominant, so ist spätestens seit den neunziger Jahren eine Bewegung hin zu konsum- und freizeitorientierten, lebensstilbezogenen Generationsbegriffe bestimm-

bar. Die Mtv- und Internet-Generation gipfelt über musiknahe Freizeitpraktiken in der Celebration Generation. In der jugendsoziologischen Forschung sind solche Begriffe nicht unumstritten. Kritisch angemerkt wird etwa, dass die meisten der jugendbezogenen Generationenlabel kaum empirisch untermauert sind. Gleiches gilt allerdings für verherrlichende Perspektiven, über die hinein projizierten Potenziale und Handlungskompetenzen, über die Jugendliche als Generation verfügen können soll.

☐ Die Diagnose der Shell-Jugendstudie

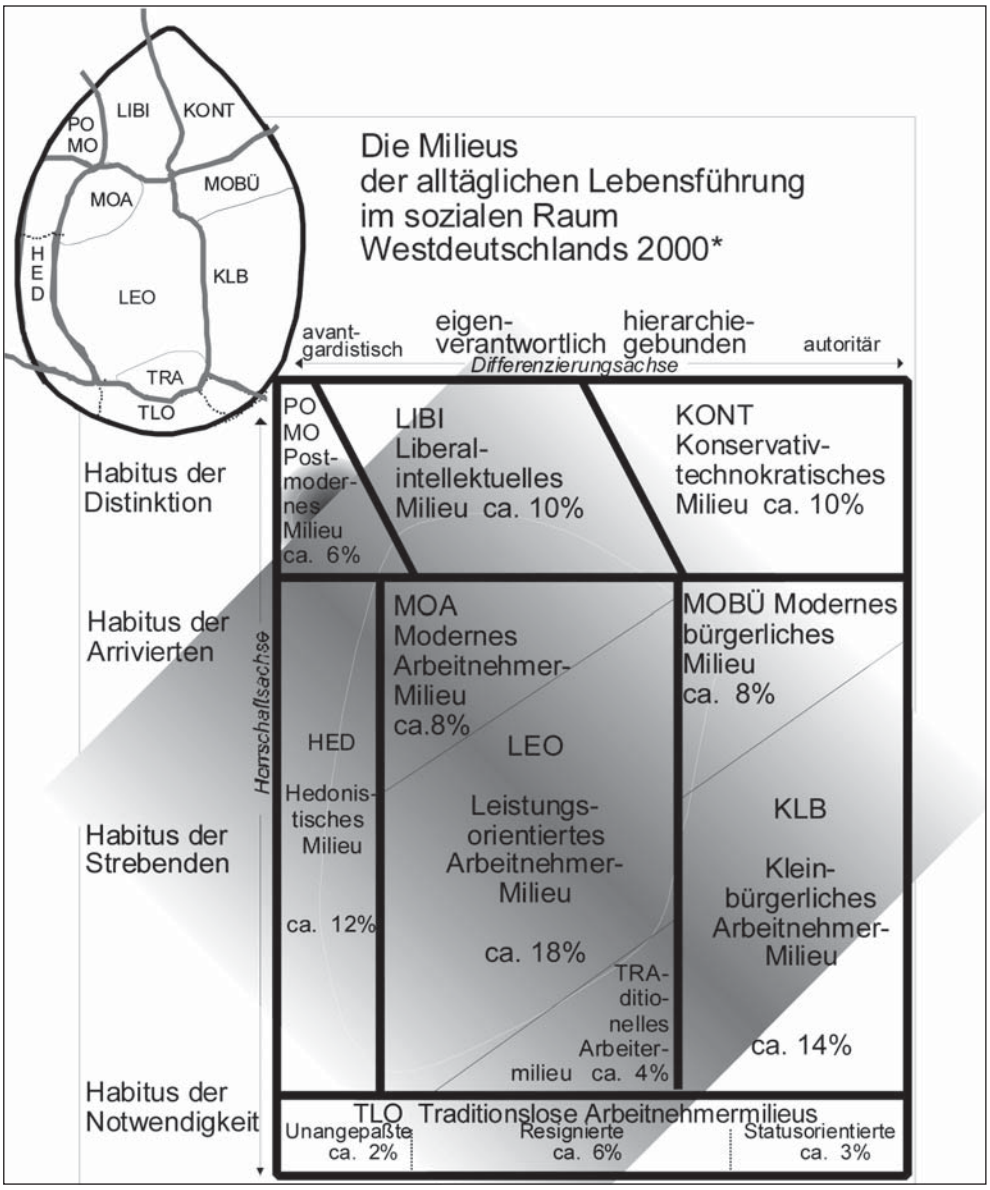
Einen Gegensatz zu empiriefernen Spekulationen über die Jugend markiert die Tradition der so genannten Shell-Jugendstudien, auch wenn sich diese mittlerweile das moderne Labeling zu Eigen gemacht haben. Nach der jüngsten Shell-Jugendstudie von 2006 ist die heutige Jugend treffend als eine „pragmatische Generation unter Druck" zu bestimmen (Hurrelmann et al. 2006). Einleitend wird hier festgehalten, dass die „neue Generation [...] sich mit einem ausgesprochen pragmatischen Zugang den Herausforderungen in unseren Gesellschaften [stellt]. Leistungsbereitschaft, Engagement und eine Orientierung an den konkreten und nahe liegenden Problemen prägen die Grundhaltung dieser Generation." (Ebd.: 15) Shell Jugendstudien liefern in der Regel eine Vielzahl von interessanten empirischen Hinweisen zu jugendsoziologischen und sozialisationstheoretischen Themen und prägen öffentliche Debatten um eine zeitgemäße Jugendpolitik. Sie haben aber auch Grenzen. Insbesondere wenn es um eine griffige Bestimmung der Jugend geht, finden sich Verallgemeinerungen, die allein vor dem Hintergrund schwierig sind, dass die Gruppe der Jugendlichen durch eine enorme biografische Zeitspanne bestimmt wird. Wenn Menschen als Jugendliche gelten, die zwischen 12 und 25 Jahren alt sind – teilweise wird der Jugendbegriff auf 27 oder gar 30 Jahre ausgedehnt – dann wird damit eine Großgruppe beschrieben, die einen erheblichen Differenzierungsbedarf aufweist.

Ich möchte daher entlang einiger sozialisationstheoretischer und ungleichheitsorientierter Überlegungen auf allgemeinere Zusammenhänge zwischen Generationen, Milieus, Jugend und Politik verweisen.

☐ Die Erklärungskraft eines jugendbezogenen Generationenbegriffs

Generationen oder Klassenmilieus bezeichnen von Beginn an zwei Eckpunkte sozialisationstheoretischer Konzepte. Nachwachsende Generationen werden konzeptionell einerseits über markante Zeitgeschehnisse identifikatorisch zusammengefasst wie etwa im Begriff der Nachkriegsgeneration deutlich wird. Sie konstituieren sich andererseits über eine generationentypische übergreifende politische etwa die etwa die 68er- oder die Null-Bock-Generation oder lebensstilbezogene soziale Praxis wie z.B. Freizeit-, Konsum- oder Mtv-Generation. Die Stärke des Generationenbegriffs – sofern er nicht inflationär verwendet wird – liegt darin, für eine bestimmte historische Epoche etwas gegenüber einer anderen historischen Epoche fundamental Trennendes zu bezeichnen. Es ist z.B. nicht ganz unwahrscheinlich, dass sich in einigen Jahren in generationentypischer Hinsicht eine Generation des elften September unterscheiden lässt, für die die Einschränkung von liberalen Abwehr- und Menschenrechten sowie von sozialen Bürger- und Partizipationsrechten auf der Grundlage nationaler Sicherheitsphantasien als etwas Selbstverständliches betrachtet wird.

» In Hinblick auf Kindheit und Jugend folgt aus einer solchen fundamentalen Trennung, dass das Aufwachsen für jeden einzelnen Angehörigen einer speziellen Generation einen charakteristischen Unterschied zum Aufwachsen in einer beliebigen anderen Generation mit sich bringt. Ein gutes Beispiel ist hier die technische Entwicklung, die die gesellschaftliche Entwicklung in der Regel flankiert. Wer im letzten Jahrzehnt des 20. und im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhundert aufwächst besitzt auf der ▶



Die Milieu-Landkarte; Quelle: agis.uni-hannover.de, 1999

Folie aktueller Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnik ein gegenüber früheren Generationen auffallend anderes Kommunikationsverhalten (Handynutzung, Chatten, Nutzung von Internetforen usw.) in seiner oder ihrer Jugend als Vergleichsgruppen aus den siebziger und achtziger Jahren.

Die ungleichheitsorientierte und milieuspezifische Perspektiverweiterung

Allerdings variieren die konkreten Praktiken der sozialen Akteure innerhalb einer Generation so beträchtlich, dass der zeitdiagnostische Gehalt des Generationenbegriff nicht nur mit einem sehr hohen Abstraktionsniveau erkauft wird, sondern kein Sensorium bereit hält, ob die inneren Differenzen einer Generation stärker sind als ihre kennzeichnende Typik. Insofern ist der Generationenbegriff zu vermitteln mit Konzepten, die das genauer beleuchten, was der Begriff der Generation als notwendige unthematisierte Kehrseite mit sich führt: die individuellen bzw. gruppenspezifischen Handlungsressourcen. Technisch gesprochen geht es hier um die Vermittlung einer zeitdiagnostischen Analyse sozialen Wandels mit einer Soziologie sozialer Ungleichheit, die die relativ statischen Klassen- und Milieustrukturen in den Blick nimmt.

» Eine nach Ansicht des Verfassers besonders erklärungskräftige Theorie und Empirie sozialer Ungleichheit, die darüber hinaus auch noch Kontakt hält zur gesellschaftstheoretischen Frage sozialer Herrschaft als Produzentin von Ungleichheit (vgl. Bittlingmayer/Bauer 2006) liefert die Milieutheorie des Arbeitskreises um Michael Vester (2001). Nach den Arbeiten von Vester gliedert sich (West-)Deutschland in unterschiedliche Soziale Milieus (Abb. 1).1

Die in der Abbildung dargestellten Milieus repräsentieren unterschiedliche Verfügbarkeiten von Handlungsressourcen. In Hinblick auf eine heranwachsende Generation bilden sie zugleich abgrenzbare Sozialisationsräume, die sich zum Beispiel danach unterscheiden, welche Alltagspraktiken von Erwachsenen und Jugendlichen wertgeschätzt werden und (milieuspezifische) Anerkennung erfahren oder welche Erziehungsvorstellungen vorherrschend sind. In Auseinandersetzung mit diesen sozialisatorischen Hintergründen und Handlungsressourcen entwickeln Heranwachsende auf der Grundlage unterschiedlicher milieuspezifischer Anerkennungsmuster differente Relevanzstrukturen, die zu abgrenzbaren Präferenzordnungen führen. Die auf Generationen bezogenen typischen Erfahrungen werden also stets durch die individuelle Zugehörigkeit zu sozialen Milieus gebrochen.

» Aus einer jugendpolitischen Perspektive wäre die populäre aktuelle Zeitdiagnose einer „pragmatischen Generation unter Druck“, die in den beiden letzten Shell Jugendstudien vorgetragen wurde, noch gar keine taugliche politische Orientierungsfolie. Denn gemäß einer Differenzierung nach sozialen Milieus würde der Handlungsdruck, der sich ja vorrangig auf die Realisierung von Lebenschancen unter einer neoliberalisierten Ökonomie und Politik bezieht, von Heranwachsenden der unterschiedlichen Milieus ganz anders erlebt. Auf der Grundlage etwa von großen Handlungsressourcen, schulbildungsnahen Erfahrungsräumen und viel versprechenden sozialen Netzwerken wird ein Heranwachsender, der im Konservativ-technokratischen Milieu aufwächst, wenig von der beklemmenden Atmosphäre verspüren, mit der ein Jugendlicher aus den unterprivilegierten Milieus konfrontiert ist, dessen Eltern entlang einer entwürdigenden Praxis einer Hartz IV-Gesetzgebung um ihre sozialen Transferleistungen kämpfen. Die Frage nach einer zeitgemäßen Jugendpolitik wird durch einen bloß generationalen Bezug mit einem Allgemeinheitsgrad versehen, der immer schon bestimmte Jugendgruppen ausschließt bzw. gar nicht erst repräsentiert. Bereits in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelten Michael Vester et al. die Diagnose einer politischen Repräsentationskrise in den neoliberalen Gegenwartsgesellschaften. Diese fehlende Repräsentanz wurde von Vester et al. (2001: 116/7) vorrangig auf die Volksmilieus, also die Milieus der gesellschaftlichen Mitte bezogen, die ausgerechnet durch eine „Politik der neuen Mitte“ politisch nicht mehr vertreten wurden. „Die großen Milieus der Bevölkerung haben Zweifel, ob sie dem Versprechen, durch mehr Leistung ihre persönliche Lage wie auch das Wirtschaftswachstum heben zu können, trauen. Es besteht der Verdacht, dass dies bei ungleichen ▶

Startchancen nicht funktionieren kann, dass statt einer ‚Differenzierung nach Leistung' eine ‚Differenzierung nach dem Ellenbogenprinzip' betrieben wird, eine neue Teilung der Gesellschaft in Privilegierte und Benachteiligte." Die politische Repräsentationskrise, die im übrigen auf die abgekoppelten sozialen Milieus noch stärker zutreffen dürfte, gilt aber eben nicht nur für Erwachsene, sondern auch für die Heranwachsenden in den nicht mehr politisch vertretenen sozialen Milieus.

☐ Jugendpolitische Konsequenzen

Diese wenigen Überlegungen besitzen scharfe Konsequenzen für eine jugendpolitische Perspektive. So müsste eine jugendpolitische Orientierung, die sich nach der zeitdiagnostischen Bestimmung einer „pragmatischen Generation unter Druck" ausrichtet, entscheiden, welcher milieuspezifisch differenzierte Handlungsdruck zum Thema und zum politischen Programm gemacht wird. Denn die schlechteren Verwertungschancen von universitären Bildungsabschlüssen können ebenso zu gefühltem Handlungsdruck führen wie die steten Absagen für Lehrstellenbewerber.

Wenn meine Einschätzung richtig ist, dann geht die vorrangige Ausrichtung augenblicklicher jugendpolitischer Konzepte systematisch an ressourcenschwachen Jugendlichen vorbei. Nicht einmal auf der Grundlage generationaler und schon gar nicht auf der Grundlage milieuspezifischer Überlegungen sind Heranwachsende in benachteiligten Milieus politisch angemessen repräsentiert. Die sozialen Gruppen, bei denen der wahrgenommene Handlungsdruck sich am stärksten materiell äußert, also bei den unterprivilegierten Milieus der Abbildung S. 18, werden in den jugendpolitischen Konzepten im Speziellen und den sozial- und bildungspolitischen Konzepten im Allgemeinen systematisch vernachlässigt und einer Politik des Forderns und Förderns überantwortet. Im Umkehrschluss heißt das, dass die dominanten (jugend-)politischen Konzepte insbesondere auf die Handlungsressourcen und Erfahrungsräume der privilegierteren Milieus bezogen sind, die über andere Optionsräume verfügen. Die generationale Bezugsnahme auf pragmatischen Handlungsdruck kann also durchaus mit politischen Konzepten und Programmen einhergehen, die zu gröberen Ungerechtigkeiten und normativ kaum zu rechtfertigenden Verengungen in der politischen Repräsentation führen. Genau deshalb bleibt eine generationale Betrachtung unmittelbar angewiesen auf eine sozialstrukturanalytische Analyse. Die Vermittlung einer generationalen und einer milieuspezifischen Perspektive verweist für eine jugendpolitische Ausrichtung damit auch auf die Einsicht, dass trotz identitätsstiftender generationaler Erfahrungen die Jugendpolitik nicht von anderen Politikfeldern abgegrenzt werden kann, die einen direkten Einfluss auf die Klassenstruktur der Gegenwartsgesellschaft ausüben. Insofern bleibt die zentrale Maßgabe einer sinnvollen Jugendpolitik die maximale Reduktion gesamtgesellschaftlicher sozialer Ungleichheiten und Herrschaftsverhältnisse. ■

Dr. Uwe H. Bittlingmayer, Sozialwissenschaftler, hat über „Soziale Ungleichheit in der Wissensgesellschaft" promoviert und arbeitet zur Zeit an der Universität Bielefeld u.a. zur „Dialektik ungleicher Bildung und Gesundheit".

Literatur

■ Bittlingmayer, Uwe H./Ullrich Bauer, 2006, Ungleichheit – Bildung – Herrschaft. Zur politischen Soziologie der Milieutheorie Michael Vesters, in: Bremer, Helmut/Lange-Vester, Andrea (Hrsg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen, Wiesbaden: VS, 212-234.

■ Hurrelmann, Klaus/Albert, Matthias/Quenzel, Gudrun/Langness, Anja, 2006, Eine pragmatische Generation unter Druck – Einführung in die Shell Jugendstudie 2006, in: Shell Deutschland Holding (Hrsg.), Jugend 2006, Frankfurt/Main: Fischer, 31-48.

■ Jaide, Walter, 1978, Achtzehnjährige – Zwischen Reaktion und Rebellion. Politische Einstellungen und Aktivitäten Jugendlicher in der Bundesrepublik, Opladen: Leske + Budrich.

■ Liebknecht, Karl, 1958 [1906], Rekrutenabschied, in: Ders., Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin: Dietz, 183-189.

Sinus Institut, 1983, Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel. Ein Bericht des SINUS-Instituts im Auftrag des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Opladen: Leske + Budrich.

■ Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar, 2001, Soziale Milieus im gesellschaftlichen Wandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

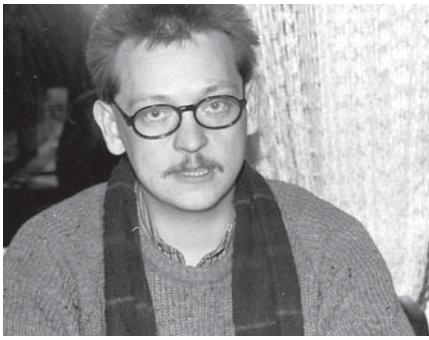
■ Die modifizierte SINUS-Milieulandkarte nach Michael Vester

1 Quelle: agis.uni-hannover.de, 1999.

Anspruchsvoll und offensiv

Die jugendpolitische Orientierung in den 1980er Jahren

von Reinhold Rünker



Reinhold Rünker 1990; Foto: privat

» Als ich 1981 zu den Jusos kam, war ich wie so viele meiner Generation geprägt von der Friedensbewegung und dem Gestaltungsoptimismus der 1970er Jahre. Trotz „Ölkrise" und „Sparhaushalte der SPD/FDP-Regierung" – und in der Hauptschule hatten wir sogar bereits den Begriff „Massenarbeitslosigkeit" kennen gelernt schien uns ein lang anhaltender ökonomischer Abschwung weit entfernt. Wir glaubten noch daran, den vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum umverteilen zu können, auch wenn die aufziehende neokonservative Hegemonie, das Ende der sozialliberalen Regierung 1982 und die neuen „globalen Menschheitsfragen" (Frieden, Umwelt, Entwicklung) Anlass zur Skepsis gaben.

Mitte der 1980er Jahre hatten wir begriffen, dass die neue politische Mehrheit kein „politischer Betriebsunfall" war, sondern die Reaktion auf gesellschaftliche Veränderung in der ökonomischen und sozialen Struktur des Kapitalismus. Die Sozialstaatsentwicklung hatte neue Entwicklungsperspektiven gerade für unsere Generation eröffnet. Die „68er" hatten durch ihren Protest Räume geschaffen, die wir nun gestalten wollten. Mit der „jugendpolitischen Orientierung" wollten wir deshalb nicht nur einen „Abwehrkampf" gegen den neokonservativen Sozialabbau führen, sondern unsere eigenen Ansprüche an die gesellschaftlichen Möglichkeiten geltend machen. Klar schien uns zudem, dass die Entscheidung darüber, wie eine künftige Gesellschaft aussehen wird, sich in großem Maße darüber bestimmt, inwieweit Jugendliche selbst zu den Trägern dieser gesellschaftlichen Veränderungen werden. Dazu war es erforderlich, eigene Interessen „als Jugend" zu formulieren und diese in politischen Auseinandersetzungen zu profilieren.

» Verbandspolitisch hatte das u.a. zur Folge, dass 1987 mit dem „Zukunftsaktionsprogramm" eine programmatische Zuspitzung auf jugendpolitische Themen erfolgte und nicht nur das Bündnis mit der Gewerkschaftsjugend gesucht werden sollte. Hinzu kam die ambitionierte Komponente, den Umbruch in der Jugendphase auch kapitalismustheoretisch einzuordnen: Die Debatte der marxistisch inspirierten „Regulationsschule" über das Ende des Fordismus, die Arbeiten zur Hegemonie und Klassenstruktur von Gramsci über Bourdieu bis Oertzen/Vester haben zumindest mich sehr stark geprägt Die Diskussionen mündeten schließlich in die „53 Thesen für einen Modernen Sozialismus", die 1989 im spw-Verlag erschienen sind.

Methodisch wurde bei den Jusos jetzt stärker auf „Projektarbeit" und die Konzentration auf wenige, dafür aber mobilisierungsfähige Themen gesetzt. Die Akzeptanz, dass sich auch die öffentliche Wahrnehmung politischer Arbeit verändert hatte, mündete in den 1990er Jahren in die Weiterentwicklung der jugendpolitischen Orientierung zur Kampagnenorientierung. ■

Reinhold Rünker, geb. 1964, Bankkaufmann und Historiker, war von 1986 bis 1991 Mitglied im Juso-Bezirksvorstand Westliches Westfalen und 1991 bis 1995 im Juso-Bundesvorstand. Heute ist er u.a. spw-Chefredakteur und lebt in Leichlingen.

Auf dem Weg zur Jugendpolitischen Orientierung 2.0 | von Tobias von Pein

Bild: Cover der spw Ausgabe 37

» Ohne die Jusos wäre die SPD wahrscheinlich nichts. Aber was wären die Jusos ohne die SPD? In ihrem Selbstverständnis begreift sich die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten noch immer als eigenständige programmatische Kraft, als „sozialistischer Richtungsverband", und damit auch als Teil der gesellschaftlichen Linken in Deutschland und international. Doch in welche Richtung entwickeln sich die Jusos heute? Verkommen sie – angesichts einer immer dünner werdenden Personaldecke innerhalb der SPD – zu einer reinen Nachwuchsorganisation für aufstrebene JungpolitikerInnen? Oder wird es ihnen für die Zukunft gelingen, eine eigenständige programmatisch sozialistische Kraft zu bleiben? Dazu lohnt es sich an Diskussionen und Erfahrungen der späten 80er Jahre anzuknüpfen und die Frage nach einer Neuauflage der „jugendpolitischen Orientierung" zu stellen.

Welche Bedeutung diese Konzeption für die Jusos und die sozialistische Linke insgesamt hatte, wie sie sich entwickelte und welche Grundannahmen ihrer Idee heute noch wichtig sind, diskutierten am 03.November 2007 das Projekt Moderner Sozialismus Norddeutschland gemeinsam mit dem Juso-Kreisverband Stormarn in Bargteheide bei Hamburg.

☐ Geschichte der Jugendpolitische Orientierung als zweite Linkswende der Jusos

Die jugendpolitische Orientierung in Theorie und Praxis war und ist die grundsätzliche Idee, die Politik des Juso-Verbands an den grundlegenden Bedürfnissen der eigenen „jungen Generation" auszurichten und so ein eigenes sozialistisches Bewusstsein zu schaffen. Sie war Ergebnis einer langen verbandsinternen Diskussion über die zukünftige Ausrichtung des Juso-Verbands Ende der 80er Jahre. Seinerzeit stand die Juso-Organisation kurz vor einem ideologisch-politischem Vakuum. Die programmatische Energie der Linkswende von 1969 war fast aufgebraucht und es wurde notwendig, ein neues strategisches sozialistisches Konzept für die Jusos zu begründen, damit sich der Verband nicht zu einer ideologiefreien Parteijugend zurückentwickelte.

Die jugendpolitische Orientierung in Theorie und Praxis der Jusos in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre war so zunächst Ausdruck einer programmatischen und strategischen Erneuerung der Juso-Linken und der Jusos insgesamt, die dann in den Juso-Bundeskongressen 1986

mit der „Hagener Mehrheit“ und der Wahl von Michael Guggemos zum Juso-Bundesvorsitzenden, sowie 1988 mit der Wahl von Susi Möbbeck zur Juso-Bundesvorsitzenden auch politischen Ausdruck fand..

☐ Reaktion der Jusos auf die Umbrüche in den 80ern

Die 1980er Jahre wurden identifiziert als eine tiefgreifende Umbruchsituation für die Produktions- und Lebensweise durch die Durchsetzung von Mikroelektronik und nachfordistischer Organisation der Industrie sowie die (notwendige) Anhebung des gesellschaftlichen Bildungsniveaus. Dazu kam die Globalisierung gesellschaftlicher Probleme (Frieden, Umwelt, Entwicklung) als prägende Erfahrung der jungen Generation. In dieser Situation wurde der politischen Organisation und Ausrichtung der Jugend eine besondere Bedeutung zugeschrieben.

» Verbandspolitisch kann die jugendpolitische Orientierung als eine Neugewichtung der Jusos zwischen den drei traditionellen Selbstverständnissen als Parteijugend, Jugendverband und sozialistischer Richtungsverband beschrieben werden. Die Jahre 1969-1985 waren vor allem von der Arbeit als Richtungsverband und Parteijugend geprägt. Das Selbstverständnis eines Jugendverbandes war bis dahin entweder angehängt an das parteipolitische Verständnis von Jugendpolitik (als Jugendhilfepolitik) oder minoritär an die Orientierung der Juso-Linken an der Arbeit in Interessenvertretungen (gewerkschaftliche Orientierung). Letztere war wiederum überlagert von anderen Grundsatzfragen der Organisations- und Weltpolitik. Dies zeigte sich z.B in der Diskussion um eine Zusammenarbeit mit SDAJ und dem MSB/Marxistischem Studentenbund Spartakus oder die Mitarbeit im SHB/Sozialdemokratischer Hochschulbund).

Die jugendpolitische Orientierung versuchte das Schwergewicht der Juso-Arbeit auf die Achse von Jugendverband und sozialistischem Richtungsverband zu verschieben. Die Arbeit als Jugendverband wurde in der Theorie so verstanden, dass die eigene Jugendpolitik neu zu definieren und in den umfassenden Rahmen von gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderung, Wertewandel, Geschlechter-, Sozial- und Bildungspolitik zu stellen sei. Es sollte versucht werden zu erklären, wie sich durch ihr Alter bestimmte Generationen zu kollektiven Subjekten gesellschaftlichen Wandels formieren können. Bestimmend hierfür wurde die Erkenntnis, dass durch verlängerte Ausbildungszeiten und verbesserte soziale Sicherung die eigenständige Jugendphase als Lebensabschnitt ca. zwischen 16 und 30 Jahren entstanden war. In der Praxis wurde dies dann verbunden mit dem stärkeren Engagement in jugendlichen Interessensvertretungen (Schülervertretungen, Jugend- und Auszubildendenvertretungen usw.) und progressiv ausgerichteten Jugendverbänden wie z.B. der Gewerkschaftsjugend. Sich als Jugendverband zu begreifen, bedeute somit auch, die Idee der „Doppelstrategie“ mit Leben zu füllen. Die jugendpolitische Orientierung hat sich in den programmatischen Dokumenten der Jusos, im Berliner SPD-Grundsatzprogramm von 1989 (Abschnitt IV. 1., Unterabschnitt „Zukunft für junge Frauen und Männer“) und im Grundsatzdokument der spw-Strömung, den 53 Thesen des Projekts Moderner Sozialismus (These 28) von 1989 niedergeschlagen.

» Das Konzept der jugendpolitischen Orientierung hat den Verdienst, im Verhältnis zur Politik der gewerkschaftlichen Orientierung die verbindenden Elemente der Jugendphase herausgearbeitet zu haben, um eine Segmentierung in Schülerpolitik, Studentenpolitik und Lehrlingspolitik zu überwinden. Es wurde allerdings zunehmend vernachlässigt, die Verschiedenheit von Lebenslagen und Interessen in der Jugend in Theorie und Praxis zu übersetzen um sich nicht auf eine einseitige Orientierung an der akademischen Mittelschicht zu beschränken. Dies muss bei einer neuen jugendpolitischen Orientierung beachtet werden. ▶

Auswirkungen der Auflösung des Ost-West-Konflikts

Die Umbrüche der deutschen und internationalen Politik und Gesellschaft im Gefolge der Auflösung des Ost-West-Konflikts (Auflösung des RGW, Warschauer Pakts, Wiedervereinigung, Globalisierung der Produktivkräfte und Kommunikation) überlagerten die programmatischen Impulse der 1980er Jahre. Bei den Jusos äußerte sich dies zunächst in einem Mehrheitsverlust der Juso-Linken (Juso-Bundeskongress 1991). Auch nach deren Wiedergewinnung (Bundeskongress 1993, Vorsitz Thomas Westphal) konnte unter den veränderten Bedingungen an die Konzeption der Jugendpolitischen Orientierung nicht nahtlos angeknüpft werden.

Zwar konnte ein Bruch mit dem Selbstverständnis als sozialistischem Richtungsverband vermieden werden. Die Achse der praktischen Politik verlagerte sich jedoch auf die Verknüpfung von Jugendverband und Parteijugend. Dies fand seinen Ausdruck in der bis heute andauernden Diskussion um den Generationswechsel in der SPD und einer im Vergleich zu den 1980er Jahren wesentlich verstärkten Einbindung der Jusos in die Kommunalpolitik bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Arbeit in Interessenvertretungen der Jugend. Damit droht auch das Verständnis von Jugendpolitik wieder zurückzuschlagen in Jugendhilfepolitik. JungsozialistInnen werden wesentlich schneller in Ämter gehoben, als es früher der Fall war. Ohne eine entsprechend fundierte sozialistische (Vor-)Bildung droht hier die Gefahr, dass „jung sein" zur alleinigen Kompetenz gemacht wird. Karriereorientierte, ideologiefreie und ultrapragmatische NachwuchspolitikerInnen sind bereits heute die Folge dieses Prozesses. Dem muss durch eine erneuerte jugendpolitische Orientierung sowie entsprechender innerverbandlicher Bildungsarbeit der Jusos und der sozialistischen Linken entgegen gewirkt werden.

Neue Antworten für die jetzige junge Generation finden

Analyse und Interpretation der eigenständigen Jugendphase bedürfen heute einer Revision im Lichte der gesellschaftlichen Entwicklung. Wurde die Jugendphase in den 1980er Jahren als Modernisierung und Befreiung aus familiären und sozialen Abhängigkeiten sowie als Motor einer umfassenderen Persönlichkeitsentwicklung gedeutet, überwiegen in der heutigen Diskussion die Hinweise auf Defizite und Zwangslagen als kennzeichnendes Element einer eher unfreiwilligen Jugendphase. Die Diskussionen über „Generation prekär" und „Generation Praktikum" sowie über die Probleme einer späten Chance zur Familiengründung deuten an, dass die Jugendphase heute tendenziell eher als Ausschluss von angestrebter gesellschaftlicher Normalität und Teilhabe erlebt wird und eher als eine Flucht vor Verantwortlichkeit und Ernsthaftigkeit interpretiert wird. Junge Leute wollen heute die politischen Rahmenbedingungen, um schneller erwachsen zu werden. Sie sehen, dass sich der soziale Raum zunehmend schließt und richten ihre Lebensplanung schon frühzeitiger darauf aus. Eine verlängerte Jugendphase gilt für sie oft nicht mehr als erstrebenswert. Gleichzeitig führt der gesellschaftliche Druck der „Ökonomisierung" der Lebensplanung zur Sorge, in diesem „Erwachsenen-Leben" nicht bestehen zu können. Der Ablösungsprozess vom Elternhaus wird blockiert. Der Übergang von der Jugend- zur Erwachsenenphase wird nicht mehr als individuelles Experimentierfeld empfunden, wie noch in den 1980er Jahren analysiert/prognostiziert, sondern als Bedrohung.

Foto: Jusos in der SPD, Die Juso-Bundesvorsitzenden seit 1995, v.l.n.r: Andrea Nahles (1995-1999), Niels Annen (2001-2004), Björn Böhning (2004-2007), Franziska Drohsel (seit 2007) – es fehlt Benjamin Mikfeld (1999-2001).

Jugendpolitische Orientierung in der Sozialpolitik und der SPD

In der Sozialpolitik hat sich das Konzept einer eigenständigen Jugendphase nicht durchsetzen können. Auch heute noch ist das soziale Sicherungssystem der Bundesrepublik Deutschland auf die Konservierung der familiären Abhängigkeit ausgerichtet. Das Ziel einer familienunabhängigen Ausbildungsförderung und einer Ablösung der Leistungen an junge Erwachsene von den Eltern konnte nie erreicht werden. Die Initiativen der ehemaligen Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn in der ersten Hälfte der ersten rot-grünen Bundesregierung auf Bundesebene für ein elternunabhängigen BAföG waren zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Sie fand aber seinerzeit nicht genügend Unterstützung. Auch heute wird die Lebenslage junger Erwachsener noch immer sozialpolitisch primär durch Kindergeld, Kinder- und Ausbildungsfreibeträge an ihre Eltern sowie durch ans Einkommen der Eltern anknüpfende Ausbildungsförderung berücksichtigt. Auch in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist die Möglichkeit für junge Erwachsene, durch Grundsicherung von den Eltern unabhängig zu werden, unter dem Beifall der Regierungs-SPD und Öffentlichkeit zurückgenommen worden. Die Selbstständigkeit junger Erwachsener wurde unter Erlaubnisvorbehalt gestellt.

» In der sozialdemokratischen Debatte – manifestiert im neuen Hamburger Programm – spielt eine eigenständige Jugendpolitik, wie sie noch im Berliner Programm formuliert war, keine Rolle mehr. Jugendpolitik ist eine abgeleitete Größe von Bildungspolitik, Familienpolitik und Arbeitsmarktpolitik im Kontext ökonomischer Anforderungen. Eine eigenständige jugendpolitische Programmatik unter dem Leitsatz biografischer Selbstbestimmung müsste diese Verkürzungen korrigieren. Biografische Selbstbestimmung müsste dann heute bedeuten, die Freiheit zu sichern, Jugend als eigenständige Phase der Orientierung und Bildung sozial gesichert zu erleben ebenso wie sie zu Gunsten von Berufseinstieg und Familiengründung sozial gesichert verlassen zu können. Und diese „biografische Selbstbestimmung" sollte nicht nur als „Privileg der Jugend" missverstanden, sondern kann auch als ein vorwärtsweisendes Element einer fortschrittlichen Sozialstaatspolitik insgesamt verstanden werden.

Für eine Jugendpolitische Orientierung 2.0

Für die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist-Innen als eigenständige politische Kraft, ist es unbedingt notwendig solchen Tendenzen entgegenzuwirken, die den Juso-Verband zu einem reinen Nachwuchs- und Karrierenetzwerk verkommen lassen wollen. Dies kann nur durch ein aktives Entgegenwirken mit Elementen von Bildungsarbeit und Aufklärung der sozialistischen Linken verhindert werden. Darüber hinaus müssen auf dem Weg zu einer neuen jugendpolitischen Orientierung bestehende programmatische Bausteine der Jusos zu einer neuen integrierten Jugendpolitik zusammengefasst werden, um den Anspruch zu erfüllen die Bedingungen für die eigene Generation selbstbestimmt zu gestalten. In der Praxis muss diese jugendpolitische Re-Orientierung verknüpft werden mit der Idee der Doppelstrategie 2.0, wie sie etwa auf dem Juso-Bundeskongress in Wolfsburg im November 2007 diskutiert und beschlossen wurde. Denn das Bündnis und die Mitarbeit in gesellschaftlichen Bewegungen außerhalb der Sozialdemokratie sichert programmatische und strategische Möglichkeiten auch in der Zukunft. In diesem Sinne sollte der Weg zu einer „Jugendpolitischen Orientierung 2.0" mit Unterstützung der sozialistischen Linken eingeschlagen werden. Nur so kann vermieden werden, dass der zu erwartende Aufschwung sozialer Bewegungen an der Sozialdemokratie und den Jusos vorbei geht. ■

Tobias von Pein, stellv. Vorsitzender Projekt Moderner Sozialismus Norddeutschland, Vorsitzender des Juso-Kreisverbands Stormarn (in Schleswig-Holstein).

Benjamin Mikfeld, 1997; Foto: © Alexander Völkel

Generation Y2K – zwischen Optimismus und Krise

von Benjamin Mikfeld

Wer 1999, im Hypejahr der new economy die Website www.jugend.de ansteuerte, landete bei einer Werbeseite für Finanzmarktprodukte zur privaten Altersvorsorge. An diesem banalen Beispiel verdeutlicht sich das politische Kräftefeld für jungsozialistische Praxis zur Jahrtausendwende.

» Wenn es eine gemeinsame Generationenerfahrung gab, dann war das entgegen landläufiger Feuilletonisten-Meinung weniger das Wende-Jahr 1989. Prägender war der soziale und ökonomische Umbruch von den Spätausläufern des Fordismus hin zu einem neuen Kapitalismus. Auf der einen Seite wurde die „neue Arbeitswelt" gefeiert. Die informationstechnische Revolution des Internet ermöglichte neue Tätigkeitsfelder und Jobs vor allem für Teile der jungen Generation. Auf der anderen Seite gingen im Zuge der voranschreitenden Kommodifizierung alte Sicherheiten verloren und damit auch positive Bezugspunkte zu einer sozial regulierten Marktwirtschaft. Schon die Shell-Jugendstudie 1997 konstatierte: „Die gesellschaftlichen Krisen haben das Jugendalter erreicht."

Neben die new-economy-Euphorie trat der mit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün und Berlin-Umzug verbundene Generationenwechsel in Politik und Medien. Die Industrie für Generationendefinitionsbücher von Jungautoren boomte. Alles was mit „alten" Überzeugungen (wie dem Erhalt einer solidarischen Rentenversicherung) daherkam, stand unter dem Verdacht, bei der Party der „Generation Berlin" (pragmatisch, modern und jetzt auch im Internet) nicht mitmachen zu wollen. In der europäischen Sozialdemokratie wollte man den Muff von old labour auskehren, wobei die deutsche Rezeption nur ein knappes Jahrzehnt später vielen Akteuren peinlich sein dürfte: ja, die Forderungen nach Niedriglohnsektor, „generationengerechter" Rentenprivatisierung und Studiengebühren galten als sehr flott und modern in der Jahrtausendwende-SPD.

Strategisch ging es vor diesem Hintergrund auf Basis der jugendpolitischen Orientierung um drei wesentliche Herausforderungen:
1) die Ermöglichung von biografischen Chancen und die Herstellung positiver Bezugspunkte zur (Sozial-) Staatlichkeit. Die Strategie konnte nicht allein in der Verteidigung sozialstaatlicher Errungenschaften bestehen. Vielmehr ging es darum, die Widersprüchlichkeit dieses flexiblen Kapitalismus zu erkennen und neue Ansätze sozialer Absicherung zu entwickeln, um eine selbst bestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Neben dem Engagement für mehr Ausbildungschancen, war ein konkretes Projekt die Forderung nach einem Umbau der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung. **2)** (wenn auch nicht neu): die Öffnung und Modernisierung der Verbandsarbeit im Sinne einer Überwindung binnenbezogener Politikrituale und einer stärkeren Verankerung in der Lebenswelt der eigenen Generation. **3.)** bestand die Aufgabe darin, in der SPD den schmalen Raum für eine linke zeitgemäße Reformpolitik jenseits von alt-linkem Strukturkonservatismus und der vermeintlichen Modernisierungspolitik Gerhard Schröders zu erweitern. ■

Benjamin Mikfeld, war von 1999 - 2001 Juso-Bundesvorsitzender, heute leitet er die Abteilung Planung und Kommunikation beim SPD-Parteivorstand und lebt in Berlin.

Literatur

■ Bettina Kohlrausch, Benjamin Mikfeld, Jessika Wischmeier (1999): Neue Zeiten denken. Überlegungen zum Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und junger Generation, in: argumente 2/1999, herausgeben vom Bundesverband der Jusos.

Jahresregister 2006 / 2007

AutorInnenverzeichnis

AutorIn	Titel	Heft/Seite
Albers, Detlev	Ein linkes Godesberg – Das neue Hamburger Programm der SPD	160/46
Albers, Detlev / Nahles, Andrea	Linke Programmbausteine – Denkanstöße zum Hamburger SPD-Grundsatzprogramm	156/14
Albrecht, Thorben / Wolf, Felix	Standortverlagerung als politische und gewerkschaftliche Herausforderung	149/30
Albrecht, Torben	Gewerkschaftliche Europapolitik im Aufwind	148/10
Annen, Nils	Zivile Konfliktlösungen für Afghanistan	155/6
Annen, Nils	Afghanistan im Herbst	157/6
Appell vom 15. Mai 2007	„Wir brauchen eine Politik, die alle Kinder fördert" (Dokumentation)	157/48
Bach, Andreas	Baustelle Hamburger Grundsatzprogramm	158/54
Bach, Andreas / Bülow, Marco	Zur Unternehmenssteuerreform	152/53
Baldschun, Katie	Für gute Arbeit und Ausbildung. Unsere Richtung links!	160/44
Baldschun, Katie / Bogedahn, Claudia / Drautz, Cordula / Drohsel, Franziska	War das schon alles? Anmerkungen zur Gleichstellungsdebatte	155/44
Baldschun, Katie / Drautz, Cordula / Höschele, Ralf	07 - 09: Abhaken, aber schnell – und dann?	158/42
Barnett, Doris	Pro: Brauchen wir grüne Gentechnik?	156/8
Bell, Hans-Günter	Arbeiterstudien und Klassenbewusstsein	147/46
Bell, Hans-Günter	Crossover-Projekt wieder mit Leben füllen (Interview)	158/11
Bercht, Alexander / Rossmann, Ernst-Dieter	Modernisierer auf Fortschrittskurs?	158/50
Biermann, Uta / Rünker, Reinhold	Bündnis für Arbeit und Umwelt: Einleitung zum Schwerpunkt	157/12
Blienert, Burckhard / Dahlman, Thomas / Hellmich, Wolfgang / Wessel, Heiko	Lebendige Mitgliederpartei: Von der organisierten Gesellschaft zur Reorganisation der Gesellschaft	148/54
Blum-Geenen, Sabine / Schneider, Karsten	Wissenstransfer für den gesellschaftlichen Fortschritt	147/23
Böhning, Björn	Die SPD braucht eine moderne Kapitalismuskritik	151/20
Böhning, Björn	Mehr europäische Demokratie wagen	158/10
Böhning, Björn	„Mut zum eigenen Profil" (Interview zum SPD-Bundesparteitag)	159/10
Böhning, Björn / Drautz, Cordula	Eine Reform des dualen Systems ist überfällig	149/27
Böhning, Björn / Klingbeil, Lars	Die letzte Gerd Show: Mehr Flop als Pop	152/37
Böhning, Björn / Burmeister, Kai	Gewerkschaften im Aufschwung? Einleitung zum Schwerpunkt	160/12
Böhning, Björn / Burmeister, Kai	Der Arbeit wieder Würde geben: Einleitung zum Schwerpunkt	149/14
Böning, Jan / Drohsel, Franziska	Doppelstrategie 2.0	157/44
Bontrup, Heinz-J.	Zur Staatsverschuldung – ökonomische Richtigstellungen	149/45
Bontrup, Heinz-J.	Stichwort: Staatsverschuldung	151/42
Borchert, Rudolf	Rot-rot ein Auslaufmodell?	152/44
Böttcher, Manfred	Den Kapitalismus auf den Begriff gebracht?	154/48
Brandner, Klaus	Potenzial an Fachleuten nutzen	158/5
Bremeier, Wolfram / Brinckmann, Hans, Prof. Dr. / Killian, Werner, Dr	Kommunale Unternehmen im „Konzern" Stadt	155/14
Bull, Hans-Peter	Absage an den Staat?	153/14
Bülow, Marco	Rückschlag für Klimaschutz	154/6
Bülow, Marco	„Heilsbringer" Atomkraft entpuppt sich als Belzebub	157/21
Bülow, Marco / Müller, Michael / Rossmann, Ernst-Dieter	Die Energiepolitik ist die Schlüsselfrage dieses Jahrhunderts	148/9
Burchardt, Ulla	Köpfe statt Beton!	156/7
Burkert, Martin	Pro: Für eine Teilprivatisierung der Bahn	157/8
Burmeister, Kai	IUSY-Kongress 2006: Der Kampf für nachhaltige Entwicklung	147/7
Burmeister, Kai	Viel Rhetorik um Europa und nicht viel mehr	154/7
Burmeister, Kai	Wachsende Wirtschaft – steigende Löhne?	154/32
Burmeister, Kai	Mehr Mitarbeiterbeteiligung ist das letzte?	157/4
Burmeister, Kai	Literaturschau: Gewerkschaften im Aufschwung?	160/40
Burmeister, Kai / Scholle, Thilo	Ein neuer linker Crossover-Prozess – dringend gebraucht!	147/42

▶

AutorIn	Titel	Heft/Seite
Collignon, Stefan	Wer Politik machen will, kommt an der Bundesrepublik Europa nicht vorbei! (Interview)	156/35
Commerçon, Ulrich / Maas, Heiko	Eine moderne Industriepolitik für Deutschland	151/32
Czisch, Gregor	Perspektiven der Nutzung erneuerbarer Energien	157/28
Demirovic, Alex	Materialistisches Wissen – kritische Theorie	147/33
Deml, Jörg	SPD-Programmdebatte: Soziale Demokraten ohne Gesellschaft	149/5
Deml, Jörg	Nicht den Kakao, durch den man gezogen wird, auch noch trinken!	159/52
Detje, Richard / König, Otto	Das politische Mandat auf dem Prüfstand	160/20
Dieckmann, Bärbel	Perspektiven für eine zukunftsorientierte Kinder- und Familienpolitik	148/18
Dobusch, Leonhard	Was heißt hier Wissensgesellschaft?	151/44
Dobusch, Leonhard / Klingbeil, Lars	Politics needs Pop needs Politics!	150/51
Domisch, Rainer	Kein Kind wird zurück gelassen! (Interview)	159/37
Döring, Uwe	Arbeit darf nicht arm machen, Nichtstun sich nicht lohnen	154/23
Dörre, Klaus	Arbeitnehmer zweiter Klasse?	148/23
Dörre, Klaus	Die Gewerkschaften – aus der Krise zur Erneuerung?	160/14
Drautz, Cordula / Rünker Reinhold	10 Jahre Willy-Brandt – Centrum in Jerusalem	151/46
Drautz, Cordula / Wiese, Inken	Erst Sicherheit, dann Frieden	150/10
Drögemöller, Martin	Partei der kleinen Leute? PvdA will wieder an die Macht	151/52
Drohsel, Franziska	Unsere Richtung: links! Juso-Bundeskongress 2007	159/44
Edathy, Sebastian	Pro: NPD-Verbotsantrag	158/8
Eichler, Andreas	„Leitkultur" – Was bringt ein neues Modewort?	147/54
Feltes, Torsten / Paysen, Marc	Soziale Lage, Schulerfolg und die Wirkung von Bildungsstandards	159/14
Ferner, Elke	Die Zukunft des Sozialstaats	151/24
Finckh, Ute	Contra Tornado-Einsatz in Afghanistan	154/9
Finckh-Krämer, Ute	Forum Zukunftsökonomie: „Preis der Arbeit 2006"	147/10
Fisahn, Andreas / Mushoff, Tobias	Soziale Demokratie und soziale Kämpfe – Zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth	149/53
Forum DL 21	Föderalismusreform breit diskutieren und optimieren, Erklärung v. 04.03.2006 (Dokumentation)	148/7
Forum DL21 Dortmund	Wir brauchen mehr Ehrlichkeit in Sprache und Inhalt (Dokumentation)	159/54
Frank, Marco	Schlechte Perspektiven am Ausbildungsstellenmarkt	152/4
Franz, Ulf-Birger	Öffentlicher Sektor als „Wettbewerbsverzerrung"	153/26
Franz, Ulf-Birger	Kommunale Wirtschaft: Einleitung zum Schwerpunkt	155/12
Friedrich, Daniel	Gewerkschaften und Sozialdemokratie brauchen einander	155/4
Fuchs, Harry	Selbstverwaltung oder Markt?	152/20
Gärtner, Stefan	Sparkassen als Akteure einer neuen Strukturpolitik	155/30
Giegold, Sven	Die globalisierungskritische Bewegung in Deutschland (Interview)	156/10
Glaubitz, Jürgen	Zwischen Hummer und Eintopf: Schieflagen der Einkommensentwicklung	147/44
Godowksi, Götz	Literaturschau: Aufstieg durch Bildung?	159/40
Godowski, Götz	Standard-Bildung	149/48
Godowski, Götz / Kaczmarek, Oliver	Aufstieg durch Bildung? Einleitung zum Schwerpunkt	159/12
Göll, Edgar	Im Süden etwas Neues?	148/41
Gombert, Tobias	„Kritische Intellektuelle" im Neoliberalismus – Eine Spurensuche	147/16
Gombert, Tobias	Personalentwicklung in der SPD? Eine notwendige aber nicht ausreichende Perspektive	152/40
Gössner, Rolf	Contra: NPD-Verbotsantrag	158/9
Hälker, Juri	Von den USA lernen...	160/28
Hällhag, Roger	In welche Richtung geht der schwedische Wohlfahrtsstaat? (Interview)	158/32
Hansen, Norbert	Pro: Bahnbörsengang mit Schienennetz	151/12
Heil, Hubertus	Pro: Die solidarische Mitte!	152/10
Heimann, Horst	Der Brutalisierung des Kapitalismus entgegen treten!	151/16
Heimann, Horst	Die wundersame Entdeckung der neuen Unterschichten	154/45
Heimann, Horst / Rose, H.-Peter	Stell Dir vor, es ist Programmdiskussion, und keiner diskutiert!	153/52
Heise, Arne	Stichwort: Länderfinanzausgleich	153/36
Heise, Arne	Die Löhne sind nicht das Problem	154/27
Heise, Arne	Stichwort: Jahreswirtschaftsbericht und Sachverständigenrat	154/38
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Sozialkapital und Gemeinsinn	155/38
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Haushalt ohne Neuverschuldung?	156/42
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Fachkräftemängel	157/40
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Evaluierung der Hartz-Gesetze	158/36
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Der Kölner Prozess	159/42
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Die EZB und ihre Geldpolitik	160/42
Hendricks, Renate	Pro: Brauchen wir das Zentralabitur?	155/8

AutorIn	Titel	Heft/Seite
Hepenstrick, Petra / König, Barbara	SPW Gespräch: Zurück an Heim und Herd?	148/37
Herausgeber	Zeit, dass sich was dreht: Editorial	150/14
Hexel, Dietmar	Klimaschutz – eine Chance für Innovation, nachhaltiges Wachstum und neue Arbeitsplätze	157/24
Hillebrand, Florian	Die Masse zahlt, die Elite profitiert	159/5
Hiller-Ohm, Gabriele	Betriebliche Altersvorsorge stärken	158/6
Hiller-Ohm, Gabriele	Kinderarmut bekämpfen	159/48
Horn, Gustav	Contra: Kombilohn: Wirkungslos und zu teuer	150/13
Horn, Gustav	Privat vor Staat?	158/25
IMK	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Arbeitskosten	150/40
Jaehrling, Karen	„Kombinierte" Kombilohn-Reformen	154/18
Jobelius, Sebastian / Rünker, Reinhold	Öffentliche Aufgaben: Einleitung zum Schwerpunkt	153/12
Junge-Reyer, Ingeborg	Privatisierungsdiskussion und öffentliche Verantwortung	153/22
Jüttner, Wolfgang	Investivlöhne – Mehr Schein als Sein	153/4
Kaczmarek, Oliver	Ein neuer Grundriss für die Schule der Zukunft	152/42
Kaczmarek, Oliver	Privilegiensicherung blockiert den Fortschritt	159/27
Kasseler Kreis	Berliner Thesen (Dokumentation)	154/54
Kausch, Stefan	Politik der Sicherheit – Unsicherheit der Intellektuellen	147/19
Klecha, Stephan	Ein Jahr noch ... die SPD in Niedersachsen Stephan	153/50
Klecha, Stephan	Peters & Huber: Vier Jahre Zweckgemeinschaft	158/46
Klingbeil, Lars	Endlich singt es mal jemand!	151/41
Klingbeil, Lars	Widerstand zwecklos!	158/4
Klocksin, Jens	Auf dem Abstellgleis	159/8
Kohlrausch, Bettina	Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik	148/35
Kohlrausch, Bettina	Sein Leben zu einer Erzählung bündeln.	150/30
Kollewe, Kathleen	Was heißt Gute Arbeit?	160/36
König, Barbara	Wahlfreiheit?	154/4
König, Barbara / Walther, Claudia	Familie und Beruf: Einleitung zum Schwerpunkt	148/14
Körner, Benjamin	Perspektive zur Veränderung	149/41
Kramm, Alexandra	Kinderspiel Kapitalismus	150/39
Kramm, Alexandra	Kinderspiel Kapitalismus – „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral"	151/40
Kramm, Alexandra	Kinderspiel Kapitalismus	152/36
Kramm, Alexandra	Kinderspiel Kapitalismus	153/35
Kramm, Alexandra	Kinderspiel Kapitalismus	154/37
Kramm, Alexandra	Kinderspiel Kapitalismus	155/37
Kramm, Alexandra	Kinderspiel Kapitalismus	158/35
Kramm, Alexandra	Kinderspiel Kapitalismus	160/41
Krätke, Michael R.	Kein Markt zu machen ...	150/34
Kremer, Uwe	Gesundheitswirtschaft – ökonomischer und politischer Impulsgeber	152/25
Kritidis, Gregor	Loccum – Ort intellektueller Kooperation	147/26
Kroll, Matthias	30 Jahre Abschied von der Vollbeschäftigung	147/51
Kruke, Anja / Rünker, Reinhold	Kritische Intellektuelle: Einleitung zum Schwerpunkt	147/13
Kukko-Leinius, Liisa / Moegling, Klaus	Lehrerbildung in Finnland und Deutschland	159/24
Lamb, Matthias	Der Frühling der Gewerkschaften?	148/11
Lambrecht, Christine	Unklare Gefährdungslagen	158/7
Lange, Andrea	Entgrenzungen von Familien und Arbeit	148/19
Lauterbach, Karl	Gesundheitsreform entschlossen angehen!	148/8
Lauterbach, Karl Prof. / Nolte, Paul Prof.	Brauchen wir kritische Intellektuelle? (Tischgespräch im Hotel Honigmond)	147/36
Liebetruth, Dörte	Investitionen in die Jugend	156/50
Lindecke, Christiane	Familienfreundlichkeit im Betrieb – Anspruch und Wirklichkeit	148/29
Lürmann, Harald	Politische Steuerung verbessern!	156/22
Lux, Eva	Pro: Kombilohn: Ein innovatives Instrument	150/12
Machnig, Matthias	„Wir brauchen eine dritte Industrielle Revolution!" (Interview)	157/33
Machnig, Matthias	Der Staat als Pionier im 21. Jahrhundert	158/14
Mattheis, Hilde	Pflegerisiko muss solidarisch abgesichert werden	155/5
Mattheis, Hilde	Pflegeversicherung: Ein Schritt in die richtige Richtung	159/6
Meier, Jürgen	Hypersensibel, aber tödlich dünn	152/49
Meier, Jürgen	„Ameos" und Heuschrecken – Die Globalisierung des Gesundheitsmarktes	155/40

▶

AutorIn	Titel	Heft/Seite
Meier, Jürgen	„Der Tanz um die Lust“ – von Porno bis Erotik	157/42
Merkel, Petra	Contra: Bahnbörsengang kritisch prüfen!	151/13
Meyer, Christoph	Hat Herbert Wehner uns heute noch etwas zu sagen? (Interview)	149/51
Meyer, Dirk	Kontra: Normalos ohne Schutz	152/12
Meyer-Lauber, Andreas	PISA-Schock Teil 2? (Interview über die aktuelle PISA-Studie)	160/10
Möbbeck, Susi / Saß, Fiete / Zoerner, Birgit	Der Staat als Pionier. Aus: 53 Thesen (1989)	158/12
Morat, Daniel	Reflexion als Beruf. Die Aufgabe der Intellektuellen	147/14
Mosebach, Kai / Schmucker, Rolf	Gesundheitsreform 2006 – Ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit?	152/16
Müller, Hans	... sie bewegt sich doch. Neues Schulgesetz in SH	159/20
Müller, Richard / Röspel, René	Deutscher Exportschlager Umwelttechnik	157/14
Mützenich, Rolf	Wie weiter mit dem Iran?	147/10
Mützenich, Rolf	Mission von historischer Dimension	151/6
Mützenich, Rolf	Pro Tornado-Einsatz in Afghanistan	154/8
Nahles, Andrea	Mut zur Differenz – Mut zum Gestalten!	147/4
Nahles, Andrea	SPD: The Beck experience	149/4
Nahles, Andrea	Mindestlohn: Allheilmittel oder ideologischer Kampfbegriff?	150/4
Nahles, Andrea	Gesundheitspolitik: Einleitung zum Schwerpunkt	152/14
Nahles, Andrea	„Müde, matt, marode?“ (Interview zur Lage der SPD)	154/10
Nahles, Andrea	Mit Nachdruck eigene Positionen vertreten (Interview)	157/10
Nahles, Andrea / Schuster Joachim	SPD-Programmdebatte: Einleitung zum Schwerpunkt	151/14
Notz, Gisela	„In der Familie stecken die Frauen ...“	148/15
Olczyk, Hans-Joachim	Drop Your Tools! Strategische Personalentwicklung in der SPD	151/50
Öztürk, Asiye	Parallelgesellschaften oder „Deutsch-Türken“?	156/44
Öztürk. Asiye/Scholle, Thilo	Alle anders – alle gleich!	148/44
Parlamentarische Linke	Positionspapier: Für eine solidarische Zukunft der Krankenversicherung (Dokumentation)	149/10
Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion	1 Jahr große Koalition – Politische Merkpunkte der PL (Dokumentation)	153/55
Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion	Beschluss „Soziale und gesellschaftliche Innovationspolitik braucht vorausschauende Investitionspolitik (Dokumentation)	155/52
Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion	Aufschwung für alle – Zukunft für alle – Diskussionspapier zur großen Koalition (Dokumentation)	157/52
Parlamentarischen Linke der SPD-Bundestagsfraktion	Erklärung der zur Gesundheitsreform (Dokumentation)	152/30
Peter, Horst	Kurzum	147/2
Peter, Horst	Kurzum	149/2
Peter, Horst	Kurzum	151/2
Peter, Horst	Kurzum	153/2
Peter, Horst	Kurzum	155/2
Peter, Horst	Kurzum	157/2
Peter, Horst	Kurzum	159/2
Peter, Horst	Erhält die Naturfrage in der SPD eine zweite Chance?	156/31
Peters, Jürgen	„Wir stehen für eine gerechtere Politik!“ (Interview)	152/13
Pfahl, Svenja	Arbeits- und Familienzeiten – aus Sicht von Eltern und Kindern	148/32
Pickshaus, Klaus / Speidel Frederic	Gute Arbeit unter dem Druck der Prekarisierung	149/23
Profittlich, Sonja	Das Eva-Syndrom...	154/40
Projekt „Eine andere Welt, wie denn?“	Für ein: nordhessisches Klimabündnis Energie – Arbeit – Umwelt	160/54
Pronold, Florian	Nur Wachstum saniert den Haushalt	151/4
Pronold, Florian	Eindämmung der Heuschreckenplage	152/6
Pronold, Florian	Klassenkampf um die Erbschaftssteuer	160/5
Pusch, Toralf / Rünker, Reinhold	Bonus für Arbeit(geber)? Einleitung zum Schwerpunkt	154/12
Pusch, Toralf / Rünker, Reinhold	Literaturschau: Bonus für Arbeit(geber)?	154/36
Raabe, Sascha	Armut bekämpfen, Globalisierung gerecht gestalten	157/5
Randzio-Plath, Christa	Weit entfernt von einer Geschlechterdemokratie – Gender und die UN-Milleniumsziele	148/47
Reiche, Steffen	Bildungsgerechtigkeit statt elitärer Geldgeschenke	148/5
Reichenbach, Gerold	Innere Sicherheit: Aufgaben der Zukunft	148/49
Reichenbach, Gerold	Ist der Gau besser als der Klimakollaps?	155/48
Reichenbach. Gerold	Fünf Jahre nach „9/11“	151/8
Reiners, Svea	Der Selbstmord des Autors	147/27
Riege, Fritz	Die Gesundheitsreform bleibt auf der Tagesordnung	154/5

AutorIn	Titel	Heft/Seite
Rock, Joachim	Pro: Brauchen wir eigene Regelsätze für Kinder?	160/8
Rohwer, Maike	Wohin steuert die Bundesregierung?	150/8
Rose, H.-Peter	Von der kritischen Analyse zur politischen Gestaltung der demokratischen Gesellschaft	156/18
Rose, Wolfgang / Schwettscher, Klaus-Dieter	Gewerkschaftspolitik mit neuen Mitteln	160/31
Röspel, René	Contra: Brauchen wir grüne Gentechnik?	156/9
Röspel, René	Stammzellenkompromiss von 2001 fortentwickeln	159/7
Rossmann, Ernst Dieter	Bildung ist keine Ware	159/4
Rossmann, Ernst-Dieter	Die „Platzeck-Linie" – Mehr Kinder, bessere Bildung und starke Familien	147/6
Rossmann, Ernst-Dieter	Lebenslanges Lernen – ein vergessenes linkes Projekt?	153/42
Rossmann, Ernst-Dieter	Zur aktuellen Lage der großen Koalition (Interview)	155/10
Ruhland, Sascha	Nachfrageorientierte Innovationspolitik und öffentliche Beschaffung	155/20
Runde, Ortwin	Bankeranarchismen bremsen!	160/6
Rünker, Gesa	Kinderspiel Kapitalismus	156/41
Rünker, Gesa	Kinderspiel Kapitalismus: Raucherpause	157/39
Rünker, Gesa	Kinderspiel Kapitalismus	159/41
Rünker, Reinhold	Literaturschau: Öffentliche Aufgaben	153/34
Rünker, Reinhold	Vollbeschäftigung bleibt unser Ziel	154/14
Rünker, Reinhold	Literaturschau: Kommunale Wirtschaft	155/35
Rünker, Reinhold	Ring frei zur letzten Runde?	156/4
Rünker, Reinhold	Kriterien politischer Gestaltung: Einleitung zum Schwerpunkt	156/12
Rünker, Reinhold	Literaturschau: Kriterien politischer Gestaltung	156/39
Rünker, Reinhold	Literaturschau: Bündnis für Arbeit und Umwelt	157/38
Rünker, Reinhold	Der Staat als Pionier: Einleitung zum Schwerpunkt	158/12
Rünker, Reinhold	Alles Mitte oder was?	160/4
Rünker, Reinhold	Literaturschau: Zeit, dass sich was dreht	150/38
Schäfer, Axel	Europa den Menschen wieder näher bringen	153/46
Scheer, Hermann	Contra: Die Privatisierung der bahn ist überflüssig und falsch	157/9
Schlecht, Michael	Contra: Bonus für Arbeit: Bonus begünstigt Lohndumping	153/9
Schlecht, Michael	Wirtschaftswunder?	159/9
Schmidt, Gabriele	Schlichtung gescheitert (Interview)	148/12
Schneider, Guntram / Sieling, Carsten	Statements zur spw-Tagung 2007	158/23
Scholle, Thilo	IUSY-Festival	150/50
Scholle, Thilo	Die Transformation von Staatlichkeit	156/27
Schröder, Frank	Die politische Auseinandersetzung um menschenwürdige Löhne in den USA	149/19
Schulten, Thorsen	Deutschland braucht einen gesetzlichen Mindestlohn	149/16
Schulz, Martin	Der EU-Verfassungsprozess braucht frischen Wind! (Interview)	153/10
Schulz, Swen	Linke Mehrheit als Chance	153/7
Schulze, Svenja	Umweltpolitik ist Innovationspolitik	157/18
Schuster, Joachim	Eckpunkte für ein neues Grundsatzprogramm	148/4
Schuster, Joachim	Das Europäische Sozialmodell – Bezugspunkt linker Politik?	150/22
Schuster, Peter	Zwölf Thesen zur beruflichen Bildung	149/8
Schwabe, Frank	Energiepolitik und Klimaschutz – Ohne Atomkraft	153/6
Schwabe, Frank	Zwischen Pionierleistung und Daseinsvorsorge	158/19
Schwall-Düren, Angelica	Auswege aus der EU-Verfassungskrise	149/6
SES-Arbeitsgruppe von attac	Unternehmenssteuerreform – Arbeitspapier (Dokumentation)	151/55
Seyboth, Marie / Thannisch, Reinald	Ein Votum für die Mitbestimmung	156/6
Sieling, Carsten	Comeback des Staates?	156/5
Sommer, Michael	Die Würde des Menschen ist unser Maßstab (Interview)	148/36
SPD-Denkfabrik	Zukunft der Arbeit – Positionen der „Denkfabrik" (Dokumentation)	150/52
SPD-Landesparteitag NRW	Arbeit und Wirtschaft menschlich gestalten – Beschluss (Dokumentation)	158/56
Spies, Thomas Dr.	Die Bürgerversicherung braucht keinen Gesundheitsfonds (Interview)	151/10
Stegner, Ralf	Basta, nein danke!	148/6
Steppuhn, Andreas	Das Verhältnis von Gewerkschaften und SPD	160/25
Stock, Rolf	Kopfnoten - ein tragfähiger Baustein in einer modernen Schule?	159/34
Stöckel, Rolf	Contra: Brauchen wir eigene Regelsätze für Kinder?	160/9
Stockfisch, Christina	Vorfahrt für Familien – zentrales Handlungsfeld für Gewerkschaften	148/27
Strässer, Christoph	Der Staat misstraut seine Bürgern	155/7
Strässer, Christoph	Menschenrechtspolitik lebt von Glaubwürdigkeit	160/7
Struck, Olaf	Prekäre Freiheiten der Lebensführung	150/26

▶

AutorIn	Titel	Heft/Seite
Tautz, Wolfgang	Kein Frieden ohne Palästinas!	152/8
Tovar, Klaus	Politische Personalentwicklung in der SPD	150/42
Ude, Christian	Die Privatisierung kommunaler Betriebe ist kein Patentrezept! (Interview)	153/30
Üllenberg-van Dawen, Wolfgang	Sind wir noch einmal davon gekommen?	147/9
Unbehend, Mark	Emanzipation durch oder von Arbeit? Replik zu Rünker in spw 154	156/47
Ver.di-Bundesvorstand, Abt. Wirtschaftspolitik	Erbschaftssteuer reformieren (Dokumentation):	156/54
Vesper, Dieter	Staatsverschuldung und Investitionen	160/50
Wagner, Oliver	Kommunale Energiewirtschaft: Zwischen Wettbewerb und gesellschaftlicher Verantwortung	153/18
Waldrich, Hans-Peter	Die verkehrte Schule in der verkehrten Gesellschaft	159/31
Walwei, Ulrich	Pro: Bonus für Arbeit: Brücken für Existenz sichernde Beschäftigung	153/8
Weber, Marcus	Die Betteldozenten	153/38
Weber, Marcus	Was kommt nach der Schule?	158/38
Weber, Marcus	„Erstmal die Würde des Bürgers beachten" – Marcus Weber unterwegs mit dem „Sozialermittler" Peter Rudzki	150/46
Weiler, Barbara	Kein Allheilmittel bei knappen Kassen: Öffentlich-private Partnerschaften in Europa	155/25
Weinz, Wolfgang	Die „Brasilianisierung" des Arbeitsmarktes	154/50
Weismann, Bernhard	Eine Grundversorgung für alle ist möglich	157/46
Welti, Felix	Sozialismus in einem modernen Programm?	151/36
Welti, Felix	Literaturschau Gesundheitspolitik	152/35
Westphal, Thomas	Kurzum	148/2
Westphal, Thomas	Kurzum	150/2
Westphal, Thomas	Kurzum	152/2
Westphal, Thomas	Kurzum	154/2
Westphal, Thomas	Kurzum	156/2
Westphal, Thomas	Kurzum	158/2
Westphal, Thomas	Kurzum	160/2
Westphal, Thomas	Im Rausch der Spekulation	150/18
Wieczorek-Zeul, Heidemarie	Weltwirtschaftsordnung – Heidemarie Wieczorek Zeul	151/27
Willman, Anja	„Generation Praktikum" – Arbeiten zum Nulltarif	149/29
Wischmeier, Jessica	Zukunft wird immer wieder neu entschieden	147/21
Wisniewski, Thomas	Wird die SPD wieder sexy?	147/8
Wodarg, Wolfgang	Gesundheitskompromiss neu verhandeln!	150/6
Wowereit, Klaus	Die sozialdemokratische Stadt als Pionier	158/28
WSI-Tarifarchiv	Stichwort: Weihnachtsgeld	152/38
Zerlin, Kay Dr.	Contra: brauchen wir das Zentralabitur	155/9
Zimmermann, Burkhard	10. Treffen der Ostdeutschen SPD-Linken	147/11
Zimmermann, Burkhard	Wir linken Sozialdemokraten und Wolfgang Abendroth	149/54

Sachverzeichnis

■ **Arbeitsmarktpolitik**
Albrecht/Wolf 149/30, Böhning/Burmeister 149/14, Brandner 158/5, Burmeister 154/32, Burmeister 157/4, Dieckmann 148/18, Döring 154/23, Dörre 148/23, Finckh-Krämer 147/10, Heise 154/27, Heise 157/40, Heise 158/36, Horn 150/13, Jaehrling 154/18, Jüttner 153/4, Kollewe 160/36, König/Walther 148/14, Kohlrauch 150/30, Kroll 147/51, Kukko-Leinius/Moegling 159/24, Lange 148/19, Lindecke 148/29, Lux 150/12, Nahles 150/4, Notz 148/15, Pickshaus/Speidel 149/23, Pfahl 148/3, Pusch /Rünker 154/12, Pusch/Rünker 154/36, Rünker 154/14, Schlecht 153/9, Schröder 149/19, Schulten149/16, Sommer 148/36, SPD-Denkfabrk 150/52, Stockfisch 148/27,Unbehend 156/47, Walwei 153/8, Weinz 154/50, Willmann 149/29, Zerlin 155/9

■ **Internationales, Außen- und Sicherheitspolitik (einschließlich Wehrpflichtdebatte)**
Annen 155/6, Annen 157/6, Drautz/Wiese 150/10, Drautz/Rünker 151/46, Drögemöller 151/52, Finckh 154/9, Göll 148/41, Hendricks 155/8, Klingbeil 158/4, Mützenich 147/10, Mützenich 151/6, Mützenich 154/8, Raabe 157/5 , Randzio-Plath 148/47, Strässer 160/7, Tautz 152/8, Weber 153/38, Weber 158/38, Wieczorek-Zeul 151/27

■ **Bildungs- und Forschungspolitik**
Böhning/Drautz 149/27, Dobusch 151/44, Domisch 159/37, Feltes/ Paysen 159/14, Frank 152/4, Godowski 149/48, Godowksi 159/40, Godowski/Kaczmarek 159/12, Hillebrand 159/5, Kaczmarek 152/24, Kaczmarek 159/27, Liebetruth 156/50, Meyer-Lauber 160/10, Müller 159/20, Reiche 148/5, Rossmann 153/42, Rossmann 159/4, Röspel 159/7, Schuster 149/8, Stock 159/34, Waldrich 159/31

■ **Europapolitik**
Albrecht 148/10, Böhning 158/10, Burmeister 154/7, Collignon 156/35, Heise 159/42, Schäfer 153/46, Schwall-Düren 149/6, Schulz 153/10, Schuster 150/22

■ **Geschlechterverhältnis**
Baldschun/Bogedahn/Drautz/Drohsel 155/44, Dieckmann 148/18, Hepenstrick/König 148/37, König/Walther 148/14, König 154/4, Kohlrausch 148/35, Lange 148/19, Lindecke 148/29, Notz 148/15, Pfahl 148/32, Profittlich 154/40, Randzio-Plath 148/47, Stockfisch 148/27

■ **Gewerkschaften, Tarifpolitik**

Albrecht 148/10, Albrecht/Wolf 149/30, Blum-Geenen/Schneider 147/23, Böhning/Burmeister 149/14, Böhning/Burmeister 160/12, Burkert 157/8, Burmeister 157/4, Burmeister 160/40, Deml 159/52, Detje/König 160/20, Dörre 160/14, Frank 152/4, Friedrich 155/4, Hälker 160/28, Hansen 151/12, Hiller-Ohm 158/6, Horn 150/13, Jüttner 153/4, „Kasseler Kreis" 154/54, Klecha 158/46, Kollewe 160/36, Lamb 148/11, Lindecke 148/29, Lux 150/12, Merkel 151/13, Nahles 150/4, Peters 152/13, Pfahl 148/32, Pickshaus/Speidel 149/23, Pusch /Rünker 154/12, Rose/Schwettscher 160/31, Scheer 157/9, Schlecht 153/9, Schlecht 159/9, Schmidt 148/12, Schröder 149/19, Schulten 149/16, Seyboth/Thannisch 156/6, Sommer 148/36, Steppuhn 160/25, Stockfisch 148/27, Üllenberg-van Dawen 147/9, Walwei 153/8, Weinz 154/50, Willmann 149/29

■ **Große Koalition**
Baldschun/Drautz/Höschele 158/42, Nahles 147/4, Nahles 157/10, Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion 153/55, Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion 157/52, Rohwer 150/8, Rossmann 155/10, Üllenberg-van Dawen 147/9

■ **Innen- und Rechtspolitik**
Edathy 158/8, Gössner 158/9, Lambrecht 158/7, Reichenbach 148/49, Reichenbach 151/8, Strässer 155/7

■ **Intellektuelle und Politik**
Blum-Geenen/Schneider 147/23, Demirovic 147/33, Kausch 147/19, Kritidis 147/26, Kruke/Rünker 147/13, Lauterbach/Nolte 147/36, Morat 147/14, Reiners 147/27, Wischmeier 147/21

■ **JungsozialistInnen**
Baldschun 160/44, Bell 158/11, Böhning/Drohsel 157/44, Burmeister 147/7, Drohsel 159/44, Scholle 150/50

■ **Klassen, Milieus und Lebensweisen**
Bell 147/46, Eichler 147/54, Heil 152/10, Heimann 154/45, Kohlrauch 150/30, Meiser 152/49, Meyer 152/12, Struck 150/26, Weber 150/46

■ **Migration und Integration**
Öztürk 156/44, Öztürk/Scholle 148/44

■ **Politische Kultur**
Böhning/Klingbeil 152/37, Dobusch/Klingbeil 150/51, Klingbeil 151/41, Meier 157/42

■ **Sozialdemokratie (Politik und Strategie, Programmdebatte)**
Albers 160/46, Albers/Nahles 156/14, Bach 158/54, Baldschun/Drautz/Höschele 158/42, Bell 158/11, Bercht/Rossmann 158/50, Blienert/Dahlman/Hellmich/Wessel 148/45, Böhning 151/20, Böhning 159/10, Böttcher 154/48, Burmeister/Scholle 147/42, Commerçon/ Maas 151/32, Deml 149/5, Detje/König 160/20, Drögemöller 151/52, Ferner 151/24, Fisahn/Mushoff 149/53, Forum DL21 Dortmund 159/54, Friedrich 155/4, Gombert 152/49, Hällhag 158/32, Heimann 151/16, Heimann/Rose 153/52, Klecha 153/50, Klocksin 159/8, Körner 149/41, Meyer 149/51, Nahles 149/4, Nahles 154/10, Nahles 157/10, Nahles/Schuster 151/14, Olczyk 151/50, Rose 156/18, Rossmann 147/6, Rünker 156/4, Rünker 160/4, Schulz 153/7, Schuster 148/4, Sieling 156/5, SPD-Landesparteitag NRW 158/56, Steppuhn 160/25, Tovar, 150/42, Welti 151/36, Wieczorek-Zeul 151/27, Wisniewski 147/8, Wowereit 158/28, Zimmermann 147/11, Zimmermann 149/54

■ **Soziale Sicherung**
Deml 159/52, Ferner 151/24, Fuchs 152/20, Hiller-Ohm 158/6, Hiller-Ohm 159/48, Kremer 152/25, Mattheis 155/5, Mattheis 159/6, Meier 155/40, Mosebach/Schmucker 152/16, Nahles 152/14, Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion 149/10, Parlamentarischen Linke der SPD-Bundestagsfraktion 152/30, Riege 154/5, Rock 160/8, Schuster 150/22, Spies 151/10, Stöckel 160/9, Struck 150/26, Weber 150/46, Weismann 157/46, Welti 152/35, Wodarg 150/6

►

■ **Staatliche Strukturen, Rolle von Staat, Kommunale Aufgaben**

Appell Mai 07 157/48, Bremeier/Brinckmann/Killian 155/14, Bull 153/14, Burkert 157/8, Franz 153/26, Franz 155/12, Forum DL 21 148/7, Gärtner 155/30, Hällhag 158/32, Hansen 151/12, Horn 158/25, Jobelius/Rünker 153/12, Junge-Reyer 153/22, Krätke 150/34, Lürmann 156/22, Machnig 158/14, Merkel 151/13, Möbbeck/Saß/Zoerner 158/12, Rünker 153/34, Rünker 155/35, Rünker 156/12, Rünker 156/39, Rünker 158/12, Ruhland 155/20, Scheer 157/9, Scholle 156/27, Sieling 156/5, Stegner 148/6, Ude 153/30, Wagner 153/18, Weiler 155/25, Wowereit 158/28

■ **Umwelt- und Energiepolitik, nachhaltiges Wirtschaftswachstum**

Barnett 156/8, Biermann/Rünker 157/12, Bülow 154/6, Bülow 157/21, Bülow/Müller/Rossmann 148/9, Czisch 157/28, Hexel 157/24, Peter 156/31, Machnig 157/33, Machnig 158/14, Müller/Röspel 157/14, Projekt „Eine andere Welt, wie denn?" 160/54, Reichenbach 155/48, Röspel 156/9, Rünker 157/38, Schneider/Sieling 158/23, Schulze 157/18, Schwabe 153/6, Schwabe 158/19, Wagner 153/18

■ **Wirtschaftspolitik (einschließlich Finanz- und Steuerpolitik)**

Bach/Bülow 152/53, Bontrup 149/5, Bontrup 151/42, Burchardt 156/7, Burmeister 154/32, Commerçon/Maas 151/32, Franz 153/26, Giegold 156/10, Glaubitz 147/44, Heise 153/36, Heise 154/38, Heise 155/38, Heise 156/42, Heise 157/40, Heise 158/36, Heise 159/42, Heise 160/42, Horn 158/25, IMK 150/40, Krätke 150/34, Kremer 152/25, Kroll 147/51, Lürmann 156/22, Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion 155/52, Pronold 160/5, Pronold 151/4, Pronold 152/6, Runde 160/6, Schlecht 159/9, Schneider/Sieling 158/23, SES-Arbeitsgruppe von attac 151/55, SPD-Landesparteitag NRW 158/56, Vesper 160/50, verdi-Bundesvorstand/Abt Wirtschaft 156/54, Westphal 150/18. WSI-Tarifarchiv 152/38

■ **Besprochene Bücher**

Altvater: Das Ende des Kapitalismus (Toralf Pusch) 152/47,
Bischoff/Gössner/Walter: Schwarzbuch rot-grün (Thilo Scholle) 147/57,
Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat (Ralf- Michael Marquardt) 148/59,
Diers: Wolfgang Abendroth (Thilo Scholle) 149/57,
Gorz: Wissen, Wert und Kapital (Horst Peter) 147/58,
Heil/Seifert: Soziales Deutschland (Knut Lambertin) 148/58,
Reitzig: Gesellschaftsvertrag, Gerechtigkeit, Arbeit (Barbara Lösche) 149/57,
Schabedoth: Unsere Jahre mit Gerhard Schröder (Maik Luhmann) 149/59,
Scholz/Glawe/Martens: Turnaround (Kai Burmeister) 152/46,
Schulten/Bispinck/Schäfer: Mindestlöhne in Europa (Toralf Pusch) 149/39,
Urban et. alt.: Arbeitspolitik kontrovers (Kai Burmeister) 149/39

■ **Fünf Fragen an: GesprächsteilnehmerInnen**

Bach, Andreas 157/58, Donnermeyer, Michael 153/58, Florence Guesnet-Brosch 159/58, Hanewinckel-Riemann, Christel 154/58, Kretschmer, Heiko 160/58, Mbalula, Fikile 158/58, Möbbeck, Susi 152/53, von Larcher, Detlev 155/58, Walther, Claudia 150/58, Zimmermann, Burkhard 151/58, Zoerner Birgit 156/58

■

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

PROKLA 147 (Hrsg.)
Internationalisierung des Staates
2007 - 176 S.
€ 12,00
ISBN
978-3-89691-346-3

Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft

Benno Teschke
Mythos 1648
Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems
2007 – 307 S. – € 39,90
ISBN 978-3-89691-122-3

NEU
Band 22

Heide Gerstenberger
Die subjektlose Gewalt
Theorie und Entstehung der bürgerlichen Staatsgewalt
2. Auflage 2006 - 665 S. - € 40,00
ISBN 978-3-89691-116-2

Band 1

Hafenweg 26a
D - 48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0
Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot- verlag.de
www.dampfbootverlag.de

Der SPD fehlt es an Authentizität. ... auch im gleichstellungspolitischen Bereich.

Ein Gespräch mit Alexandra Kramm

und Cordula Drautz über feministische Politik

Alexandra Kramm; Foto: ©www.matthiasmartin.de

Cordula Drautz; Foto: Ralf Höschel

spw: Alexandra – wie habt ihr die politischen Strukturen im Juso-Verband verändert?

Alexandra Kramm: Unser Wahlspruch damals war „Wir wollen nicht nur die Hälfte vom Brötchen, sondern die Hälfte der Bäckerei". Es ging uns also darum, dass wir Politik mitgestalten wollten. Dafür haben wir eine Reihe von eher formalen Veränderungen vorgenommen. Frauenpolitisch war es vor allem der Kampf um „Kein Redefluss ohne Reißverschluss" und die Einführung der harten Quote, die wir gegen starke Widerstände, gerade aus dem Osten, durchgesetzt haben.

☐ Der doppelte Lebensentwurf

Inhaltlich führten wir die Debatte um den doppelten Lebensentwurf, in der wir eine Umverteilung von oben nach unten und von Männern zu Frauen forderten. Kritisch sehe ich heute die Frauenplena, weil dort die Frauen zusammen saßen, während die Männer parallel die großen politischen Fragen ausgekungelt haben. Dennoch konnten wir den Anteil der Frauen – gerade junger Frauen – maßgeblich erhöhen. Weiterhin konnten wir die Gremienarbeit freundlicher gestalten. Der Verband ist deutlich demokratischer geworden. Es war aber eine sehr strukturelle und organisationspolitische Debatte. Den Spruch „Das Private ist politisch" haben wir nicht umgesetzt. Das, was wir gelebt haben, ist uns nicht gelungen zu verändern.

►

Cordula Drautz: Wir haben von der organisationspolitischen Entwicklung, die früher durchgesetzt wurde, profitiert. Viele Dinge sind heute fast internalisiert und werden auch nicht mehr substanziell hinterfragt, z.B. die harte Quote. Allerdings werden frauenpolitische Anträge kaum diskutiert. Es fehlt vielleicht auch das erstrittene Bewusstsein, warum und wie bestimmte Regeln zustande gekommen sind. Die organisationspolitische Debatte steht nicht mehr im Vordergrund. Wir schauen eher in den einzelnen Politikfeldern, was man für Frauen tun kann.

Auch gibt es, im Gegensatz zu dem, was Alexandra beschrieben hat, mehr Verständnis für private Lebensplanung. Man sollte auch die Bedeutung von „role models" nicht unterschätzen. Es gab z.B. in meinem Juso-Unterbezirk Bonn sehr viele weibliche Vorsitzende und daher geringere Hindernisse für mich als junge Frau, selbst Unterbezirksvorsitzende zu werden. Auf überregionaler Ebene habe ich eher das Gegenteil von Demokratie und Transparenz kennen gelernt.

spw: Gab und gibt es in politischen Zusammenhängen Frauensolidarität?

Cordula Drautz: Frauensolidarität ist heute nicht mehr unbedingt ein Kriterium. An einigen Fragen frauenpolitische Solidarität zu organisieren, war schlicht nicht möglich. Das galt gerade für die verbalradikalsten Teile der Jusos.

Alexandra Kramm: Solidarität hat nur funktioniert, wenn sehr intensiv in den autonomen Frauenstrukturen daran gearbeitet wurde. Insofern waren diese Frauenstrukturen auch sehr sinnvoll. Sie haben aber bei den Frauen zu noch größeren Belastungen mit Sitzungen und Treffen geführt. Und oft waren die Strömungszusammenhänge stärker als die Frauensolidarität.

☐ Strategien zwischen Partei und gesellschaftlicher Bewegung

spw: Was waren und sind denn die Strategien in Bezug auf die Partei und gesellschaftliche Bewegungen?

Cordula Drautz: Bei uns richten sich die Strategien vor allem auf die Partei, weil es außerhalb dieser eher formalen Strukturen kaum noch Anknüpfungspunkte gibt. Das war vor allem die Debatte um das Grundsatzprogramm. Das Gleichstellungskapitel im Bremer Entwurf zum Grundsatzprogramm war in unserer Wahrnehmung nicht geeignet, um frauenpolitische Perspektiven aufzuzeigen. Es wurde nicht deutlich, warum man als Sozialdemokratie die Auffassung vertritt, dass auf dem Feld Gleichstellungspolitik noch einiges zu tun ist. Es gab eher historisierende Betrachtungen über die Erfolge der Frauenbewegung. Aber es fehlte ganz klar analytische Schärfe und politische Initiative. Also brachten wir einen eigenen Entwurf ein, in dem dann auch der Satz stand: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden." In dem Kapitel wurden aber auch strukturelle Benachteiligung und Handlungsaufforderung für die Sozialdemokratie thematisiert. Z.B. fordern wir die Quotierung von zentralen gesellschaftlichen Positionen. Hier gilt es, auch die Rolle des Staates als Arbeits- und Auftragsgeber stärker zu thematisieren. Außerdem halte ich es für wichtig, auch die Frage der Berufsorientierung und des beruflichen Übergangs wieder verstärkt ins Blickfeld zu rücken. Für unseren Vorschlag erhielten wir geschlechts-, generationen- und flügelübergreifende Zustimmung. Der Parteitag hat mit überwältigender Mehrheit unseren Vorschlägen zugestimmt.

Alexandra Kramm: Zu meiner Zeit gab es eine stärkere Fixierung auf soziale Bewegungen, zum Beispiel in der Debatte um die Verschärfung des § 218 oder dem Frauenstreiktag, an dem es bundesweit Aktionen zum Thema gab. Die erfolgreichste Aktion war übrigens, den ICE mit Kinderwagen zu stürmen. Eine nach wie vor super anarchistische Aktion, die man mal wiederholen könnte.

In Bezug auf die Partei haben wir die „Bielefelder Initiative“ gestartet. Damals gab es noch sehr wenig junge Frauen, die aktiv waren. Die Frauen, die politisch erfolgreich waren, hatten keine Kinder, und auch das hat die Politik geprägt. Gerade in der AsF ging vor allem um Macht innerhalb der Partei. Damit war sie ja auch erfolgreich, aber eben sehr stark nach innen orientiert mit wenigen inhaltlichen Akzenten. Es ist kein Zufall, dass die familienpolitischen Fragen erfolgreich von der CDU besetzt werden.

spw: Wie kann eine politische Organisation, in dem Fall die SPD oder die Jusos, für junge Frauen attraktiv werden?

Cordula Drautz: Junge Frauen sprechen wir nicht mit einer explizit feministischen Politik an. Sie fühlen sich – auch in politischen Zusammenhängen – nicht substanziell diskriminiert und haben auch nicht das Bedürfnis, sich in Frauenbündnissen zu organisieren. Viele Frauen sehen erst nach längerem Engagement und Diskussionen, dass es Diskriminierung von Frauen gibt. In ihrer Lebenswelt ist das praktisch nicht präsent, was ja erstmal positiv ist. Das ist natürlich ein Problem für Frauensolidarität. Strategisch halte ich es für richtig, an „best practice“ und positiven Beispielen anzusetzen. Es geht einfach darum, Forderungen positiv zu konnotieren und auf erfolgreiche Beispiel zu verweisen. Norwegen hat bspw. ein Gesetz zur Quotierung von Aufsichtsratsposten verabschiedet. Seit dem 1. Januar müssen die Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften zu mindestens 40 Prozent mit Frauen besetzt sein, sonst drohen Sanktionen bis hin zur Zwangsauflösung. – und der gesetzliche Druck hat geholfen: Als 2001 an die Frauenquote noch nicht zu denken war, waren nur sechs Prozent der Aufsichtsratsmitglieder weiblich. Seitdem das Gesetz 2003 verabschiedet wurde, stieg die Zahl kontinuierlich an. Am 1. Dezember 2007 waren 35 Prozent der Aufsichtsratsmitglieder Frauen. Selbst auf Unternehmen, die die Quote eigentlich gar nicht erfüllen müssen, hat sich das Gesetz ausgewirkt.

Im Präsidium des Bundesverbands der Deutschen Industrie hingegen scheint die Zeit stillzustehen: Alle 51 Mitglieder sind männlich. Die völlige oder fast völlige Abwesenheit von Frauen in so manchem deutschen Vorstand oder Aufsichtsrat ist nicht mehr zu rechtfertigen. Für diese unmoderne Männerwirtschaft existiert nur eine Erklärung: Die Unternehmen bemühen sich nicht genug um weibliche Führungskräfte.

spw: Was sind die feministischen Perspektiven sozialistischer Politik heute? Was könnte eine feministische Orientierung heute ausmachen?

Alexandra Kramm: Ich habe das Gefühl, dass Frauen viel an sich gearbeitet haben. Jetzt sind mal die Männer dran. Deshalb konnte uns auch nichts Besseres passieren als die Debatte um die Elternzeit. Auf einmal sagen Männer, dass sie mehr Zeit für ihre Kinder haben wollen. Ich finde das ganz erstaunlich. Da kommt tatsächlich Bewegung in das Verhalten der Männer.

Auch könnte es ein Weg sein, die Karriereorientierung von Frauen stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Die Orientierung von jungen Frauen auf den Arbeitsmarkt hat sich gesteigert. Hier konkrete Förderung von Frauen – auch für diesen Bereich – anzubieten, könnte attraktiv sein. Es geht darum, Frauen fit zu machen für die bevorstehenden Kämpfe. Politik ist eine echt gute Vorbereitung dafür. Früher haben sich Frauen an männliche Strukturen auch stark angepasst, obwohl es unangenehm war. Das würde ich heute nicht mehr machen.

spw: Also eher auf individualisierte als auf kollektive Strategien setzen?

Cordula Drautz: Ich habe immer Frauen gefördert, wenn ich konnte. Also habe ich organisationspolitisch auch eher individualisierte Strategien gefahren. Gesellschaftspolitisch müssen natürlich kollektive Strategien gefördert werden – anders können große gesellschaftliche Veränderungen nicht geschafft werden. Aber kollektive Lösungen schließen ja auch individuelle Strategien nicht aus.

►

☐ Gibt es neue Themen für eine Renessaince feministische Orientierung in der Politik?

spw: Was erwarten junge Frauen?

Cordula Drautz: Ich glaube nicht, dass in erster Linie das frauenpolitische Profil einer Partei für junge Frauen relevant ist.

Alexandra Kramm: Aus meiner Sicht erwarten junge Frauen wenig von der Politik. Vielleicht, dass sie das, wovon sie reden, auch umsetzen.

Foto: Christian Kiel

spw: Aber ist es nicht zum Beispiel erstaunlich, dass eine Person wie Alice Schwarze von vielen jungen Frauen – und auch Männern – geachtet wird?

Cordula Drautz: Ja, aber die finden auch Papst Benedikt gut – das hat nichts mit Progressivität zu tun. Meine These ist, dass Jugendliche sich dann politisch engagieren, wenn sie Politik als authentisch empfinden, und das ist die SPD momentan nicht – auch nicht im gleichstellungspolitischen Bereich. Deshalb ist es grundsätzlich schwierig, junge Menschen anzusprechen. Im privaten Bereich empfinde ich Jugendliche durchaus als politisch, z.B. in ökologische Fragen. Jugendliche leben politisch, aber suchen nicht mehr unbedingt nach kollektiven Lösungen in Parteien.

spw: Was könnte ein feministisches Thema für solche kollektiven Lösungen sein?

Alexandra Kramm: Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird nur als familienpolitisches Problem gesehen. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dies auch zum Anknüpfungspunkt von frauenpolitischen Überlegungen zu machen. Natürlich gibt es auch da Kritik von feministischer Seite, die diese Diskussion eher als Gebärzwang empfindet. Aber ich denke, dass man unter dieser Perspektive z.B. auch die Fragen von Arbeitszeitverkürzung, die ja auch im Frauennetzwerk diskutiert werden, noch einmal neu aufrollen könnte. Da könnte die SPD nach wie vor einen Punkt machen.

Cordula Drautz: Ich denke, dass die Trennung von Frauen- und Familienpolitik aus feministisch-theoretischer Sicht richtig ist. Es gibt aber auch einen strategisch-praktischen Zusammenhang, denn natürlich werden über familienpolitische Weichenstellungen auch frauenpolitische Weichenstellungen vorgenommen. Leider fehlt der SPD scheinbar die Fähigkeit, ein solches positiv pragmatisches Verhältnis zu Themen zu entwickeln. So konnte es zu dieser absurden Situation kommen, dass es den Konservativen und nicht der SPD gelungen ist, diese Themen positiv zu besetzen.

Ich denke auch, dass zwischen der konservativen Familienpolitik, die die Vereinbarkeit betont, und der konservativen Arbeitsmarktpolitik, die keinerlei Arbeitsmarktregulierung zugunsten von Frauen zulassen möchte, ein Widerspruch besteht, den man thematisieren muss. Mit bestimmten Arbeitszeiten und ab einem bestimmten Punkt von Selbstausbeutung im Beruf wird Vereinbarkeit von Familie und Beruf nämlich unmöglich.

spw: Euer pragmatischer Vorschlag wäre dann schon, die Vereinbarkeitsproblematik aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive neu zu besetzen. Könnte das ein neues feministisches Projekt mittlerer Reichweite sein?

Cordula Drautz: Ich würde das nicht auf die Debatte um Arbeitszeitverkürzung beschränken wollen. Für mich gehört auch z.B. die Diskussion um eine „digitale Bohème" dazu, also die Debatte um die Entgrenzung von privaten Lebensbereichen und Erwerbsarbeit. Es geht um den schmalen Grad zwischen Selbstverwirklichung und Selbstausbeutung. Aus einer feministischen Perspektive ist Arbeitszeitverkürzung sicherlich eine richtige Forderung. Ich halte es nur nach wie vor für politisch nicht kommunizierbar – trotz eines vermeintlichen gesellschaftlichen Linksrucks. Ich sehe auch in der ganzen Debatte um Weiterbildung, die sicherlich auf uns zukommen wird, starke feministische Potenziale. Es geht darum zu diskutieren, wie wir Arbeitsmarktintegration zukünftig organisieren und selbstbestimmte Biografien ermöglichen.

Alexandra Kramm: Mein Gefühl ist, dass die Frage von Wertschätzung von Arbeit und einer anderen Arbeitskultur auch in gesellschaftlichen Diskursen aktueller zu werden scheint. Ich sehe da auch z.B. in Teilen der Unternehmensberatung einen Wandel, der nicht mehr nur auf Personalabbau setzt, sondern nach einer Humanisierung und stärkeren Wertschätzung von Arbeit setzt. Momentan bewegt sich die Organisation von Erwerbsarbeit zwischen zwei Extremen: Ich kenne nur Leute, die über die Menge der Arbeit stöhnen, und andere, die arbeitslos und völlig verzweifelt darüber sind. Langsam wird deutlich, dass dies nicht der Weg sein kann. Da tut sich was, auch wenn es noch gut 30 Jahre dauern kann, bis das politische Konsequenzen hat. Hilfreich wäre es sicher, einen neuen Begriff zu schaffen. Arbeitszeitverkürzung ist abgegriffen und politisch zu dogmatisch besetzt. Und eine kollektive Strategie muss Hand in Hand mit individuellen gehen. Dann geht es vielleicht auch schneller.

spw: Wir danken für dieses Gespräch. ■

[→] **Alexandra Kramm,** war in den 1990er Jahren frauenpolitisch aktiv.
[→] **Cordula Drautz,** ist seit 2004 Mitglied des Juso-Bundesvorstandes und designierte IUSY Vize Präsidentin.
Beide haben also im Abstand von ungefähr 10 Jahren (Frauen-)Politik gemacht. Mit spw unterhalten sie sich über ihre Erfahrungen in der Politik und darüber, wie ein neues feministisches Projekt aussehen könnte.

[→] Das Gespräch führte unser Redaktionsmitglied Bettina Kohlrausch.

Hans-Peter Waldrich: Der Markt, der Mensch, die Schule
Selektionsmaschine oder demokratische Lerninstitution?

Broschur, 174 Seiten, EUR 13,90

Hans-Peter Waldrich: In blinder Wut
Warum junge Menschen Amok laufen

Broschur, 156 Seiten, EUR 12,90

Zenz/Bächer/Blum-Maurice (Hg): Die vergessenen Kinder
Vernachlässigung, Armut und Unterversorgung in Deutschland

Broschur, 213 Seiten, EUR 14,90

Andreas Kuhlmann: Faustrecht
Jugendgewalt in Schule und Freizeit

Broschur, 170 Seiten, EUR 14,90

PapyRossa Verlag
Tel. (02 21) 44 85 45 | Fax 44 43 05
mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Kompass für die Strategiefindung

Die Jugendpolitische Orientierung der Jusos in den Jahren 2004-2007

von Björn Böhning

Foto: Jusos in der SPD

» Die jugendpolitische Orientierung, ebenso wie die Kampagnen- und darauf aufbauend lebenspolitische Orientierung haben die Juso-Debatten der 90er Jahre entscheidend geprägt. Im neuen Jahrtausend konnte an diesen ideologischen Grundlagen angesetzt werden, und sie in der breiten Arbeit des Verbandes implementiert werden.

☐ Vereinnahmung für vermeintlich alternativlosen „Modernisierungskurs“

Im Zuge dessen wurde die jugendpolitische Orientierung eine generationenpolitische Orientierung, die sich konsequent gegen einen neoliberalen Generationendiskurs wandte und letztendlich die Gefahr reduzierte, dass der Jugendverband der SPD seine politische Triebkraft der Eigenständigkeit verlor.

» Die Jusos anno 2004 standen inmitten der politischen Auseinandersetzung um die Zukunft sozialdemokratischer Regierungspolitik. Eine haushalts- und sozialpolitische Grundannahme der damaligen SPD-Politik war es, dass die Gerechtigkeit zwischen den Generationen empfindlich verletzt sei. Insbesondere die jüngere Generation sei gegenüber der ständig wachsenden Alterskohorte über 60 Jahren strukturell benachteiligt. Das taktische Konstrukt der „Generationengerechtigkeit“ wurde erfunden, um soziale Einschnitte gerade in der Mittelschicht zu legitimieren. Damit korrespondierte die Vereinnahmung der jungen Generation für den vermeintlich alternativlosen „Modernisierungskurs“ der rot-grünen Bundesregierung.

Die Linke insgesamt und vor allem die Jusos als Nukleus einer breiten Jugendlinken sahen sich durch diese Entwicklung in besonderer Weise herausgefordert. Es galt daraus drei Folgen zu ziehen:

» Erstens galt es die realen Lebenswelten aller Jugendlichen, und nicht nur die einer bestimmten Klientel, in die politische Strategie zu integrieren. Durch das Andocken an jugendkulturellen Mustern, durch die konsequente Artikulation von aus veränderten Erwerbsläufen resultierenden Ansprüchen, sowie durch eine pointierte Interessenvertretung generationenspezifischer Belange gelang es, eine ideologische Klammer zwischen aufstrebenden und vor Abstieg gefährdeten Jugendmilieus zu bilden.

» Zweitens musste auch nach den Erfahrungen der 90er Jahre die konsequente Öffnung des Verbandes fortgetrieben werden. Diese bestand in einer offensiven Nutzung der zunehmenden medialen und internet-gestützten Möglichkeiten sowohl für die innerverbandliche Kommunikation wie für den Dialog politischer Inhalte in die junge Generation hinein. Es galt, sich medial und in Bezug auf die politische Intervention auf denselben Stand zu bringen, auf dem der Großteil junger Menschen längst war. Zweifellos ging dies mit einer zunehmenden Zentralisierung politischer Kommunikation einher.

☐ Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsjugend

Die jugendpolitische Orientierung Ende der 80er Jahre setzte an der gewerkschaftspolitischen Orientierung der Jusos an. Ebenso musste die Strategie der Jusos Anfang des neuen Jahrtausends hier einen besonderen Fokus beinhalten. Der strukturiert aufgestellte – und letztlich sehr erfolgreiche – Dialog mit jungen Gewerkschaften („Jugendgewerkschaftsrat") beinhaltete nicht nur konkrete Zusammenarbeit bei politischen Kampagnen (z.B. „Generation Praktikum", Ausbildung) sondern auch eine verstärkte persönliche Kontaktaufnahme. Dies führte im Resultat dazu, dass die Entfremdung zwischen jüngeren Gewerkschaftern und Sozialdemokraten nie das gefährliche Maß erreichte wie zwischen SPD und Gewerkschaften.

» Die Jugendpolitische Orientierung war demnach ein Kompass. Ein Kompass für die interne Strategiefindung und für die erfolgreiche Integration in der jungen Generation. Richtig und zeitgemäß zugeschnitten sicherte sie den Jusos lange Jahre nicht nur den Stopp der Mitgliederverluste, sondern auch die Mehrheit innerhalb der jungen Generation. ■

Björn Böhning, war von 2004 bis 2007 Juso-Bundesvorsitzender, er arbeitet als Leiter der Grundsatzabeilung beim Regierenden Bürgermeister von Berlin und ist komm. Vorsitzender des Forum DL 21 e.V.

www.sozialismus.de

Redaktion Sozialismus: Mit sozialen Konflikten in den Abschwung? | David Salomon: Mosebach und der König – Eine Büchner-Preis-Rede und der kleine Schritt vom Gott zum Führer | Günter Buchholz: Politische Ökonomie der Hochschulpolitik im Finanzmarkt-Kapitalismus | Klaus Bullan: Soziale Vererbung von Bildungschancen in Deutschland | Soziale Fragmentierung, Realitätsverlust und neue politische Urteilskraft – Gespräch mit Oskar Negt | Hans-Georg Draheim: Ökonomie und Politik der neuen Linken

Richard Detje/Otto König: Leipziger Signal – IG Metall im Aufwind | Bernhard Pfitzner: Zur Programmdebatte des ver.di-Bundeskongresses | Frank Deppe: Nachruf auf Ewald Wehner | Erhard Korn: 100. Geburtstag von Willi Bleicher

Karl Georg Zinn: Wirtschaftspolitische Psychosomatik | Karl Mai: Staatsverschuldung und Entschuldungsdilemma | Horst Müller: Zur Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts | Peter Lock: Weltweiter Waffenhandel – Daten, Trends und abrüstungspolitische Argumente | Murat Çakir: Türkei – im Gleichschritt in die Katastrophe? | Guido Speckmann: Free Rainer (Filmkritik)

Supplement
Joachim Bischoff/Elisabeth Gauthier: Sarkozy und die Hegemonie des Neoliberalismus

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)
Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

Literaturschau

von Bettina Kohlrausch

und Reinhold Rünker

Foto: www.fotolia.de

Die „Jugendpolitische Orientierung" wurde als verbandspolitisches Konzept bei den Jusos in den 1980er Jahren entwickelt. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass die sozialstaatliche Entwicklung des „Fordismus" zur Herausbildung einer eigenständigen Lebensphase „Jugend" und veränderten politischen Artikulationsformen geführt hatte (Jaide, Walter, 1978, Achtzehnjährige – Zwischen Reaktion und Rebellion. Politische Einstellungen und Aktivitäten Jugendlicher in der Bundesrepublik, Opladen). Das Konzept der „jugendpolitischen Orientierung" wurde 1987 im spw-Schwerpunkt 37 dargestellt und im Juso-Verband in den Folgejahren durchaus kontrovers diskutiert.

Theoretisch eingebettet war die Debatte in den 80er Jahren in die Erarbeitung der „53 Thesen für einen Modernen Sozialismus" des spw-Zusammenhangs. Zunehmend rückte in den Folgejahren die Bedeutung der Lebensführung ins Zentrum der Diskussion. Ohne die Rolle von Erwerbsarbeit für die gesellschaftliche Verortung von Menschen zu vernachlässigen, wurde doch zunehmend klarer, dass hier differenziertere Betrachtungsweisen gefunden werden müssen. Anknüpfend an die Arbeiten von Sinus (Sinus Institut, 1983, Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel. Opladen:) und Bourdieu (Bourdieu, Pierre, 1987, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/Main) erfolgte hier eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Milieulandkarte von Michael Vester, die eine eine differenziertere Betrachtungsweise anbietet, indem sie Lebensstile, politische und kulturelle Orientierungen mit in die Analyse einbezieht (Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar, 2001, Soziale Milieus im gesellschaftlichen Wandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt/Main), sowie der Arbeiten von Günter Voß zur „Alltäglichen Lebensführung" (vgl. spw-Schwerpunkte 120 „Kollege Proteus" und 129 „Identität und Politik".).

Heute wird in der SPW die aktuelle Debatte um die Jugendpolitische Orientierung im Kontext der Fragen biographischer Selbstbestimmung diskutiert. Im Kern geht es darum zunächst einmal zu verstehen, wie sich Erwerbsbiographien und Lebensentwürfe gewandelt haben und welche sozialstaatlichen Konsequenzen daraus folgen. (Siehe die Debatte im Heft SPW 150.) Immer wieder wurde in diesen Artikeln betont, dass Prozesse gesellschaftlicher Veränderung, wie es ja die Herausbildung einer eigenständigen Jugendphase ist, abhängig von Merkmalen wie Schicht oder Geschlecht sehr unterschiedliche Auswirkungen haben können.

Die politische Kontroverse, welche thematisiert in wieweit es legitim ist, „Jugend" also eine im wesentlichen über das Alter definierte Gruppe als politische Größe zu betrachten, hat durchaus auch wissenschaftliche Relevanz, wie es ja auch in dem Artikel von Uwe Bittlingmayer in dieser Ausgabe diskutiert wird (s. Auch Hurrelmann, Klaus/Albert, Matthias/Quenzel, Gudrun/Langness, Anja, 2006, Eine pragmatische Generation unter Druck – Einführung in die Shell Jugendstudie 2006, in: Shell Deutschland Holding (Hrsg.), Jugend 2006, Frankfurt/Main, S. 31-48).

Foto: www.fotolia.de

Kinderspiel Kapitalismus: Der rote Ferrari

von Gesa Rünker

„Die Kinder heutzutage kriegen viel zu viel geschenkt", so klang es am Geburtstagskaffeetisch meines Sohnes Christian. Und nicht nur die Großeltern-Generation äußerte sich konsumkritisch: „Ja, stimmt", sprach auch unser Freundeskreis spätgebärender Eltern, sprach sogar mein Mann, „unsere Jungs haben viel zu viel Kram."

» In mir regte sich Widerstand gegen solches Gerede. Alle in der Runde hatten gekauft, verpackt, verschenkt, freuten sich, wenn das vierjährige Geburtstagskind entdeckte und jubelte – und nun waren sie einhellig im Grunde dagegen. Das klang für mich wie jene ZeitgenossInnen – es sind zumeist Frauen – die im Restaurant vor vollen Tellern mit dem Gejammer anheben: „Ach, ich schaff das nicht, das ist viel zu viel – und viel zu fett."

„Na ja", sagte ich nun, „ich krieg immer noch gern richtig viele Geschenke." Selbst als Geburtstagskind Christian die Treppe heruntertänzelte, sich erkundigend, ob heute vielleicht noch jemand käme – er hätte schon noch gern was ausgepackt –, blieb ich bei meinem trotzigen Lob der Unvernunft: Schenken ist klasse – Maß-halte-Appelle sind CDU und Grün.

» Und glücklich sonnte ich mich in dem Gefühl, unserem Sohn etwas vollkommen Unnützes, ja, umweltpädagogisch sogar Bedenkliches geschenkt zu haben: Einen roten Spielzeug-Ferrari, klein, schnittig, mit Fernsteuerung – und preislich heruntergesetzt, weil Schumachers Zeiten vorbei sind. Heiligabend hatte sich plötzlich herausgestellt, dass er sich so sehr ein rotes, ferngesteuertes Auto wünscht. Nun, zu seinem Geburtstag Anfang Januar, bekam er das Auto, spielte damit, war glücklich, und ich, seine Mutter, hatte an diesem Geburtstag keine Lust zu Konsumkritik – und bereute nichts.

Dabei blieb es auch, als am Tag darauf der Vater eines Kindergartenfreundes von Christian feststellte, die Fernsteuerung des Autos sei eine Überforderung für einen Vierjährigen, zu kleine Tasten, zu kompliziert. „Der schafft das schon", lachte ich, „der lernt das."

Und es kam, wie es kommen musste: Heute Abend, beim Gute-Nacht-Sagen, stehen mein Mann und ich in einem chaotischen und vollkommen verwüsteten Kinderzimmer. Und mittendrin in vielzuviel Kram liegt die Fernsteuerung eines roten Ferraris – die Antenne fehlt: abgebrochen, kaputt, im Eimer.

Christian muss mir was angesehen haben, denn er sagte sehr ernst und traurig: „Ihr habt sicher gedacht, ich passe gut drauf auf."

» Und nun sitze ich hier, trauere um den geplatzten Traum fröhlicher Unvernunft und suche Perspektiven. Für unseren Sohn Felix haben wir übrigens schon ein Geburtstagsgeschenk: Einen Kaufmannsladen. Der ist stabil, aus glücklichem Holz, und Felix kann was lernen beim Spielen: Über Kaufkraft, Konsum und Kapitalismus. ■

Gesa Rünker, arbeitet als Hörfunkredakteurin und lebt in Leichlingen.

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Erbschaftsteuer – Reformpotential?

von Arne Heise

Die Erbschaftsteuer ist in Deutschland als Erbanfallssteuer, nicht als Nachlasssteuer ausgestaltet, d.h. nicht das Erbe wird versteuert, sondern der Erbnehmer soll besteuert werden. Nur so kann der Leistungsfähigkeit des Erben ebenso Rechnung getragen werden, wie der interfamilialen Übertragung von besonderen Vermögenswerten – also dem sprichwörtlichen ‚kleinen Häuschen der Oma'. Das hat zwei Konsequenzen:

1) Die Erbschaftsteuer wird regelmäßig als ‚Doppelsteuer' beklagt, da sie als Substanzsteuer auf Vermögensbestände erhoben wird, die das Ergebnis von bereits besteuerten Einkommensströmen sind. Das wäre richtig, wenn es sich um eine Nachlasssteuer handelte, das Argument wird aber falsch bei einer Erbanfallsteuer! Denn zumindest für den Erben wird der Vermögenszuwachs erstmals besteuert.

2) Die Übertragung von Vermögen zwischen Generationen kann nicht unabhängig von der personellen Verteilung des Vermögens diskutiert werden. Der dem GG Art. 3 entlehnte Anspruch auf Chancengleichheit kann selbst bei liberaler Interpretation als ‚Start- oder Teilnahmechancen' eine intergenerative Übertragung von Vermögen ohne jeglichen ausgleichenden staatlichen Eingriff nur rechtfertigen, wenn die Vermögen als einigermaßen gleichverteilt angenommen werden können. Zahlreiche Studien haben bestätigt, dass die Vermögensverteilung in Deutschland extrem ungleich ist.

☐ Die Erbschaftsteuer und ihr Reformbedarf

Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts macht die Neuordnung der Erbschaftsteuer bis Ende des Jahres 2008 notwendig. Dies wäre eigentlich einfach gewesen: Die Bewertungsgrundsätze hätten nur vereinheitlicht bzw. harmonisiert werden müssen. Ein weiteres Nachdenken über die Erbschaftsteuer ist aus folgenden Gründen angezeigt:

1) Nachdem die rot-grüne Bundesregierung es versäumt hat, die Vermögenssteuer neu zu regeln, fehlt diese ‚nachgelagerte' Besteuerung von Vermögen bzw. Vermögensübertragungen; **2)** die deutsche Einkommensteuer weist in ihrer effektiven Belastungswirkung einen buckelförmigen Verlauf auf, der durch die rot-grüne Steuerreformen noch verstärkt wurde. Hier ist eine Gerechtigkeitslücke entstanden; **3)** ökonomisch-funktionale Überlegungen, die ggf. bei Einführung einer Steuer übersehen oder aus anderen Umständen nicht berücksichtigt wurden, können neuerlich in Erwägung gezogen werden.

Häufig wird behauptet, eine Besteuerung des Erbes könne zu einer Gefährdung von Personengesellschaften führen und damit Arbeitsplätze kosten. Für Personengesellschaften ist der Markt für Unternehmensübertragungen tatsächlich noch nicht so funktionsfähig wie z.B. bei Aktiengesellschaften. Damit eine Substanzsteuer wie die Erbschaftssteuer dann aber nicht zu Unternehmensgefährdungen führt, sind großzügige Stundungsregeln ausreichend. Auch eine vorgebliche Gefährdung des intertemporalen Vermögensaufbaus durch Erbschaftsbesteuerung ist kaum zu erwarten, weil Vererbungsmotive für das Sparverhalten nur eine untergeordnete Rolle spielen. Und selbst wenn die Sparneigung tatsächlich litte, wäre dies zumindest aus keynesianischer, d.h. gesamtwirtschaftlicher Sicht sogar von Vorteil, weil die Schwächung der individuellen Sparneigung die gesamtwirtschaftliche Spartätigkeit befördern kann (‚Sparparadoxon'). Bleibt als ernsthaftes Argument eigentlich nur noch ein Erbschaftsteuerwettbewerb. Dieser Wettbewerb wird durch

Erbschaftswert bis enschl.		Steuerklasse					
		I		II		III	
alt	neu	alt	neu	alt	neu	alt	neu
Freibeträge							
52.000	75.000	7	7	12	30	17	30
256.000	300.000	11	11	17	30	23	30
512.000	600.000	15	15	22	30	23	30
5.113.000	6.000.000	19	19	27	30	35	30
12.783.000	13.000.000	23	23	32	50	41	50
25.565.000	26.000.000	27	27	37	50	47	50
mehr	mehr	30	30	40	50	50	50

Tabelle: Erbschaftsteuer nach altem und geplantem Recht.

die Exit-Option der Erbnehmer ausgelöst, seinen Wohnsitz in einem Land niedrigerer Steuer zu nehmen – hier wäre z.B. Österreich zu nennen, das weder Erbschaft- noch Vermögenssteuer erhebt. Grundsätzlich aber dürfte der Erbschaftsteuersatz bei der Auswahl einer privaten Standortentscheidung nur eine geringe Rolle spielen; ggf. wäre zu prüfen, ob bei grenzüberschreitenden Erbschaften das Erbanfalls- zugunsten eines Nachlasssteuerprinzips geändert werden kann.

☐ Die Erbschaftsteuerreform der Großen Koalition

Die Kabinettsvorlage des Bundesfinanzministerium sieht vor, dass eine Erbschaftsteuer erhoben werden soll – was viele Kommentatoren bereits als Erfolg feiern. Tatsächlich ist der Anforderung des Bundesverfassungsgerichts durch eine Veränderung der Bewertungsvorschrift für Immobilien und Grundvermögen Rechnung getragen worden. Gleichzeitig wird durch die etwa Verdopplung der Freibetragsgrenzen und einer Erhöhung der Progressionsstufen erreicht, dass dies in den meisten Fälle zu keiner Erhöhung der Steuerschuld führen wird. Ansonsten werden nur entfernte Verwandte (Steuerklasse – SK – III) und, vor allem Geschwister (SK II) stärker zur Kasse gebeten. Für nahe Verwandte (SK I: Ehepartner, Kinder, Enkel) hat sich in den Steuersätzen nichts geändert, durch die Erhöhung der Freibeträge und Progressionsstufen werden sie tendenziell entlastet. Die größte Entlastung erfahren die Erben von Betriebsvermögen, die unter der Voraussetzung der Weiterführung des Betriebs, künftig nur mehr 15% des Betriebsvermögens versteuern müssen, während es vorher 35% waren. Insgesamt soll das Erbschaftssteueraufkommen etwa konstant gehalten werden, was darauf hinausläuft, dass die entfernteren Verwandten künftig stärker, die nächsten Verwandten sogar entlasten werden, vor allem wenn sie Erben von Betriebsvermögen sind.

» Eine Abstufung der Erbschaftsbesteuerung nach Verwandtschaftsgraden scheint sinnvoll, weil moralisch-ethisch gerechtfertig. Die Besteuerung der entfernteren Verwandten scheint, auch im Vergleich zur Einkommensbesteuerung insgesamt angemessen. Die Besteuerung der nahen Verwandten erscheint zu niedrig – auch im internationalen Vergleich. Klar dürfte sein, dass die Erbschaftssteuerreform die vorhandene Gerechtigkeitslücke nicht schließt, und auch zur Verwirklichung von Chancengleichheit wenig beiträgt. Kaum zu rechtfertigen ist die noch ausgebaute Steuerbefreiung von Unternehmenserben – insbesondere vor dem Hintergrund einer fehlenden Vermögenssteuer. ■

Dr. Arne Heise, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Foto: www.photocase.com

Links, wo das Herz ist – SPD bleibt die linke Volkspartei!

von Iris Gleicke

» Seit dem Vereinigungsparteitag von PDS und WASG sieht sich die SPD mit einer wortgewaltigen Konkurrenz von links und mit einer für sie im Westen gänzlich neuen Situation konfrontiert. Lange wurde die SED-Nachfolgerin als eine Übergangserscheinung bzw. als ein spezifisch ostdeutsches Problem betrachtet, das sich irgendwann von selbst erledigen würde. Stattdessen etablierte sich im Osten ein stabiles Ossi-Parteiensystem, in dem sich die SPD in einem Zwei-Fronten-Kampf der Konkurrenz von links und rechts zu erwehren hatte. Da Koalitionen mit den SED-Nachfolgern von vielen Sozialdemokraten aus höchst nachvollziehbaren Gründen zunächst rigoros abgelehnt wurden, drohte die SPD vielerorts in einer Art babylonischer Gefangenschaft der CDU zu verharren. Die von der CDU ebenso clever wie skrupellos inszenierte Rote-Socken-Kampagnen schürten eine Kommunistenangst im Westen und engten die Spielräume der Ost-SPD ein. Insofern waren die bisherigen SPD-PDS-Koalitionen auf Landesebene für die Ost-SPD wichtige Schritte in Richtung eines größeren Selbstbewusstseins, denn durch die Sacharbeit dieser Koalitionen wurde deutlich, dass die Beteiligung der PDS an Landesregierungen eben nicht die Rückkehr der DDR-Diktatur nach sich zog. Unter dem Druck realer Sachzwänge und des pragmatischen Regierungshandelns wurde die PDS zunehmend als eine weitgehend „normale" Partei wahrgenommen, die entgegen ihrer eigenen Rhetorik keinesfalls in der Lage ist, gesellschaftliche und ökonomische Gegebenheiten außer Kraft zu setzen. Damit gelang es, die PDS ein Stück weit zu entzaubern. Sie wurde so gewissermaßen bis zur Kenntlichkeit entstellt.

» Die Entwicklung der WASG im Westen vollzog sich unter gänzlich anderen Bedingungen. Ihr Aufstieg ist nicht zu erklären ohne die Agenda 2010 der zweiten Regierung Schröder. Es ist uns als Sozialdemokraten damals nicht gelungen, insbesondere die Reformen am Arbeitsmarkt der kritischen Öffentlichkeit als das zu vermitteln, was sie waren und sind: Als Versuch, den Sozialstaat konsequent weiter zu entwickeln und vor allem vor seinen neoliberalen Henkern zu beschützen. Wenn Sozialdemokraten heutzutage mit manchmal üblen Worten als „Totengräber des Sozialstaats" diffamiert wurden, hat das einen schlimmen Beigeschmack und mit Wahrheit und Realität nichts zu tun. Fast hat es den Anschein, als würde manch Linksparteiler am liebsten auf die Stalinsche Theorie vom „Sozialfaschismus" zurückgreifen, die in den Sozialdemokraten den „Hauptfeind" zu erkennen glaubte und damit die vollständige Spaltung der Arbeiterbewegung und ihre spätere Zerschlagung durch den Hitlerfaschismus entscheidend begünstigte. Das sollten sich jene in Erinnerung rufen, die grinsend dabeistehen, wenn auf öffentlichen Veranstaltungen „Wer hat uns verraten..." skandiert wird.

» Auch jenseits von Figuren wie Lafontaine und Maurer hat es die SPD bei der Linkspartei-West jedenfalls zu einem gewissen Teil mit einer sehr heterogenen Mischung aus enttäuschten Sozialdemokraten, frustrierten Gewerkschaftern und auch mit ehemaligen Angehörigen verschiedener Splitterparteien zu tun, also mit Leuten, die durchaus über große Organisationserfahrung und über einen nicht zu unterschätzenden politischen Background verfügen. Im Konrad-Adenauer-Haus dürften nach dem Vereinigungsparteitag jedenfalls die Sektkorken geknallt haben. Eine neue Partei, die der SPD von links aus das Leben schwerer macht, ist Wasser auf die Mühlen der Union, zumal die Linkspartei mit Lafontaine und Gysi Rhetoriker der Extra-Klasse und gestandene Talkshow-Profis an ihre Spitze gestellt hat.

» Muss sich die SPD also vor der Linkspartei fürchten? Wäre sie gut beraten, den derzeit von Lafontaine und Co. besetzten Teil des linken Spektrums zu räumen und ihr Heil in der bürgerlichen Mitte zu suchen? Aus meiner Sicht wäre das Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Die SPD muss im Gegenteil ihre soziale Kompetenz ebenso wie ihre Zielvorstellungen stärker betonen und dabei auf allen geeigneten Feldern die inhaltliche Auseinandersetzung mit den anderen Parteien und selbstverständlich auch mit der Linkspartei suchen und bestehen.

Die zeitweise miesen Umfragewerte der SPD ändern nichts daran, dass sie die große linke Volkspartei ist, während die Linkspartei erst noch eine richtige Partei werden will – wenn sie das denn will. Auch mit einer noch so wortgewaltigen Oppositionsrhetorik, verbunden mit dem Stellen unerfüllbarer finanzieller Forderungen, vermag man dort die inhaltlichen und organisatorischen Defizite allenfalls mühsam zu kaschieren. Die SPD sollte sich auch in ihrer künftig westdeutsch dominierten Spitze die Erfahrungen zunutze machen, die wir ostdeutschen Sozialdemokraten seit 1990 im Umgang mit der PDS gesammelt haben.

» Mein eigener politischer Werdegang ist mit dieser Auseinandersetzung unablässig verknüpft. Das Vertrauen der Bevölkerung gewinnt man letztlich durch sachliche Arbeit, bei der die manchmal gewiss auch bittere Einsicht ins Notwendige und das mutige Vertreten des politisch Machbaren ebenso wichtig sind wie das konsequente Eintreten für die eigenen Ideale und Positionen.

Die Linkspartei ist einer unserer politischen Gegner. Wir sollten und wir werden sie mit fairen Mitteln bekämpfen. Ob man mit dieser Partei von Fall zu Fall nach Wahlen eine Koalition auf Landesebene eingeht oder nicht, hängt schlicht davon ab, ob sich damit sozialdemokratische Politik durchsetzen lässt. Im Land kann gehen, was auf Grund der außenpolitischen Vorstellungen der Linkspartei im Bund unmöglich wäre. Darüber muss jeder SPD-Landesverband selbst entscheiden. Am Nasenring durch die Manege zerren lässt sich die SPD allerdings von niemandem und erst recht nicht von einer Partei, die sich noch längst nicht entschieden hat, ob sie eine destruktive Fundamental-Opposition betreiben oder ernsthaft Politik mit gestalten will.

» Ich maße mir nicht an, eine klare Voraussage darüber zu treffen, welchen Weg die Linkspartei nehmen wird. Wenn sie sich jedoch nicht in absehbarer Zeit in ihrer Gesamtheit den Mühen der Ebene stellt, wird sie keine Zukunft haben, sondern bloße Episode bleiben. Wir Sozialdemokraten setzen uns unsere Ziele selbst. Uns stellt sich die bleibende Aufgabe, unsere Gesellschaft und unser Land tagtäglich ein wenig gerechter zu machen. Wenn die SPD diesen Anspruch glaubwürdig vertritt und ihn tatkräftig in konkrete Politik umsetzt, bleibt sie im Sinne Willy Brandts links und frei. Mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität: Damit gestalten wir soziale Demokratie. Das ist demokratischer Sozialismus! ■

[→] **Iris Gleicke**, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, spw-Mitherausgeberin und Vorstandsmitglied des Forum DL21 e.V., sie lebt in Schleusingen.

Erste Lehren aus dem Fall Nokia

Das Eigentum nicht aus seinen Pflichten entlassen

von Stefan Pfeifer

Am 15. Januar 2008 gab der Vorstand der Nokia AG überraschend bekannt, dass die Produktion mit rund 1.700 und die Forschung und Entwicklung mit rund 600 Beschäftigten in Bochum zum 1. August diesen Jahres komplett geschlossen werden soll. Betroffen sind außerdem bis zu 1.000 LeiharbeitnehmerInnen und knapp 1.000 Beschäftigte bei Zulieferunternehmen (z.B. in der Logistik).

www.fotolia.de

Für die Betroffenen und für die Stadt Bochum war dies ein Schock. Einmütig äußerten Landes- und Bundespolitiker aller in Land- und Bundestag vertretenen Parteien ihre Kritik: Die Schließungsentscheidung sei eine „Riesensauerei" (NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers). „Ohne Vorankündigung wird plötzlich mehreren tausend Menschen ihre Zukunft genommen. Ohne vorher eine Alternative anzubieten." sagte z.B. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU). Kurt Beck, Peter Struck und Horst Seehofer kündigten an, zukünftig kein Nokia-Handy mehr benutzen oder kaufen zu wollen.

Das plötzliche Ende einer Erfolgsgeschichte

Tatsächlich wurden nicht nur die Belegschaft, der Betriebsrat und die IG Metall durch die Entscheidung völlig überrascht, sondern auch die Politik. In Bochum galt Nokia nämlich bis zum 15. Januar als Erfolgsgeschichte. „Was Nokia geschafft hat, hätte Siemens auch schaffen müssen" grummelte Michael Glos noch im Jahr 2006, als das Desaster um die Siemens Handy-Produktion in Kamp-Lintfort öffentlich wurde. Die Welt am Sonntag schwärmte noch im Jahr 1997: „Man muss lange suchen, bis man ein Unternehmen wie Nokia findet, dessen Management sein Geld wert ist, weil es rechtzeitig an Ersatz für Minus-Macher denkt".

» Die kurze „Erfolgsgeschichte" von Nokia in Bochum lässt sich so zusammenfassen: 1996 hatte Nokia seine unrentabel gewordene Fernseher-Produktion in Bochum aufgegeben und war voll in die Herstellung von Handys eingestiegen. Deren Vorläufer-Produktion (Funktelefone) hatte 1990 mit rund 70 Beschäftigten in Bochum begonnen. Bereits 1998 bezifferte der Konzern die Zahl der neuen Arbeitsplätze in Bochum auf rund 1.700. Insgesamt waren es 3.500. Auch die öffentlichen Haushalte profitierten von Nokia: In den letzten Jahren hat das Unternehmen jährlich ca. 25 Mio. Euro Gewerbesteuer in Bochum gezahlt.

» Obwohl die Gewinne kräftig sprudelten, gerieten die Beschäftigung und die Beschäftigten bei Nokia in Bochum in den letzten Jahren immer stärker unter Druck: Im Herbst 2001 lagerte Nokia den Komponentenbau aus. Arbeitszeiten wurden hoch flexibilisiert. Mehr als jede zehnte der verbleibenden Stellen wurde wegrationalisiert. Anfang 2005 baute Nokia 250 Stellen in der Forschung und Entwicklung ab. Und in den letzten Jahren wurden mehrere hundert Stammarbeitskräfte schrittweise durch Leiharbeitnehmer/innen mit schlechteren Arbeitsbedingungen ersetzt.

☐ Angestrebte Kapitalrendite verpasst ...

Und trotzdem am 15. Januar der große Schlag: Zwar würden viele Unternehmen von den 16% Rendite träumen, an denen Nokia in Bochum bislang gemessen wurde. Aber 16% reicht den institutionellen Anlegern, die mit ihrem Anteil von 25% bei Nokia das Sagen haben, heute nicht mehr aus. Und der Vorstand in der Konzernzentrale in Espoo ist zu dem Schluss gekommen, dass die nunmehr hochgeschraubte und konzernweit angestrebte Rendite von 20% pro Jahr in Bochum auf Dauer nicht zu erreichen sei. Nicht weil Nokia in Bochum nicht profitabel ist sondern weil sie die Messlatte von 20% nicht erreichen würden, darum gelten sie nunmehr als nicht mehr wettbewerbsfähig, sollen geschlossen und ins kostengünstigere Rumänien verlagert werden. Nokia in Bochum ist der unheilvolle Warnruf einer Aktionärsökonomie, die Beschäftigte und Kommunen zum Spielball von Kapitalanlagegesellschaften und deren kurzen Zeithorizonten und unaufhörlich steigenden Renditeansprüchen macht.

Das Rendite-Diktat von Konzernen im Aktionärskapitalismus macht aber nicht nur Arbeitnehmer/innen, sondern auch die gesamte Politik zu Ohnmächtigen. Arbeitnehmer/innen haben mit Qualität, Flexibilität und Leistungsbereitschaft, die Politik mit öffentlicher Förderung alles getan, was sie konnten. Das Rendite–Diktat von Konzernen gefährdet nicht nur die Beschäftigung. Es gefährdet auch die Grundlagen eines Sozialstaats, der davon lebt, dass starke Schultern mehr tragen als Schwache. Und es gefährdet auf Dauer die politische Demokratie. Weil die politische Demokratie in einem Wirtschaftssystem, in dem die Renditeerwartungen von Konzernen alles diktieren keinen Einfluss mehr auf die Lebensbedingungen der Menschen nehmen kann.

☐ Staatliche Subventionen in der Kritik

Die Vertreter und Verteidiger der „Freiheit des Kapitalverkehrs" versuchen in dieser brisanten Situation, aus dem Fall Nokia einen Fall von Politikversagen zu machen. Sie knüpfen daran an, dass Nokia in den vergangenen Jahren Subventionen und Forschungsmittel durch das Land NRW und den Bund erhalten hat. Und führen eine grundsätzliche Diskussion über den Sinn von Subventionen: Neoliberale Wirtschaftswissenschaftler wie Jürgen Donges fordern, sämtliche Subventionen an einzelne Unternehmen bis auf null abzubauen: „Sobald der staatliche Geldsegen ausbleibt, zeigt sich, dass die Produktion nicht profitabel genug ist." FDP-Chef Guido Westerwelle warnt beim FDP-Neujahrsempfang in NRW davor, weiteres Geld in die Subvention von Konzernen wie Nokia zu stecken. In NRW zahle der Steuerzahler gleich zweimal behauptet Westerwelle: Für die Ansiedlung und für die Abwicklung von Nokia. Und selbst SPD-Politiker wie der Vizepräsident der EU-Kommission, Günter Verheugen, stellen öffentliche Subventionen an Firmen generell in Frage: „Ich denke, es hat keinen Sinn, dass der Staat Subventionen zahlt, um Unternehmen anzulocken" sagte Verheugen.

Fakt ist aber, dass sich die Subventionen im Fall Nokia durch die Steuerzahlungen von Nokia und die insgesamt 600 Mio. Euro Unternehmensinvestitionen seit 1994 am Standort unter einer betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Betrachtung sowohl für das Unternehmen als auch für die öffentlichen Haushalte gerechnet haben. Alles in allem wurden die Investitionen von Nokia in Bochum mit rund 18% öffentlich gefördert. Die Eigenbeteiligung des Unternehmens betrug 82%.

» Hinter der grundsätzlichen Ablehnung von Subventionen steht ein Kalkül: Wer im Prozess der ständigen Veränderung des modernen Kapitalismus im Allgemeinen und im Strukturwandel im Besonderen für den Verzicht auf Subventionen wirbt, der will den Standortwettbewerb auf wenige Faktoren reduzieren. Gäbe es keine Unternehmenssubventionen, dann ginge es ausschließlich um Löhne der Arbeitnehmerinnen und um eine wirtschaftsnahe Infrastruktur (einschließlich der Qualifikationen der Beschäftigten) – bei möglichst niedrigen Steuern des Staates. Mit dem Verzicht auf Subventionen empfehlen

die Verteidiger der Freiheit des ungehemmten Kapitalverkehrs: Politik und Arbeitnehmer/innen sollen sich nicht einbilden, das Handeln globaler Konzerne noch beeinflussen zu können. Sie sollen sich den Regeln der Freiheit des Kapitalverkehrs unterwerfen. Und sich mit niedrigen Löhnen und Steuern um einen vorübergehenden Platz am Katzentisch bewerben.

Eigentum verpflichtet – auch im 21. Jahrhundert

Nokia lehrt nicht die Notwendigkeit des Abbaus von Subventionen. Nokia lehrt, dass es ein Mehr an wirtschaftlicher und an sozialer Demokratie geben muss. Wir brauchen dringend neue Regeln, damit Eigentum sich seiner Verpflichtung nicht entziehen kann und Arbeitnehmerinnen und Politik unter den Bedingungen von Rendite-Diktat und ungezügelter Freiheit des Kapitalverkehrs nicht völlig unter die Räder kommen. Diese müsste zumindest folgende Punkte umfassen: Notwendig ist, die sozial offensichtlich völlig abgehobenen Finanzmärkte auch ohne einen großen Crash wieder auf den Boden der Realität und in eine Bindung zurück zu holen. Dies schließt auch ein, die wichtigsten Ursachen für die Aufblähung der Finanzmärkte – z.B. die großen Reichtümer in Händen weniger und die Umstellung der Sozialsysteme auf Kapitalmarktverfahren – nicht zu ignorieren.

Die Zahlung von Subventionen an große Unternehmen muss auf europäischer Ebene an verbindliche und vernünftige Mindeststandards gebunden werden. Dies betrifft z.B. die Fristen für die Rückzahlung von Beihilfen bei Standortverlagerungen. Die Politik verschuldet ihre Ohnmacht selbst. Die CDU hat sich auf EU-Ebene mit ihrer Forderung für die Reduzierung der Bindungsfrist bei Investitionen mit öffentlicher Förderung von geplanten 10 Jahren auf fünf Jahre durchgesetzt, um die „Freiheit des Kapitalverkehrs" nicht zu gefährden. Und die Politik macht sich auf Dauer auch noch unglaubwürdig, wenn sie sich dann wie der CDU-Ministerpräsident als Tröster der Nokia-ArbeiterInnen darstellen lassen.

Betriebsschließungen wie bei Nokia, die ohne ökonomische und betriebswirtschaftliche Zwänge alleine der Gewinnmaximierung dienen, müssen zukünftig auch durch einen Ausbau der Unternehmensmitbestimmung verhindert werden. Betriebsverlagerungen und -schließungen müssen eine 2/3-Mehrheit im Aufsichtsrat erfordern. Außerdem müssten die Unternehmensleitungen verpflichtet werden, über derartige Maßnahmen mit den Betriebsräten zu verhandeln. Die Unternehmen müssen – wie z.B. in dem Gesetz pour le cohesion in Frankreich – zukünftig wesentlich stärker an den Kosten der Schließung und Verlagerung beteiligt werden z.B. durch eine Verlagerungsabgabe für Qualifizierung und Restrukturierung in der Region.

Die soziale Demokratie schließt auch die „Verbraucherdemokratie" mit ein. Der Aktionärskapitalismus geht oft genug von der irrigen Ausnahme aus, dass Kunden und Konsumenten unsensibel gegenüber unsozialen, skrupellosen Unternehmensentscheidungen seien. Konzerne werden aber angreifbar bei Image-Schäden, die sich in stagnierenden oder sogar rückläufigen Verkaufszahlen widerspiegeln. Die Gewerkschaften und Betriebsräte selbst sind gefordert, durch eine gute standortübergreifende Koordination und Vernetzung einer ruinösen Konkurrenz entgegen zu treten, die gegenseitige Konkurrenz einzuschränken und eigene – möglichst gemeinsame Forderungen – zu erarbeiten. Sie sind damit – ebenso wie Wirtschaftsförderung und Politik – ständig gefordert, sich mit den Strategien der Unternehmen auseinander zu setzen und Chancen und Risiken rechtzeitig zu erkennen.

Der Aktionärskapitalismus, der sich bei Nokia zeigt, setzt den Ausbau der sozialen und der wirtschaftlichen Demokratie auf die internationale, die europäische und die nationale Tagesordnung der Politik. Wenn diese Herausforderung ignoriert wird, dann werden wir sehr schnell weitere Schließungen und Verlagerungen von profitablen Betrieben, Branchen und Regionen erleben. ■

Stefan Pfeifer, ist Abteilungsleiter für Wirtschafts- und Strukturpolitik/Technologiepolitik beim DGB Bezirk NRW.

Gewerkschaften und Sozialstaat

von Stephan Klecha

Es gibt wohl kein emotionaleres Thema für einen deutschen Gewerkschafter als die Reform des Sozialstaats in den vergangenen Jahren, ja in den vergangenen Jahrzehnten. Der kalte Zeitgeist des Neoliberalismus wird dabei hinter allen Reformen auf Bundes-, Landes- und auf kommunaler Ebene gewittert. Der Europäischen Union wird sowieso unterstellt, ein neoliberales Projekt zu sein. Neoliberalismus ist die Chiffre, die übrigens ganz unabhängig davon verwendet wird, ob es sich im Detail um neoklassische, rechtskeynesianische oder kulturalistische Ansätze handelt.

Zutiefst sind die Vorsitzenden der deutschen Gewerkschaften aber davon überzeugt, dass sie Alternativen zum herrschenden Diskurs besitzen, die moralisch geboten, wirtschaftlich sinnvoll, finanziell realistisch und vor allem sozial gerecht sind. Unter diesem Signum wähnen sich die Gewerkschaften seit längerem in einem Abwehrkampf gegen die herrschende Sozialpolitik. Meine These in diesem Zusammenhang ist, dass die Gewerkschaften in erster Linie ein Durchsetzungsproblem und damit ein Strategieproblem haben. Verantwortlich hierfür ist, dass es den Gewerkschaften an Machtressourcen fehlt, um ihre sozialpolitischen Alternativen politisch durchsetzen zu können.

Gewerkschaften verfügen prinzipiell über vier Möglichkeiten, Sozialpolitik zu gestalten. Dieses sind die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen, die Tarifpolitik, die Einflussnahme auf Regierungshandeln und der Massenprotest. Diese vier Ressourcen werden in unterschiedlichem Maße eingesetzt. Es ist zu zeigen, dass die deutschen Gewerkschaften gegenwärtig in diesen vier Bereichen ihre prinzipielle Gestaltungsmacht verloren haben. Im Einzelnen:

Zuerst seien die Selbstverwaltungen der Sozialversicherungen genannt. Diese boten den deutschen Gewerkschaften im Kaiserreich jenes Handlungsfeld, in dem sie pragmatisch und nachhaltig die Lage der Arbeiterschaft verbessern konnten. Hieraus erwuchs das erste Mal ihr Anspruch, nicht nur Mitgliedervertretung, sondern legitimiertes Sprachrohr der gesamten Arbeitnehmerschaft zu sein. Die in den Sozialversicherungen tätigen Gewerkschaftsfunktionäre mehrten das Renommee der Arbeiterbewegung wohl weitaus mehr als die Tarifpolitik jener Jahre. Da der Gesetzgeber und die Regierung in Deutschland es sich vorbehielt, die meisten Regelungen der Sozialgesetzgebung selbst zu treffen und nicht der Selbstverwaltung zu überlassen, stand diese nie ganz im Zentrum der sozialpolitischen Aktivitäten der Gewerkschaften. In Ländern des Gent-Systems ist dieses der Fall, mit den bekannten Auswirkungen für den gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Zum Nachteil der gewerkschaftlichen Sozialpolitik hat der Einfluss der Selbstverwaltung aber seit Jahren weiter abgenommen. Nicht nur die mühsame Mobilisierung zu den Sozialwahlen spricht davon Bände. Vor allem die Entmachtung des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Arbeit im Zuge der Hartz-Reformen zeigte auf, dass die Selbstverwaltung als Gestalter von Sozialpolitik weitgehend ausfällt. Leistungsumfänge, Schwerpunktsetzungen von Mitteleinsätzen, Beitragshöhen, ja selbst die Modalitäten der Besoldung der Vorstände sind aus der Selbstverwaltung mehr und mehr ausgeklammert worden und vor allem in die Hände des Bundestags und der Bundesregierung gelegt worden.

Foto: Christian Kiel

» Ein wenig anders sieht dieses mit der zweiten Machtressource aus, der Tarifpolitik. Grundsätzlich bietet die Tarifpolitik erhebliche Möglichkeiten, sozialpolitische Korrekturen vorzunehmen. Es war die Stärke der deutschen Gewerkschaften ab Mitte der 1950er Jahre ihre Kritik an den Mehrheitsentscheidungen im Bundestag durch tarifpolitische Vorstöße zu untermauern und so Alternativen durchzusetzen. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die Arbeitszeitverkürzung. Die Wirkung dieser Strategie war immens, selbst 40 Jahre später war im kohlschen Sparpaket die Lohnfortzahlung das leidenschaftlichst diskutierte Thema. Hier besaß die Gewerkschaft selbst tarifliche Handlungsmöglichkeiten, um die Wirkung bereits vor dem Regierungswechsel abzumildern. Doch in der gegenwärtigen Reformdebatte haben die Gewerkschaften keine Strategie, wie sie einzelne Maßnahmen der Bundesregierung durch Forderungen an den tarifpolitischen Gegenpart kompensieren können. Dieses ist Ausdruck der Erosion der Arbeitgeberverbände und der abnehmenden Mitgliederzahl der Gewerkschaften. Gleichzeitig ist die Mobilisierung der Mitglieder für Fragen der Renten- oder Pflegepolitik ungleich schwieriger als wenn es den unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbereich der Arbeitnehmer betrifft. Diesen ist die Höhe der Sozialabgaben vielfach wichtiger als die späteren Leistungshöhen.

Gegenwärtig ist übrigens gerade die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn ein kleiner Offenbarungseid der Gewerkschaften, die sich eingestehen müssen, dass es ihnen nicht mehr gelingt in einem bestimmten Bereich für angemessene Löhne zu sorgen. Gerade der gesetzliche Mindestlohn drückt aus, in welchem Dilemma die Gewerkschaften sind: Einerseits wollen und müssen sie die Tarifautonomie verteidigen, andererseits können sie nicht dauerhaft akzeptieren, dass Arbeitnehmer trotz Arbeit arm bleiben und nur wegen des ordnungspolitischen Anspruchs der Gewerkschaften diesen ein besserer Lohn verwehrt bleibt. Unter diesen Umständen dürften sozialpolitische Korrekturen über die Tarifpolitik erst recht schwer umzusetzen sein.

» Das lange Zeit wirksamste Mittel, um Sozialpolitik zu gestalten, lag für die Gewerkschaften aber in der dritten genannten Machtressource, einer systematischen Einflussnahme auf das Regierungshandeln. Dieses bestand nicht nur aus effizientem Lobbying, sondern basierte vor allem auf einer organischen Durchdringung der Volksparteien. Es war das zweite Kabinett Adenauer, dem vier frühere hauptamtliche Gewerkschafter als Minister angehörten. Allen Reichs- oder Bundesregierungen, an denen die SPD beteiligt war, gehörte stets mindestens ein früherer hauptamtlicher Gewerkschafter an. Es war die SPD-Bundestagsfraktion, der stets mindestens ein Vorsitzender einer Einzelgewerkschaft angehörte. Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestags wies eine hohe Organisationsbindung seiner Mitglieder auf. Dass ich hier im Präteritum spreche, hängt damit zusammen, dass diese Zeiten Vergangenheit sind. Seit 2002 ist kein Vorsitzender einer Einzelgewerkschaft mehr Mitglied des Deutschen Bundestags. Als Walter Riesters als Minister wegen der Bildung des Superministeriums für Wolfgang Clement ausscheiden musste, entsandte die SPD erstmals keinen früheren hauptamtlichen Gewerkschafter mehr in ein Ministeramt. Die Bindungslinien zur CDU sind bereits seit längerem schwer belastet. Es dürfte daher kein Wunder sein, dass die Regierung Schröder nach 2002 dazu überging ihren Konsensstil zu einem konfliktorientierten zu verändern, Bernhard Wessels hat dieses vor kurzem gut analysiert. Ein nicht unwesentlicher Teil der Gewerkschaften orientierte sich im Zuge dessen auf die Linkspartei und damit auf eine bewusste Oppositionshaltung, wohingegen ein anderer Teil den Parteien insgesamt distanziert gegenüber steht. Die Volksparteien und die Gewerkschaften entfremden sich auf diesem Wege gegenseitig. Beide Seiten bedürfen auch nicht zwingend der anderen Seite. Wenn den Gewerkschaften allerdings ein privilegierter Zugang zu den Entscheidungszentren in der Sozialpolitik fehlt, so laufen Gewerkschaften Gefahr zu einem Lobbyverband neben anderen zu werden.

Foto: Christian Kiel

Die vierte Machtressource der Gewerkschaften ist der Massenprotest. Es ist unverändert eindrucksvoll, wenn Gewerkschaften 300.000 Menschen gegen die Rentenreform auf die Straße bringen, doch es entfaltete gesellschaftlich kaum Wirkung. Da können die Gewerkschaften auf den vermeintlich neoliberalen Trend in den Medien schimpfen oder da kann Frank Bsirske aus dem Beirat von Bertelsmann austreten. Doch die Wirkung von demonstrierenden Gewerkschaften hat ihren Effekt wegen der schon genannten organische Verbindung zu den Parteien verloren. Selbst wenn die Gewerkschaftsführer geschlossen zur Wahl der Linkspartei aufriefen, würde dieses nur einen kleinen Teil beeindrucken, denn so lange die Linkspartei sich auf einen bewussten Oppositionskurs begibt, ist sie für die pragmatischen Teile der Gewerkschaften unwählbar. Wird die Linkspartei allerdings regierungswillig, so vergrätzt sie ziemlich sicher wiederum jene Teile, die sich ihr gerade wegen ihrer Ablehnung zur vorherrschenden Politik ihr angeschlossen haben.

Die Gewerkschaften stehen in der Sozialstaatsdebatte also ein wenig hilflos dar. Sie besitzen kein originäres Handlungsmittel. Die unmittelbaren eigenen Handlungsressourcen Selbstverwaltung und Tarifvertrag werden gegenwärtig nicht eingesetzt, lassen sich überdies schwerlich handhaben. Die bislang wirksamste Form gewerkschaftlicher Einflussnahme durch organische Verbindungen zu den Entscheidungsträgern ist zerbrochen. Damit droht den Gewerkschaften auch ein Einflussverlust auf der europäischen Ebene, dessen Auswirkungen sich in der Mitbestimmung relativ bald zeigen könnten. Die Verbindung zu den Volksparteien ist somit gegenwärtig die Achillesferse der Gewerkschaften. Auf Dauer werden die Gewerkschaften nur dann Eindruck machen, wenn sie ihre Mitglieder nicht nur auf die Straße bringen, sondern dieses auch in die Volksparteien hinein wirkt.

Der Verlust an Machtressourcen erschwert es Gewerkschaften strukturell in der Sozialstaatsdebatte an die Erfolge der Vergangenheit anzuknüpfen. Die Gewerkschaften laufen Gefahr auf ihre Kernaufgaben in der Tarifpolitik zurückgedrängt zu werden und selbst hier zeigen der Mindestlohn oder auch die von der Union nach wie vor angestrebten betrieblichen Bündnisse für Arbeit in eine Richtung, dass selbst dieses Feld den Sozialpartnern auf Dauer nicht alleine überlassen bleibt. Um in der Sozialstaatsdebatte wieder erfolgreich Einfluss zu nehmen, müssen die Gewerkschaften die Machtressourcen in einem anderen Verhältnis als bislang einsetzen. Entweder finden sie dabei einen Weg, wie sie ihre originären Machtressourcen in der Tarifpolitik und in der Selbstverwaltung wieder aktivieren können, oder sie erlangen eine neue Form der organischen Durchdringung mit den Entscheidungsträgern in den Regierungsparteien beziehungsweise finden wirksame außerparlamentarische Formen politischer Einflussnahme. Mir scheint dieses in den Gewerkschaften zunehmend erkannt zu werden. Berthold Huber hat entsprechende Signale vom Leipziger Gewerkschaftstag der IG Metall ausgesendet. Es bleibt abzuwarten, ob es den Gewerkschaften gelingt, ihre Machtressourcen zu revitalisieren. ■

Stephan Klecha, Mitglied im Vorstand des Forum DL21, promoviert derzeit an der Universität Göttingen.

Personen & Positionen

☐ Soziale Ungerechtigkeiten als Herausforderung

Kritische Protestanten und Gewerkschafter aus einem Initiativkreis „Kirche & Gewerkschaften" haben zusammen ein Positionspapier mit dem Titel „Soziale Ungerechtigkeiten als Herausforderung für Gewerkschaften und Kirchen" entwickelt und im Januar 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt, in dem sie mit einer Reihe programmatischer Forderungen gesellschaftliche Reformen und den Dialog zwischen Kirche und Gewerkschaft einfordern. Einleitend heißt es in dem Papier: „Angesichts der aktuellen breiten und kontroversen Debatte über die künftige Entwicklung unserer Gesellschaft, halten wir eine kirchlich-gewerkschaftliche Initiative zur sozialen Frage für dringend erforderlich. Zu ihren Themen gehören insbesondere die Massenarbeitslosigkeit, die vielfach mangelhaften Bildungschancen, die zunehmende Verarmung von Bevölkerungsgruppen, die Perspektivlosigkeit junger und älterer Menschen sowie die verfestigte Spaltung der Welt in arme und reiche Nationen."

Zum Initiativkreis „Kirche & Gewerkschaften" gehören Manfred Berg, Detlef Hensche, Otto Lange, Karl-Heinz Lüpke, Klaus Mehrens, Hermann Nehls, Wolfgang Nicht, Dieter Pougin, Dieter Rehwinkel, Frank Teichmüller und Eduard Wörmann

▶ **Kontakt:** Otto Lange, Löffelstraße 15, 21682 Stade, (Otto.Lange@gmx.de)

▶ **Info:** Das Dokument kann über eine eMail an redaktion@spw.de bezogen werden

☐ 12. Osttreffen der SPD-Linken am 12.01.2008

Im Mittelpunkt des Treffens der ostdeutschen Linken stand die Diskussion mit dem stellv. DL-Vorsitzenden und Mitglied im SPD-Parteivorstand Niels Annen, der auch in der SPD-Programmkommission mitgearbeitet hatte. Die Versammelten waren sich darin einig, dass jetzt die Programmdebatte von unten ausgefüllt und für den politischen Alltag nutzbar gemacht werden muss. Festgestellt wurde, dass in der Parteidebatte offensichtlich der demokratische Sozialismus wieder ein Zukunftsprojekt und eine konkrete Zielsetzung sei, und damit keine museale Veranstaltung im Sinne des SPD-Generalsekretärs Hubertus Heil. Das Programm fordere einen handlungsfähigen demokratischen Staat, keine weiteren Privatisierungen, betone besonders sozialstaatliche Elemente, fordere eine Arbeitsversicherung für alle, ebenso eine Transparenz der Finanzmärkte. Globalisierung sei in ihren Auswirkungen kein Naturgesetz. In der Debatte betont wurde immer wieder, dass dem programm auch ein anderer Staatsbegriff zugrunde liege, als man dies bei Platzeck, Steinmeier und Steinbrück empfinde.

Hans Misselwitz ergänzte die Diskussion um ostdeutsche Ansprüche an die SPD. Die Situation der ostdeutschen SPD und Ostdeutschlands wurde insgesamt sehr problematisch analysiert. Hartz IV verdränge viele Menschen in Armut und zunehmende Perspektivlosigkeit. Vor allem Jugendliche folgen den Arbeits- und Ausbildungsplätzen in anderen Regionen. Bei der letzten Europawahl habe es in Ostdeutschland eine Wahlbeteiligung von weit unter 50% gegeben. Die geringe Wahlbeteiligung berge die Gefahren einer amerikanischen Entwicklung bzw. dass sich Rechtspartei etabliere. Dieser Probleme müsse sich das ostdeutsche Forum DL21 annehmen. Wichtig sei zudem zur Kenntnis zu nehmen, dass der wachsende Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft komme und dies nicht nur die CDU, sondern auch Gewerkschaften und Sozialdemokraten betreffte.
[Burkhard Zimmermann]

☐ DL21-Veranstaltung mit Ottmar Schreiner: „Es war richtig, in der Partei zu bleiben“

„Es war richtig, in der Partei zu bleiben!“ Mit diesem Kernsatz formulierte Ottmar Schreiner den allgemeinen Konsens im Saal, auch für die, die bislang noch zweifelten. Beim Diskussionsabend des Forums DL 21 Brandenburg am 14. Januar in Potsdam stand das Hamburger Grundsatzprogramm und seine innerparteilichen Wirkungen im Mittelpunkt. Immerhin wurden hier Positionen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik formuliert, die schon untergegangen schienen. Gerade die Diskussion um den Kampfbegriff „Vorsorgender Sozialstaat“ hat deutlich gemacht, dass den konkurrierenden Denklinien auch ein zum Teil gravierend unterschiedlicher Staatsbegriff zu Grunde liegt. Der Rückzug des Staates aus der gesellschaftlichen Verantwortung, die Übertragung der wirtschaftlichen Risiken auf den Einzelnen kollidieren mit allen Schutz- und Beteiligungsrechten, die besonders die nicht Vermögenden vor der Willkür des bloßen Kapitalverwertungsinteresses bewahren sollen. Deshalb gibt es den politischen Anspruch der Daseinsvorsorge, und den auf Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Nach den Erfahrungen mit dem Berliner Grundsatzprogramm von 1989 – die Agenda 2010 sei dort nicht angelegt gewesen – komme es nun darauf an, wie sich der neue programatische Überbau in konkrete Alltagspolitik übersetzen lasse. Hier werde die innerparteilichen Diskussionen über Weg und Ziel anhalten. Was im Übrigen einer linken demokratischen Volkspartei zur Ehre gereicht, und sie von Kaderorganisationen und Kasernenhöfen unterscheide.

Diskutiert wurde auch die Frage: Mit wem geht welche Politik? Dass die Grünen sich in wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen nicht eben als linke Kraft profiliert hätten, sei Allgemeingut. Aber gerade in der sozialdemokratischen Linken werde die Rolle der Partei, die sich – geschickt und anmaßend – „Die Linke“ nennt, sehr unterschiedlich bewertet. Das habe natürlich mit dem territorialen Standort des Betrachters zu tun. Während in den westdeutschen Ländern manchen die neue Konkurrenz wie ein Deja-vu aus der Zeit vor kommt, wo abtrünnige Sozialdemokraten mit einer Vielzahl von ganz unterschiedlich Bewegten die Grüne Partei aufbauten, so stellten sich die ostdeutsche Ex-PDS nicht minder heterogen, aber strukturell zumindest in gesellschaftspolitischen Fragen konservativer, manchmal auch autoritärer Weise dar. So sehr die Bewertungen hier auseinandergehen mögen, eine Übereinstimmung galt: Die SPD muss mit allen demokratischen Parteien koalieren können, in den Ländern wie im Bund.
[Jens Klocksin]

Ottmar Schreiner, zu Gast beim Forum DL21 Brandenburg.

Foto: SPD-Bundestagsfraktion

☐ Nazis bekämpfen! NPD verbieten?

Über Politische Strategieen gegen den Rechtsextremismus diskutierte das Forum DL21 Bremen auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit auf einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der Juso-Landesorganisation Bremen am 25. Januar 2008 mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses im Bundestag, Sebastian Edathy (MdB, SPD).

Sebastian Edathy, referierte darüber welche Strategien und Maßnahmen gegen Rechts Erfolg versprechen. Einigkeit bestehe in der SPD darüber, dass neue und alte Nazis in unserem Land konsequent bekämpft werden müssen. Dabei wurde aber strittig diskutiert, ob ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD eingeleitet werden sollte.

☐ Grundsicherung: Ein Thema, das Brücken baut?

Im Februar 2007 hatte die Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion eine Broschüre über konzeptionelle Ansätze für eine allgemeine Grundsicherung vorgelegt, die von Reinhold Rünker, spw-Chefredakteur und DL21Geschäftsführer, erstellt worden war.

Reinhold Rünker, diskutierte am 23.01. bei der Parlamentarischen Linken zur Grundsicherung

Foto: Thomas Gutsche

Am 23. Januar fand nun eine Abendveranstaltung statt, auf der der Autor Reinhold Rünker seinen Text mit den Teilnehmern diskutierte. Mit über 60 Personen war die Veranstaltung hervorragend besucht. Es diskutierten u.a. Vertreter von Arbeitsloseninitiativen, den drei Berliner Universitäten, des DGB und der Einzelgewerkschaften, der Politikberatung, von Wirtschaftsinstituten und des Wirtschaftsministeriums sowie Bundestagsabgeordnete nicht nur der SPD, sondern auch von Bündnis 90/Die Grünen.

Die in der Broschüre von Reinhold Rünker geäußerte Kritik und Skepsis gegenüber einem bedingungslosen Grundeinkommen wurde weitgehend geteilt. Befürworte und Kritiker von Grundeinkommenskonzepten wiesen jedoch auf die Vielzahl der Konzepte sowie Überschneidungen und Verknüpfungsmöglichkeiten hin. Merhehitlich wurd die Ansicht geäußert, dass im Sinne einer Garantie von öffentlicher Daseinsvorsorge, von Armutsbekämpfung und einer guten, würdevollen Arbeit, das Thema auf jeden Fall die Möglichkeit beite, zwischen den Parteien des linken Spektrums sowie zwischen den Parteien einerseits und den Betroffenen andererseits Brücken zu schlagen und gemeinsam für gesellschaftlichen Fortschritt zu kämpfen. In diesem Sinne wolle die Parlamentarische Linke auch weiter an dem Thema arbeiten.

▶ **Download:** www.parlamentarische-linke.de

☐ Mitgliederversammlung des Forum DL21 am 15.02. in Berlin

Im Mittelpunkt der ordentlichen Mitgliederversammlung des Forum DL21 am Freitag, 15.02.2008, steht ab 18.30 Uhr die Neuwahl des Vorstands. Bereits zum Jahreswechsel 2007/2008 hatte die Gründungsvorsitzende Andrea Nahles ihr Amt an den früheren Juso-Bundesvorsitzenden Björn Böhning übergeben, der vom amtierenden Vorstand einstimmig für den Vorsitz des Forum DL21 vorgeschlagen wurde.

Die Mitgliederversammlung findet im großen Sitzungssaal des Kurt-Schumacher-Hauses des SPD-Landesverbandes Berlin, Müllerstraße 163, 13353 Berlin (Haltestelle S+U Wedding) statt.

▶ **Infos:** www.forum-dl21.de

☐ spw-Frühjahrstagung 18./19.04. in Springe

Über die Veränderung der Sozialstruktur und die Bedeutung der Erwerbsarbeit für die Reform des Sozialstaates geht es bei der diesjährigen spw-Frühjahrstagung, die wieder in der Heimvolkshochschule Springe stattfinden wird. Im Rahmen der Frühjahrstagung wird auch turnusgemäß der Vorstand des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung e.V. gewählt. Die Tagungsvorbereitung liegt bei Kai Burmeister.

„Bund-Länder-Tagung: Brauchen wir eine Schuldenbremse?“ des Forum DL21 am 07./08.03. in Berlin

„Brauchen wir eine Schuldenbremse für die öffentliche Hand?“ Seit einiger Zeit wird im Umfeld der Debatte zur Neuregelung der Bund-Länder-Beziehung (Föderalismus-Reform II) diskutiert, ob die Möglichkeiten zur Schuldenaufnahme für die öffentliche Hand erschwert werden sollen – s. hierzu auch das pro/contra in dieser spw.

Das Forum DL21 lädt nun Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie weitere Interessierte an dieser Debatte zu einer Tagung nach Berlin ein, um Position zu beziehen, wie die finanz- und haushaltspolitischen Handlungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand aufrecht zu erhalten sind. Als ReferentInnen zugesagt haben u.a. Prof. Felix Welti, Dr. Thilo Sarrazin (Berliner Finanzsenator), Dr. Ralf Stegner (SPD-Fraktionsvorsitzender Schleswig-Holstein) und Ortwin Runde (MdB, Mitglied im SPD-Fraktionsvorstand).
▶ **Infos:** www.forum-dl21.de

☐ spw-Redaktionsklausur – Themenplanung 2008 – neue Redaktionsmitglieder

Am zweiten Januar-Wochende hat die spw-Redaktion auf ihrer Jahresklausur die Themen- und Terminplanung für das Jahr 2008 vorgenommen. Im Mittelpunkt sollen 2008 Heftschwerpunkte aus dem Spannungsfeld „Sozialstaat“ und „Biografische Selbstbestimmung“ stehen – beginnend mit dem vorliegenden Heft anlässlich „20 Jahre Jugendpolitische Orientierung“.

Das Heft 162 wird sich mit dem Problem der „Sorgeverantwortung“auseinander setzen: Wie wird die gesellschaftlich notwendige Arbeit aufgeteilt? Wie wird das Verhältnis von Individuum und Staat/Markt in einer Gesellschaft organisiert? Ist es möglich Sorge marktförmig zu organisieren? Welche Rolle übernimmt der Staat als Arbeitgeber? Die Heftkoordination liegt beim Redaktionsmitglied Claudia Bogedan. Redaktionsschluss der Ausgabe ist am 22.02.2008.

Mit dem sogenannten „Dritten Weg“ und der „neuen Mitte“ hatte sich die Sozialdemokratie vor 10 Jahren aufgemacht, den Sozialstaat zu reformieren. Im Oktober 2007 hat sich die SPD ein neues Grundsatzprogramm gegeben, das in der vorherrschenden Berichterstattung als „Linksruck“ oder „Rückkehr zur sozialdemokratischen Wärmestube“ diffamiert wird. Was ist vom „dritten Weg“ – auch international – übrig geblieben? Was sind die Eckpunkte einer erneuerten sozialdemokratischen Strategie? Das sind Fragestellungen, die in spw 163 diskutiert werden sollen. Redaktionsschluss der Ausgabe ist am 04. April 2008. Verantwortlicher Redakteur der Ausgabe ist Lars Neumann.

Im Rahmen der Redaktionsklausur wurden auch neue Redaktionsmitglieder aufgenommen: Cordula Drautz und Dorothea Steffen aus Berlin sowie Thilo Scholle (Unna) und Stefan Stache (Hannover). Stefan Stache unterstützt zudem ab sofort die Redaktionsarbeit hauptamtlich und wird das Berliner Büro in der Müllerstraße 163 betreuen.